

COSMOS

Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft

Bericht über Solvabilität
und Finanzlage zum 31. Dezember 2022

[cosmosdirekt.de](https://www.cosmosdirekt.de)



INHALT

Zusammenfassung	3
A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis.....	7
A.1 Geschäftstätigkeit.....	7
A.2 Versicherungstechnische Leistung	13
A.3 Anlageergebnis	14
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten.....	15
A.5 Sonstige Angaben.....	16
B Governance-System	17
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System.....	17
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	22
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	24
B.4 Internes Kontrollsystem	31
B.5 Funktion der Internen Revision	34
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	37
B.7 Outsourcing	38
B.8 Sonstige Angaben.....	40
C Risikoprofil.....	41
C.1 Versicherungstechnisches Risiko	41
C.2 Marktrisiko	43
C.3 Kreditrisiko	47
C.4 Liquiditätsrisiko	49
C.5 Operationelles Risiko.....	50
C.6 Andere wesentliche Risiken.....	54
C.7 Sonstige Angaben.....	56
D Bewertung für Solvabilitätszwecke.....	57
D.1 Vermögenswerte	57
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen.....	66
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten	81
D.4 Alternative Bewertungsmethoden.....	86
D.5 Sonstige Angaben.....	87
E Kapitalmanagement	88
E.1 Eigenmittel.....	88
E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	91
E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung	96
E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und dem verwendeten Internen Modell	96
E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung	99
E.6 Sonstige Angaben	99
Abkürzungsverzeichnis	100

Zusammenfassung

Der vorliegende Solvabilitäts- und Finanzbericht (SFCR) der COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft (COSMOS Lebensversicherungs-AG) wurde gemäß den Anforderungen des § 40 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) sowie den maßgeblichen Vorschriften der EIOPA erstellt und beinhaltet die wesentlichen Informationen über die Solvabilitäts- und Finanzlage der Gesellschaft zum Stichtag.

Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

In **Kapitel A** werden Einzelheiten zur Geschäftstätigkeit der COSMOS Lebensversicherungs-AG im Geschäftsjahr 2022 dargestellt. Hierbei handelt es sich neben allgemeinen Informationen und Kennzahlen zur Geschäftstätigkeit um Informationen zum Anlage- und versicherungstechnischen Ergebnis auf Basis des handelsrechtlichen Jahresabschlusses. Des Weiteren erfolgen Angaben zur Stellung der COSMOS Lebensversicherungs-AG innerhalb der Generali in Deutschland.

Die COSMOS Lebensversicherungs-AG ist im Privatkundengeschäft tätig. Das Unternehmen bietet eine breite Palette an Produkten der Absicherung biometrischer Risiken und Altersvorsorge an. Im Berichtszeitraum erzielte die COSMOS Lebensversicherungs-AG ein versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung von 91 Mio. € (Vj. 100 Mio. €).

Politisches und makroökonomisches Umfeld

Der Krieg in der Ukraine hat zu starken gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Belastungen geführt. Die Fortdauer des Konflikts erschwert die Einschätzung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. Die Generali in Deutschland hat frühzeitig eine Task Force eingerichtet, um die entstandenen Risiken und die Auswirkungen auf die Konzernunternehmen zu bewerten. Schwerpunkte sind die Sicherstellung des Geschäftsbetriebs, die Sicherheit der IT-Infrastruktur sowie die Versorgung mit Energie und anderen Gütern im Rahmen eines vorausschauenden Krisenmanagements. Einen weiteren Kernpunkt bildet die Beobachtung und Bewertung der Risiken für die Kapitalanlagen der Konzernunternehmen. Derzeit sind keine direkten kritischen Auswirkungen auf die Gesamtrisikosituation der Generali in Deutschland zu erkennen bzw. zu erwarten.

Inflation und Zinsanstieg

Die Covid-19-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben sich vielfältig negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgewirkt, Lieferketten gestört und zu einem heftigen Anstieg der Energiepreise und Inflationsraten geführt. Nach den Zinserhöhungen der US-Notenbank und der Europäischen Zentralbank ist auch das allgemeine Zinsniveau in kurzer Zeit stark angestiegen und könnte sich noch weiter erhöhen.

Besonders der Zinsanstieg hat zu erheblichen Rückgängen bei den Marktwerten der hohen Bestände festverzinslicher Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen geführt. Allerdings führt dies nur in geringfügigem Maße zu einer Belastung in der Gewinn- und Verlustrechnung des Berichtsjahres, da ein Großteil der zinstragenden Finanzanlagen bis zu ihrer Endfälligkeit gehalten wird und entstandene stille Lasten im Zeitverlauf bis zum Rückzahlungstermin wieder aufgeholt werden. Demgegenüber wirkt sich der Zinsanstieg auf die Neuanlage positiv aus und steigert die zukünftigen Zinserträge der Konzernunternehmen. Auch bei den Sachversicherern verbessert sich durch den Zinsanstieg perspektivisch die Ertrags- und Finanzlage.

Die Aktienmärkte haben sich nach ihrem Einbruch am Jahresanfang wieder deutlich erholt, liegen aber immer noch auf niedrigerem Niveau als zu Jahresbeginn. Die Aktienbestände der Konzernunternehmen orientieren sich an der spezifischen, sicherheitsorientierten und an der Risikotragfähigkeit des jeweiligen Unternehmens ausgerichteten Anlagepolitik. Eine Rezession und etwaige Unternehmensinsolvenzen könnten allerdings im Jahr 2023 die Kapitalanlagen der Konzernunternehmen belasten.

Governance-System

In **Kapitel B** werden die Ausgestaltung der Geschäftsorganisation bzw. des Governance-Systems der COSMOS Lebensversicherungs-AG erläutert. Es beinhaltet Informationen zur Aufbau- und Ablauforganisation und der Einbindung der sogenannten Schlüsselfunktionen.

Die COSMOS Lebensversicherungs-AG hat ein Governance-System etabliert, welches ein solides und vorichtiges Management des Versicherungsgeschäfts gewährleistet. Das etablierte Governance-System entspricht der Wesensart, dem Umfang und der Komplexität der Tätigkeit der Gesellschaft und unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung.

Außerdem beinhaltet das Governance-System neben dem Vorstand, dem Aufsichtsrat und der Organisationsstruktur des Unternehmens das Risikomanagementsystem inklusive unternehmenseigener Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung, das interne Kontrollsystem, die vier unabhängigen Schlüsselfunktionen (Risikomanagement-Funktion, Compliance-Funktion, Funktion der Internen Revision und Versicherungsmathematische Funktion) und angemessene Regelungen zum Outsourcing. Das Governance-System baut auf einem gruppenweiten Leitliniensystem auf, umfasst eine angemessene transparente Organisationsstruktur mit einer klaren Zuweisung und angemessenen Trennung der Zuständigkeiten sowie ein wirksames System zur Gewährleistung der Übermittlung von Informationen. Vergütungssysteme für Geschäftsleiter und Mitarbeiter sind so gestaltet, dass sie eine nachhaltige Entwicklung des Unternehmens fördern. Die besonderen Anforderungen an die fachliche und persönliche Eignung im Wesentlichen (i.W.) von Unternehmensleitern, Aufsichtsräten, Inhabern der Schlüsselfunktionen sowie Ausgliederungsbeauftragten wichtiger Funktionen und Prozesse werden ebenfalls adäquat geregelt.

Nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Finanzmarktintegrität (FISG) wurden letzte Änderungen zum Geschäftsjahr 2022 umgesetzt. Für alle Versicherungsunternehmen der Generali in Deutschland, die unter das Aufsichtsregime Solvency II fallen, sowie die Deutsche Bausparkasse Badenia AG wurden Prüfungsausschüsse eingerichtet. Die bisher gültigen Richtlinien für die Genehmigung von Nichtprüfungsleistungen wurden angepasst und genehmigt, die Wahl des Abschlussprüfers sowie weitere regulatorische Anforderungen erfolgen unter Berücksichtigung der geänderten regulatorischen Vorgaben.

Darüber hinaus haben sich keine wesentlichen Änderungen des Governance-Systems der Gesellschaft ergeben.

Risikoprofil

In **Kapitel C** wird das Risikoprofil der Gesellschaft nach den folgenden Risikokategorien erläutert: Versicherungstechnisches Risiko, Marktrisiko, Kreditrisiko, Liquiditätsrisiko, operationelles Risiko sowie andere wesentliche Risiken. Hinsichtlich der einzelnen Risikokategorien erfolgt eine Beschreibung der Risikoexposition bzw. Bewertung der Risiken sowie etwaiger Risikokonzentrationen. Darüber hinaus werden Steuerungs- und Minderungsmaßnahmen sowie Sensitivitäten bezüglich der Risiken dargestellt.

Das Risikoprofil der COSMOS Lebensversicherungs-AG ist insbesondere durch Markt-, Kredit- sowie versicherungstechnische Risiken geprägt. Der spürbare Rückgang der Markt- und versicherungstechnischen Risiken zum Jahresende 2022 wird dabei durch einen Rückgang der risikomindernden Wirkung aus Steuerabsorption zusammen mit einem Anstieg des risikoubergreifenden SCR-Anteils überkompensiert.

Die Entwicklung im Marktrisikomodul ist maßgeblich vom Rückgang des Zinsrisikos dominiert. Der risikomindernde Effekt aus dem stark gesunkenen Marktwert des Portfolios in Folge des gestiegenen Zinsniveaus im Laufe des Jahres 2022 übersteigt dabei die Auswirkungen einer starken Erhöhung des Stresslevels in der Risikokalibrierung auf Grund der starken Veränderungen des Zinsniveaus und führt so zu einem Rückgang des Zinsrisikos zum Jahresende 2022.

Der spürbare Rückgang der versicherungstechnischen Risiken im Vergleich zum Jahresende 2021 resultiert i.W. aus einem Rückgang des Langlebigkeits- und des sog. „GC-Risiko“ (Going-Concern, vgl. C.1). Die durch den deutlichen Zinsanstieg im Berichtszeitraum gestiegene Risikotragfähigkeit der Gesellschaft führt zusammen mit dem leicht gesunkenen Stresslevel im Rahmen der Kalibrierung zu einem signifikanten Rückgang des Langlebigkeitsrisikos zum Jahresende 2022. Der Rückgang des GC-Risikos resultiert aus einem durch das höhere Zinsumfeld bedingten, deutlichen Rückgang des positiven Effektes aus der Wechselwirkung zwischen zukünftigem Neugeschäft und Überschussbeteiligung des Bestandes der Gesellschaft, sodass die geplante Abschlusskostenentlastung den risikoe erhöhenden Effekt in Folge des gestiegenen Stresslevels auf Grund einer höheren Volatilität der der Kalibrierung zu Grunde liegenden Daten überkompensiert und so das GC-Risiko verringert. Die genannten Risikorückgänge überkompensieren dabei einen gegenläufig wirkenden Anstieg des Stornorisikos.

Darüber hinaus haben sich keine wesentlichen Änderungen des Risikoprofils der Gesellschaft ergeben.

Bewertung für Solvabilitätszwecke

Das **Kapitel D** stellt die Bewertungsgrundsätze von Vermögenswerten, der versicherungstechnischen Rückstellungen sowie der sonstigen Verbindlichkeiten als Elemente der Solvabilitätsübersicht dar und beschreibt die Hauptunterschiede zwischen den handelsrechtlichen Bewertungsprinzipien und den ökonomischen Bewertungen gemäß Solvency II (SII). In der Solvabilitätsübersicht sind Vermögenswerte und Verbindlichkeiten grundsätzlich mit Marktwerten oder marktkonsistent zu bewerten.

Nach ökonomischer Bewertung gemäß Solvency II zum 31. Dezember 2022 betragen die Vermögenswerte der Gesellschaft 14.208.493 Tsd. € (Vj. 18.100.126 Tsd. €); die gesamten Verbindlichkeiten beliefen sich auf 13.352.856 Tsd. € (Vj. 17.211.448 Tsd. €), davon entfallen 12.987.183 Tsd. € (Vj. 16.808.362 Tsd. €) auf die versicherungstechnischen Rückstellungen. Der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten beläuft sich somit auf 855.638 Tsd. €, was einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr (888.679 Tsd. €) bedeutet.

Kapitalmanagement

In **Kapitel E** werden die Eigenmittel und die Solvenzkapitalanforderungen der Gesellschaft sowie die sich daraus ergebenden Solvenzquoten dargestellt. Die Solvenzkapitalanforderung der COSMOS Lebensversicherungs-AG wird anhand des genehmigten Internen Modells der Assicurazioni Generali S.p.A. berechnet. Hierbei handelt es sich um ein volles Internes Modell, d.h. auch das benötigte Risikokapital für operationelle Risiken wird mit diesem Modell ermittelt. Die Ergebnisse dieser Berechnung werden als angemessen erachtet, um die Kapitalanforderungen für alle Risiken des Unternehmens zu erfassen.

Die Gesellschaft verfügt zum 31. Dezember 2022 über Eigenmittel gemäß Solvency II in Höhe von 855.638 Tsd. € (Vj. 888.679 Tsd. €), die vollständig auf Qualitätsklasse 1 entfallen. Der in den Basiseigenmitteln enthaltene Überschussfondsanteil beträgt wie im Vorjahr 0 Tsd. €.

Das handelsrechtliche Eigenkapital der Gesellschaft beläuft sich wie im Vorjahr auf 171.151 Tsd. €. Wesentliche Treiber des Unterschiedsbetrags zwischen den Eigenmitteln gemäß Solvency II und dem handelsrechtlichen Eigenkapital sind die abweichenden Bewertungsvorschriften bei den versicherungstechnischen Verpflichtungen (3.484.468 Tsd. €; Vj. -65.128 Tsd. €) und den Kapitalanlagen (-2.646.701 Tsd. €; Vj. 995.891 Tsd. €).

Zum Stichtag beträgt die Solvenzkapitalanforderung („Solvency Capital Requirement“, SCR) 517.949 Tsd. € (Vj. 475.540 Tsd. €) und die Mindestkapitalanforderung („Minimum Capital Requirement“, MCR) 233.077 Tsd. € (Vj. 213.993 Tsd. €).

Die Einhaltung der Solvabilitätsanforderungen ist vor dem Hintergrund der anrechenbaren Eigenmittel von 855.638 Tsd. € (Vj. 888.679 Tsd. €) für die Bedeckung des SCR bzw. für die Bedeckung des MCR und einer Solvenzquote von 165% (Vj. 187%, SCR-Bedeckung) bzw. 367% (Vj. 415%, MCR-Bedeckung) zum Stichtag nicht gefährdet. Diese Solvenzquoten wurden ohne Anwendung sogenannter Transitionals (Übergangsvorschriften gem. § 352 und § 353 VAG) ermittelt; die COSMOS Lebensversicherungs-AG hat diese Maßnahmen nicht beantragt.

Daneben ist die Gesellschaft Teil der internationalen Generali Gruppe, einem weltweit tätigen Versicherungsunternehmen, das dank seiner ausgezeichneten Solvenz und seines effizienten Finanzmanagements einer der solidesten Anbieter in der Branche ist. Zum Zeitpunkt der Finalisierung dieses Berichts ist die Solvenzposition der Gesellschaft weiterhin sehr solide und nicht gefährdet.

Anmerkung: Aus technischen Gründen können in den Tabellen und Texten Rundungsdifferenzen auftreten. Zudem wurde aus Gründen der Lesbarkeit der Ausweis von Werten in Ausnahmefällen in Mio. € vorgenommen.

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

Die COSMOS Lebensversicherungs-AG wird in der Form einer Aktiengesellschaft geführt und unterliegt der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), die folgende Kontaktdaten hat:

Anschrift der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht:

Graurheindorfer Str. 108 53117 Bonn

alternativ:

Postfach 1253
53002 Bonn

Kontaktdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht:

Fon: 0228 /4108 - 0

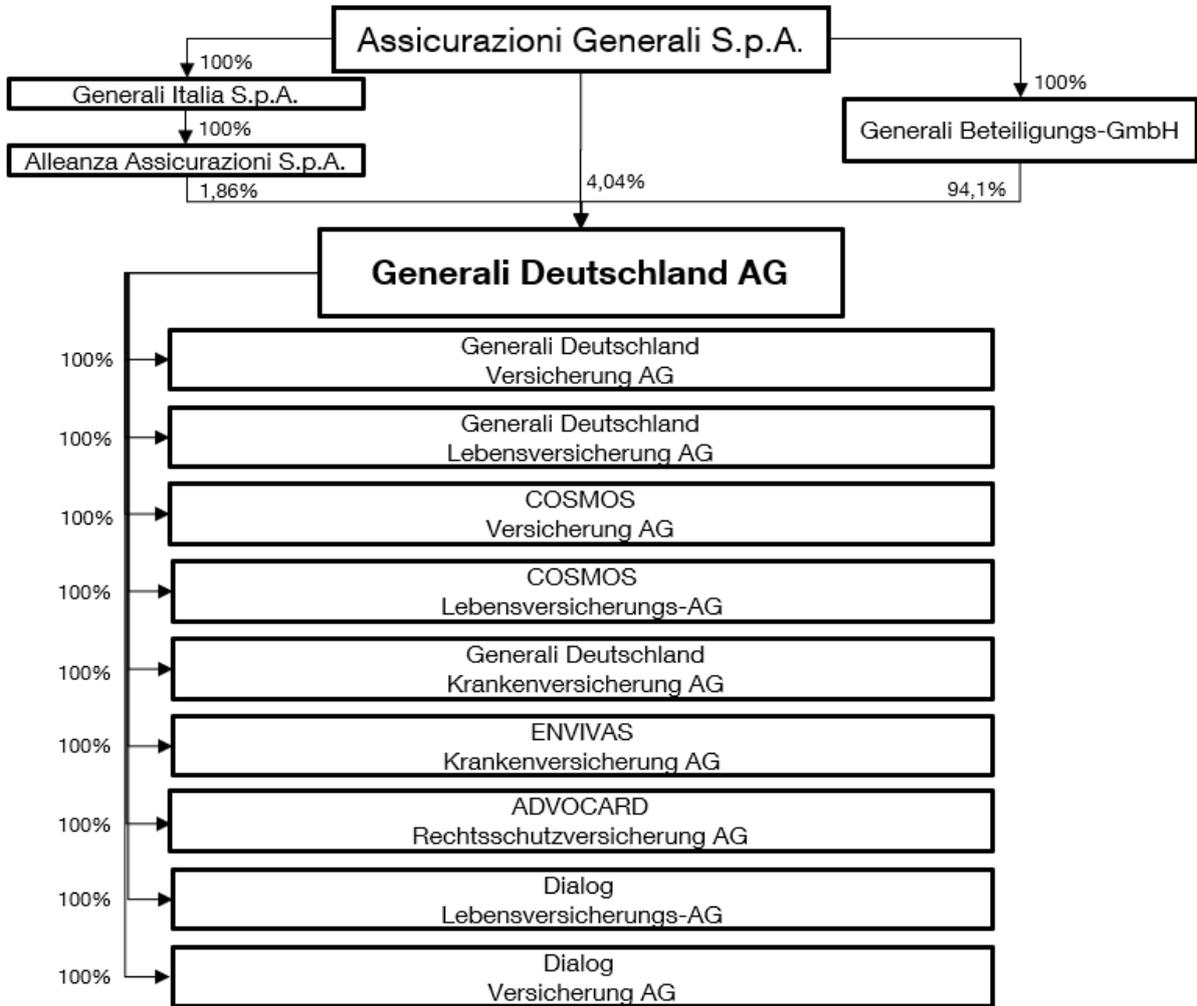
Fax: 0228 /4108 - 1550

E-Mail: poststelle@bafin.de oder De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Als externer Prüfer wurde durch die Hauptversammlung der Gesellschaft die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in 50674 Köln, Barbarossaplatz 1a, gewählt und vom Aufsichtsrat beauftragt.

Die Gesellschaft ist Teil der internationalen Versicherungsgruppe der Assicurazioni Generali S.p.A. mit Sitz in Triest (Italien) welche der Beaufsichtigung der italienischen Aufsichtsbehörde „Istituto per la Vigilanza sulle Assicurazioni“ (IVASS) mit Sitz in Rom (Italien), Via del Quirinale 21, unterliegt.

Die Anteile an der Gesellschaft werden zu 100% von der Generali Deutschland AG mit Sitz in 81737 München, Adenauerring 7, gehalten, deren Anteile wiederum zu 94,1% von der Generali Beteiligungs-GmbH mit Sitz in 52064 Aachen, Maria-Theresia-Allee 38, gehalten werden. Mittelbar ist die Gesellschaft eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Assicurazioni Generali S.p.A. mit Sitz in Triest (Italien), Piazza Duca degli Abruzzi 2. Es handelt sich jeweils um strategische Beteiligungen. Damit ist die Gesellschaft ein verbundenes Unternehmen der Assicurazioni Generali S.p.A. Das folgende Organigramm stellt eine vereinfachte Gruppenstruktur mit den wesentlichen Beteiligungsverhältnissen dar:



Verbundene Unternehmen und Beteiligungen in %

	2022	2021
Lion River I N.V., Investmentgesellschaft, Niederlande	0,22	0,20
Protector Lebensversicherungs-AG; Versicherungsunternehmen; Deutschland	0,42	0,42
RREEF Pan-European Infrastructure Feeder GmbH & Co. KG; Immobilieninvestmentgesellschaft; Deutschland	1,85	1,85
Generali European Real Estate Income Investments GmbH & Co. KG*	22,44	0

*per 31.12.2021 firmierend als "Generali European Real Estate Income Investments GmbH & Co. Geschlossene Investment KG" und gebucht als Investmentanteile

Gegenstand des Unternehmens ist nach §3 der Satzung der unmittelbare und mittelbare Betrieb der Lebensversicherung und die Vermittlung von Versicherungen aller Art im In- und Ausland. Die Gesellschaft ist weiterhin berechtigt, andere Geschäfte insbesondere die Vermittlung von Spar- und Kreditverträgen, die mit dem Versicherungsgeschäft in unmittelbarem Zusammenhang stehen, zu betreiben. Die Gesellschaft ist berechtigt, den Geschäftszweig der Kapitalisierungsgeschäfte zu betreiben, die Verwaltung von Versorgungseinrichtungen zu übernehmen sowie sich an anderen Unternehmen zu beteiligen.

Die COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft betrieb im Berichtsjahr ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft aller Arten der Lebensversicherung inklusive der fondsgebundenen Lebensversicherung im Inland.

Detaillierte Informationen zu den betriebenen Versicherungsarten werden in Abschnitt „A.2 Versicherungstechnische Leistung“ dargestellt.

Informationen über wesentliche Geschäftsvorfälle oder sonstige Ereignisse

Organisation in der DACH Business Unit zur Beschleunigung der Umsetzung des Strategieplans

Im September ist die neue Business Unit „Germany, Austria and Switzerland“ (DACH) der Generali gestartet. Sie bildet eine Plattform für einen vereinfachten und verstärkten Austausch von Wissen und gemeinsamer Entwicklung bzw. Nutzung von Prozessen, Produkten und Systemen der Aktivitäten der Generali bezogen auf diese drei Länder. Mit 19,4 Mrd. € Prämien und 1,26 Mrd. € Operating Result (Stand: Ende 2021) ist sie die zweitgrößte Business Unit innerhalb der Generali Group. In der DACH-Region ist sie Nummer 2 unter den Erstversicherern. Ziel der neu geschaffenen Business Unit ist es, unter Führung des CEO der Business Unit „Germany, Austria and Switzerland“, der direkt an den Group CEO berichtet, die Wertschöpfung durch Synergieeffekte bei Umsatz, Kosten und Innovation zu beschleunigen, Marktpotenziale aususchöpfen und so das profitable und nachhaltige Wachstum weiter zu steigern.

Politisches und makroökonomisches Umfeld

Der Krieg in der Ukraine hat zu starken gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Belastungen geführt. Die Fortdauer des Konflikts erschwert die Einschätzung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. Die Generali in Deutschland hat frühzeitig eine Task Force eingerichtet, um die entstandenen Risiken und die Auswirkungen auf die Konzernunternehmen zu bewerten. Schwerpunkte sind die Sicherstellung des Geschäftsbetriebs, die Sicherheit der IT-Infrastruktur sowie die Versorgung mit Energie und anderen Gütern im Rahmen eines vorausschauenden Krisenmanagements. Einen weiteren Kernpunkt bildet die Beobachtung und Bewertung der Risiken für die Kapitalanlagen der Konzernunternehmen. Derzeit sind keine direkten kritischen Auswirkungen auf die Gesamtrisikosituation der Generali in Deutschland zu erkennen bzw. zu erwarten.

Über „The Human Safety Net“ – die globale Gemeinschaftsinitiative der Generali Group für die Unterstützung benachteiligter Gruppen in den Ländern, in denen die Generali aktiv ist – hat die Generali in Deutschland diverse direkte Hilfsmaßnahmen organisiert. Dazu gehören die vorübergehende Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen in Räumlichkeiten der Generali und psychosoziale Unterstützung für Familien, aber auch Arbeitsvermittlungsplattformen und eine Beschäftigungsinitiative in der Generali für ukrainische Arbeitssuchende. Auch direkte finanzielle Hilfe wurde von der Generali in Deutschland und von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleistet, die ukrainischen Flüchtlingen, insbesondere Frauen und Kindern, in Deutschland und auch in anderen Ländern über soziale Einrichtungen wie der Caritas oder SOS-Kinderdörfern zugutekommt.

Covid-19-Pandemie

Die Lage im Hinblick auf die Covid-19-Pandemie hat sich in Deutschland im Jahresverlauf spürbar entspannt. Da die Covid-19-Pandemie aber noch nicht endgültig bewältigt ist, setzt die Generali in Deutschland weiter auf bisher bewährte Sicherheitsmaßnahmen. Insbesondere eine sehr flexibel gestaltete und technisch sehr gut unterstützte Möglichkeit, als Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter sowohl im Homeoffice als auch im Büro zu arbeiten, trägt maßgeblich dazu bei, Ansteckungen zu vermeiden. Einen zusätzlichen Beitrag leisten die etablierten Schutzmaßnahmen in den Bürogebäuden sowie wiederholte und situationsgerechte Informationen dazu für die Belegschaft. Die Entwicklung der Pandemie allgemein sowie unternehmensbezogen wird laufend beobachtet, um weiterhin jederzeit schnell und angemessen reagieren zu können.

Inflation und Zinsanstieg

Die Covid-19-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben sich vielfältig negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgewirkt, Lieferketten gestört und zu einem heftigen Anstieg der Energiepreise und Inflationsraten geführt. Nach den Zinserhöhungen der US-Notenbank und der Europäischen Zentralbank ist auch das allgemeine Zinsniveau in kurzer Zeit stark angestiegen und könnte sich noch weiter erhöhen.

Besonders der Zinsanstieg hat zu erheblichen Rückgängen bei den Marktwerten der hohen Bestände festverzinslicher Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen geführt. Allerdings führt dies nur in geringfügigem Maße zu einer Belastung in der Gewinn- und Verlustrechnung des Berichtsjahres, da ein Großteil der zinstragenden Finanzanlagen bis zu ihrer Endfälligkeit gehalten wird und entstandene stille Lasten im Zeitverlauf bis zum Rückzahlungstermin wieder aufgeholt werden. Demgegenüber wirkt sich der Zinsanstieg auf die Neuanlage positiv aus und steigert die zukünftigen Zinserträge der Konzernunternehmen. Auch bei den Sachversicherern verbessert sich durch den Zinsanstieg perspektivisch die Ertrags- und Finanzlage.

Die Aktienmärkte haben sich nach ihrem Einbruch am Jahresanfang wieder deutlich erholt, liegen aber immer noch auf niedrigerem Niveau als zu Jahresbeginn. Die Aktienbestände der Konzernunternehmen orientieren sich an der spezifischen, sicherheitsorientierten und an der Risikotragfähigkeit des jeweiligen Unternehmens ausgerichteten Anlagepolitik. Eine Rezession und etwaige Unternehmensinsolvenzen könnten allerdings im Jahr 2023 die Kapitalanlagen der Konzernunternehmen belasten.

Wesentliche Aktivitäten im Bereich Digitalisierung und Data Analytics

Die konsequente Digitalisierung entlang der Wertschöpfungskette ist auch weiterhin eine der Top-Prioritäten der Generali in Deutschland. So wurden im Geschäftsjahr 2022 erneut zahlreiche Projekte und Initiativen umgesetzt bzw. neu auf den Weg gebracht. Ziel ist es, damit weitere digitale Erlebnisse für Kunden und Vertriebspartner zu schaffen, Daten intelligent zu nutzen und Produktivitätsvorteile zu realisieren. Im Fokus stehen dabei die Digitalisierung von Produkten, Prozessen und Services sowie der Auf- und Ausbau relevanter Fähigkeiten im Bereich Analytics.

So konnten in diesem Jahr zahlreiche Leistungs- und Verwaltungsprozesse optimiert und die Dunkelverarbeitung weiter ausgebaut werden. Im Bereich der Krankenversicherung ermöglicht beispielsweise der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) fortan eine noch effizientere und präzisere Prüfung von Belegen. Mit dem

Aufbau einer Process-Mining-Infrastruktur hat die Generali in Deutschland zudem die technologische Basis für weitere systematische Prozessverbesserung geschaffen und bereits einige Anwendungsfelder in Betrieb genommen. Ebenso wurde die Kommunikation mit Versicherungsnehmern, Vertriebspartnern und Anspruchsstellern systematisch weiter digitalisiert, sodass 2022 der postalische Versand deutlich reduziert werden konnte.

Durch den Aufbau einer zentralen Analytics-Plattform hat die Generali in Deutschland im Jahr 2022 die technische Grundlage geschaffen, um Daten noch wertschöpfender zu nutzen und Kundenanliegen schneller und qualitativ besser zu servicieren.

Hierfür wurden zahlreiche Data Analytics Anwendungsfälle entlang der gesamten Wertschöpfungskette beschrieben, priorisiert und zum Einsatz gebracht. Analytics unterstützt damit wichtige Kernprozesse, wie z.B. Marketing und Vertrieb, Schadenbearbeitung oder Risikoprüfung.

Environmental Social Governance (ESG) nachhaltig ausgebaut: Verankerung in allen Funktionen der Generali in Deutschland

Im Jahr 2022 hat die Generali in Deutschland ihre Ambitionen in Richtung eines nachhaltigeren Geschäftsbetriebs im Einklang mit der neuen Strategie der Generali Group „Lifetime Partner 24: Driving Growth“ weiter vorangetrieben. Die Ende 2021 vorgestellte neue Strategie begreift das Streben nach nachhaltigen Lösungen als Möglichkeit, dem Versicherungsgeschäft positive Impulse zu verleihen. Die Generali in Deutschland hat ihr strategisches ESG-Projekt überarbeitet und deutlich ausgebaut. Das Unternehmen engagiert sich unter anderem für die Entwicklung eines nachhaltigeren Portfolios an Versicherungslösungen. Auch sollen die Treibhausgasemissionen aus dem Betrieb bis 2025 um 25% reduziert werden. Weiterhin hat die Generali die deutliche Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen zum Ziel erklärt. Ebenso soll die Zahl, der in Digitalkompetenz und Nachhaltigkeit geschulten Kolleginnen und Kollegen deutlich gesteigert werden. Veränderungen in den Reiserichtlinien sowie eine Reduzierung der in Anspruch genommenen Bürofläche sind wichtige aktuelle und konkrete Maßnahmen, mit denen sich der CO₂-Fußabdruck der Generali bereits verbessert hat.

Das Unternehmen hat eine Kooperation mit der DEUTIM - youforfuture GmbH geschlossen, um seine verbleibenden unvermeidbaren CO₂-Emissionen aus dem Betrieb durch ein innovatives und zukunftsweisendes Projekt auszugleichen, bei dem bis 2025 300.000 Bäume in klimastabilen, heimischen Mischwäldern an fünf Standorten in ganz Deutschland gepflanzt werden. Die Bemühungen der Generali in Deutschland wurden von der Versicherungs-Ratingagentur Franke + Bornberg gewürdigt, die die Generali in Deutschland im August 2022 in ihrem ESG-Rating mit der Bestnote „FFF – sehr gut“ ausgezeichnet hat – der bis dahin höchsten Bewertung für Unternehmen in Deutschland.

Um zudem nachhaltige Praxis bei Kunden, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen, zu fördern, hat die Generali in Deutschland gemeinsam mit der Handelsblatt Media Group erneut den Sustainable Impact Award (SIA) vergeben: Er wurde im Jahr 2022 an vier mittelständische Unternehmen verliehen, die sich durch hervorragende Nachhaltigkeit auszeichnen. Eine weitere Initiative zur Förderung von Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion war die Unterstützung des Projekts des weltbekannten Fotokünstlers Oliviero Toscani unter dem Titel „Die Deutschen des 21. Jahrhunderts“. In dessen Rahmen wurden unter anderem Open-Air-Installationen an markanten Stellen im Stadtbild von Berlin und München realisiert. Die Ausstellungen zeigten Deutschlands vielfältige, multikulturelle und integrative Gesellschaft durch ein Kaleidoskop von Gesichtern. Als weiteren Beweis für die positive soziale Wirkung des Unternehmens hat die Generali in Deutschland seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine Notfallmaßnahmen für ukrainische Flüchtlinge durch ihr Community-Outreach-Programm „The Human Safety Net“ und ihre NGO-Partner organisiert – einschließlich Fundraising, Unterstützung von Familien und Hilfe für arbeitssuchende Geflüchtete.

Deutliche Steigerung der Kundenbegeisterung

Bei der Transformation zum Lifetime Partner steht der Kunde im Mittelpunkt des unternehmerischen Handelns. Dazu wird ein etabliertes Instrument zur Messung der Kundenstimmen konsequent weiterentwickelt. Mit dem Net-Promoter-System (NPS) werden tagesaktuell die Kundenbegeisterung in relevanten Messpunkten gemessen. So kann das Unternehmen umgehend auf das Kundenfeedbacks reagieren und den Service jeden Tag weiter verbessern. Der Index ist eines der zentralen Steuerungselemente des Unternehmens – seit dem Jahr 2015 werden Kundenstimmen transparent auf der Internetseite veröffentlicht.

Wie in den Vorjahren konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr den NPS-Wert an allen Touchpoints erneut deutlich steigern. Die Ergebnisse bestätigen den erfolgreichen Umbau und die Ausrichtung der Kundenberatung auf das „Kümmerer-Prinzip“ sowie auch die weitere Vereinfachung der Online-Prozesse. Dabei werden die Kunden möglichst schon im ersten Kontakt umfassend und abschließend beraten beziehungsweise deren Anliegen gelöst. Das positive Kundenfeedback bestärkt das Unternehmen, in Richtung Kundenservice der Zukunft sowie im Zusammenspiel mit dem Online-Auftritt richtig aufgestellt zu sein.

Gesamtleistung

Die Gesamtleistung der Gesellschaft entsprechend der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

HGB-Ergebnis - Wesentliche Kennzahlen in Tsd. €

	2022	2021
Verdiente Beiträge	1.829.235	2.160.048
Ergebnis aus Kapitalanlagen	227.467	520.385
Aufwendungen für Versicherungsfälle	1.389.507	1.478.057
Veränderung der übrigen vt. Netto-Rückstellungen	-213.980	976.971
Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	70.369	87.323
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	84.533	77.745
Versicherungstechnisches Ergebnis	91.396	99.933
Sonstiges Ergebnis	-15.511	-18.752
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	75.884	81.182
Außerordentliches Ergebnis	-188	-188
Steuern	-47.776	-33.223
Ergebnis vor Gewinnabführung	27.920	47.770

A.2 Versicherungstechnische Leistung

Die versicherungstechnische Leistung entfällt im Wesentlichen auf die geografische Region Deutschland. Die nachfolgenden Erläuterungen basieren auf dem handelsrechtlichen Jahresabschluss.

Die COSMOS Lebensversicherungs-AG konnte im Jahr 2022 ein positives versicherungstechnisches Ergebnis in Höhe von 91.396 Tsd. € (Vj. 99.933 Tsd. €) basierend auf der lokalen Rechnungslegung nach HGB ausweisen.

Im Anhang zu diesem Bericht befinden sich einige Quantitative Reporting Templates (QRT), die für die Öffentlichkeit bestimmt sind (sogenannte "öffentliche QRT"). Zur Aufteilung der versicherungstechnischen Leistungen auf die Solvency II Geschäftsbereiche wird auf das QRT "Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen" verwiesen. Die Informationen sind aus handelsrechtlicher Rechnungslegungssicht entnommen, allerdings in der Aufteilung der im Berichtsformular spezifizierten Geschäftsbereiche nach Solvency II. Bei dem Berichtsformular ist zu beachten, dass nur ein (unvollständiger) Überblick über die Prämien, Forderungen und Aufwendungen der Versicherungsunternehmen aus Sicht der lokalen Rechnungslegung gegeben wird.

Versicherungstechnische Leistung – Wesentliche Kennzahlen in Tsd. €

	Kranken-versi- cherung	Versicherung mit Überschuss-be- teiligung	Index- und fonds- gebundene Versi- cherung	Gesamt	
				2022	2021
Gebuchte Bruttobeiträge	145.815	1.551.734	141.044	1.838.593	2.175.983
Aufwendungen für Versicherungsfälle	17.501	1.278.866	95.601	1.391.967	1.473.407
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen	4.495	-120.923	327.078	210.649	-983.755
Angefallene Aufwendungen	9.238	93.864	6.000	109.101	103.249

- Die Darstellung der Aufwendungen für Versicherungsfälle beinhaltet nicht die internen und externen Schadenregulierungskosten.
- Die Darstellung der „Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen“ umfasst im Gegensatz zum Posten „Deckungsrückstellung“ auch die Erträge und Aufwendungen aus der Aktivierung von Ansprüchen in Höhe von 5.739 Tsd. € (Vj. 7.503 Tsd. €).
- Die Position „Angefallene Aufwendungen“ enthält auch die Schadenregulierungskosten sowie die Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen in Höhe von insgesamt 24.568 Tsd. € (Vj. 25.504 Tsd. €).

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge in Höhe von 1.838.593 Tsd. € (Vj. 2.175.983 Tsd. €) ergeben sich aus den gebuchten Einmalbeiträgen mit 738.834 Tsd. € (Vj. 1.028.517 Tsd. €) und den gebuchten laufenden Bruttobeiträgen in Höhe von 1.099.759 Tsd. € (Vj. 1.147.465 Tsd. €).

Nach Abzug der Beiträge an Rückversicherer und nach Veränderung der Nettobeitragsüberträge betragen die verdienten Beiträge für eigene Rechnung 1.829.235 Tsd. € (Vj. 2.160.048 Tsd. €).

Leistungen für unsere Kunden

Die Aufwendungen für vertragliche Versicherungsleistungen betrugen im Jahr 2022 1.609.083 Tsd. € (Vj. 2.894.472 Tsd. €). Die im Geschäftsjahr fällig gewordenen Leistungen beliefen sich auf 1.854.218 Tsd. € (Vj. 1.933.010 Tsd. €). Die Veränderung der Leistungsverpflichtungen für künftige Jahre betrug -245.135 Tsd. € (Vj. 961.462 Tsd. €). Von den im Jahr 2022 für das Geschäftsjahr aufgewendeten Leistungen (ohne Regulierungsaufwendungen) entfielen auf Todesfälle 130.772 Tsd. € (Vj. 136.402 Tsd. €) und auf Erlebensfälle 490.712 Tsd. € (Vj. 558.627 Tsd. €). Auf Rückkäufe entfielen insgesamt 850.709 Tsd. € (Vj. 835.940 Tsd. €), davon 414.787 Tsd. € (Vj. 579.070 Tsd. €) auf Tagesgeld Plus.

Abschluss- und Verwaltungsaufwendungen

Für die Akquisition, den Abschluss und die Bearbeitung der 32.945 Neuverträge (Vj. 42.218) sind 65.809 Tsd. € (Vj. 64.383 Tsd. €) aufgewendet worden. Die auf die Beitragssumme des eingelösten Neugeschäfts bezogene Abschlusskostenquote betrug im Jahr 2022 3,9% (Vj. 2,8%).

Für die laufende Verwaltung der Verträge einschließlich Kundenservice sind 20.402 Tsd. € (Vj. 20.598 Tsd. €) angefallen. Die auf die gebuchten Bruttobeiträge bezogene Verwaltungskostenquote betrug 1,1% (Vj. 0,9%).

A.3 Anlageergebnis

Im Folgenden wird das Kapitalanlagenergebnis gemäß den handelsrechtlichen Vorschriften in der Gliederung der Solvabilitätsübersicht dargestellt. Elemente der Solvabilitätsübersicht, die gemäß Solvency II nicht zu den Kapitalanlagen gehören, sind gekennzeichnet.

Ergebnis aus Kapitalanlagen in Tsd. €

	Laufendes Ergebnis aus Kapitalanlagen (inkl. laufende Abschreibungen)	Zu-/Abschreibungen (ohne laufende Abschreibungen)	Gewinne/Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	Nettoergebnis aus Kapitalanlagen	Nettoergebnis aus Kapitalanlagen
	2022			2021	
Immobilien (für Eigennutzung) ¹	0	0	0	0	1.078
Kapitalanlagen (außer Vermögenswerte für fonds- und indexgebundene Versicherungen)					
Immobilien (außer für Eigennutzung)	1.419	0	0	1.419	321
Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	5.170	861	0	6.031	752
Aktien - notiert	290	-2	0	288	0
Aktien - nicht notiert	5.022	0	0	5.022	565
Staatsanleihen	87.129	-1.841	32.188	117.476	155.121
Unternehmensanleihen	93.038	-48.036	38.400	83.402	194.726
Strukturierte Schuldtitel	3.938	0	-428	3.509	2.050
Besicherte Wertpapiere	-73	-3.638	0	-3.711	2.789
Organismen für gemeinsame Anlagen	112.351	-76.562	-2.726	33.062	152.635
Derivate	102	0	2.041	2.143	3.657
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	889	0	0	889	523
Sonstige Anlagen	0	0	0	0	0

Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft ¹	0	0	0	0	0
Vermögenswerte für indexgebundene und fondsgebundene Verträge ¹	9.699	-351.404	-11.353	-353.058	364.796
Darlehen und Hypotheken (ohne Policendarlehen) ¹	3.589	-5	0	3.584	3.490
Policendarlehen ¹	807	0	0	807	897
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen ²	-24.801	0	0	-24.801	-22.822
Summe	298.568	-480.627	58.122	-123.937	860.579
<small>¹Diese Vermögenswerte werden im Rahmen der Solvency II Berichterstattung nicht unter den Anlagen geführt.</small>					
<small>²Diese Aufwendungen können keiner einzelnen Vermögensklasse zugeordnet werden.</small>					

Das Ergebnis aus Kapitalanlagen für das Jahr 2022 sank auf -123.937 Tsd. € nach 860.579 Tsd. € im Vorjahr. Der maßgebliche Effekt hierbei war das Ergebnis aus Vermögenswerten für index- und fondsgebundene Verträge, welches sich vor allem aufgrund von Abschreibungen um 351.404 Tsd. € verringerte. Weitere das Ergebnis verringerende Effekte waren Abschreibungen auf Organismen für gemeinsame Anlagen und Unternehmensanleihen.

Die laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen (ohne index- und fondsgebundene Verträge) belief sich auf 2,0% (Vj. 2,2%). Die Nettoverzinsung (ohne index- und fondsgebundene Verträge) lag bei 1,6% (Vj. 3,5%).

Eine direkte Erfassung von Gewinnen und Verlusten im Eigenkapital wird nicht vorgenommen.

Die Gesellschaft hält derzeit keine klassischen Verbriefungen.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Übriges nichtversicherungstechnisches Ergebnis und Gesamtergebnis nach Steuern

Sonstige Erträge

Die sonstigen Erträge beliefen sich auf 19.409 Tsd. € (Vj. 23.454 Tsd. €).

In dieser Position sind im Wesentlichen Erträge aus erbrachten Dienstleistungen für andere Unternehmen in Höhe von 6.684 Tsd. € (Vj. 10.830 Tsd. €) sowie Vergütungen aus Investmentfonds in Höhe von 8.132 Tsd. € (Vj. 8.592 Tsd. €) enthalten.

Sonstige Aufwendungen

Die sonstigen Aufwendungen beliefen sich auf 34.920 Tsd. € (Vj. 42.206 Tsd. €) und beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für erbrachte Dienstleistungen in Höhe von 6.570 Tsd. € (Vj. 10.507 Tsd. €) sowie Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes in Höhe von 26.319 Tsd. € (Vj. 28.448 Tsd. €).

Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge beliefen sich im Geschäftsjahr auf 0 Tsd. € (Vj. 0 Tsd. €).

Außerordentliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr betragen die außerordentlichen Aufwendungen 188 Tsd. € (Vj. 188 Tsd. €).

Steuern

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie die sonstigen Steuern belaufen sich insgesamt auf 47.776 Tsd. € (Vj. 33.223 Tsd. €).

Ein Bilanzgewinn wurde nicht ausgewiesen, da ein Gewinnabführungsvertrag mit der Generali Deutschland AG besteht. Es wurde das erwirtschaftete Ergebnis in Höhe von 27.920 Tsd. € (Vj. 47.770 Tsd. €) abgeführt.

Leasingvereinbarungen

Es bestehen Leasingvereinbarungen, in denen die Gesellschaft im Wesentlichen als Leasinggeber auftritt. Die Mietzinsen des Geschäftsjahres betragen insgesamt 2.900 Tsd. € (Vj. 2.881 Tsd. €).

Die Gesellschaft verfügt ausschließlich über Leasingvereinbarungen, die nach dem Operating-Leasing bilanziert werden. Das Operating-Leasing ist eine Form des Leasings, die der Miete weitgehend ähnlich ist.

A.5 Sonstige Angaben

Über die vorherigen Kapitel hinaus gibt es keine sonstigen wesentlichen Informationen zu Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis.

B Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Governance bezeichnet den Ordnungsrahmen für die Leitung und Überwachung von Unternehmen. Die Anforderungen an die Ausgestaltung des Governance-Systems von Versicherungsunternehmen resultieren aus den §§ 23-34 VAG¹ und werden durch das zum 1. Februar 2017 in Kraft getretene Rundschreiben R2/2017 „Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen (MaGo)“ spezifiziert.

Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen sind gemäß § 23 VAG verpflichtet, ein Governance-System zu etablieren, das eine solide und umsichtige Leitung des Unternehmens gewährleistet. Das Governance-System muss der Wesensart, dem Umfang und der Komplexität der Tätigkeit des Unternehmens angemessen sein und einer regelmäßigen Überprüfung unterliegen.

Im Folgenden wird der Aufbau der Management- und Aufsichtsorgane der hier berichtenden Gesellschaft dargestellt, ein Überblick über das Governance-System gegeben sowie eine Bewertung seiner Angemessenheit dargestellt.

B.1.1 Aufbau und Aufgaben der Management- und Aufsichtsorgane

Vorstand

Der Vorstand der COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft gewährleistet das „Vier-Augen-Prinzip“. Gemäß der Geschäftsordnung für den Vorstand hat dieser die folgenden Aufgaben:

- Führung der Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung, der Bestimmungen der Geschäftsordnung, der im Rahmen des Beherrschungsvertrags erteilten Weisungen des herrschenden Unternehmens und der vom Vorstand selbst erlassenen Leitlinien und Regelwerke.
- Leitung der Gesellschaft in eigener Verantwortung; vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den übrigen Organen der Gesellschaft zum Wohle des Unternehmens.
- Entwicklung und Umsetzung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens in Abstimmung mit dem herrschenden Unternehmen; Berichterstattung über die Strategieentwicklung und den Stand der Strategieumsetzung an den Aufsichtsrat in regelmäßigen Abständen.
- Sorge für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien einschließlich Policies und Guidelines sowie etwaiger Rundschreiben der BaFin; Sorge für ein angemessenes und wirksames Risikomanagementsystem; regelmäßige Bewertung der Geschäftsorganisation und Sicherstellung, dass die Leiter der Kontrollfunktionen über alle Informationen verfügen, welche für die Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben erforderlich sind.

Der Vorstand der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

Benedikt Kalteier
Vorsitzender des Vorstands
Chief Executive Officer

Christoph Gloeckner
Mitglied des Vorstands
Chief Operating Officer

¹ Im VAG wird auf den Begriff „Geschäftsorganisation“ Bezug genommen. Die MaGo stellen klar, dass die Begriffe „Governance-System“ und „Geschäftsorganisation“ synonym zu verwenden sind. Im Folgenden wird der Begriff „Governance“ verwendet.

Milan Novotný
Mitglied des Vorstands
Chief Financial Officer

Ulrich Ostholt
Mitglied des Vorstands
Chief Investment Officer

Uli Rothaufe
Mitglied des Vorstands
Chief Insurance Officer Life

Im Vorstand der Gesellschaft haben sich nach dem Berichtsstichtag keine Änderungen ergeben.

Spezifische Ausschüsse innerhalb des Vorstands bestehen nicht.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat überwacht die Geschäftsführung der Gesellschaft während des Geschäftsjahres laufend und begleitet diese beratend. Er wird durch schriftliche Berichterstattung des Vorstands über die Geschäftsentwicklung sowie über wesentliche Vorgänge unterrichtet und tritt darüber hinaus zu Sitzungen mit dem Vorstand zusammen. Zudem werden der Erläuterungsbericht des Verantwortlichen Aktuars, die Risikoberichte und die Berichte des Abschlussprüfers mit dem Aufsichtsrat erörtert. Der Aufsichtsrat prüft den Lagebericht sowie den Jahresabschluss für das jeweilige Geschäftsjahr und stellt den Jahresabschluss fest.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht zum Jahresende aus den folgenden Mitgliedern:

- Stefan Lehmann, Vorsitzender und Mitglied des Prüfungsausschusses
- Dr. Robert Wehn, stellvertretender Vorsitzender und Vorsitzender des Prüfungsausschusses
- Francesco Ranut, stellvertretender Vorsitzender des Prüfungsausschusses

Katrin Gruber wurde am 01.01.2023 neu in den Aufsichtsrat bestellt. Es haben sich nach dem Berichtsstichtag bei den Mitgliedern des Aufsichtsrats keine weiteren Änderungen ergeben.

B.1.2 Leitliniensystematik der Generali in Deutschland

Die Leitliniensystematik der Generali in Deutschland wird wesentlich durch die Einbindung in die internationale Generali Gruppe geprägt, welche gruppenweite Standards in Form von verbindlichen Leitlinien (Group Policies, Group Guidelines und Group Technical Measures) definiert. Die Leitlinien der internationalen Gruppe werden, den Vorgaben des implementierten Leitlinienmanagementsystems folgend, in den betroffenen Unternehmen der Generali in Deutschland umgesetzt. Die zu ergreifenden Umsetzungsschritte hängen wesentlich davon ab, wie die Leitlinien nach der internen Normenhierarchie klassifiziert werden.

Group Policies sind Regelwerke, welche zur Verfolgung grundsätzlicher Ziele und/oder Vorgaben bzgl. des Governance Systems bestimmte Prinzipien einführen. In den Policies werden, entsprechend den Vorgaben des VAG, unter anderem die Bereiche Risikomanagement (Risk Management Group Policy), interne Kontrollsysteme (Group Directives on the System of Governance), Interne Revision (Audit Group Policy) und Outsourcing (Outsourcing Group Policy) übergreifend geregelt.

Group Guidelines regeln sowohl gesellschafts- und bereichsübergreifende als auch fachspezifische Themen. Sie gestalten hierbei die durch die Group Policies eingeführten allgemeinen Prinzipien weiter aus.

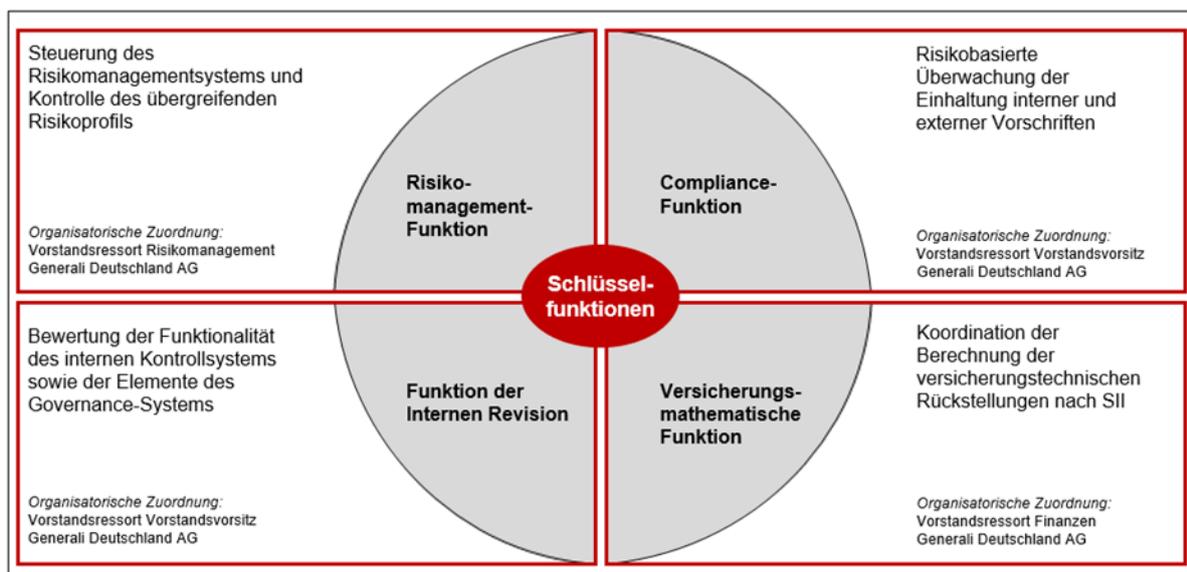
Die Group Technical Measures beinhalten operative Vorgaben zu funktionsübergreifenden Themen, einschließlich solcher zur konkreten Ausgestaltung von Policies und Guidelines. Sie beschreiben hierzu auf Gruppenebene die bei der Aufgabenwahrnehmung innerhalb einer Funktion bzw. eines (Teil-)Prozesses bestehenden operativen Rollen, Zuständigkeiten, Abläufe und Informationsflüsse.

Neben den internationalen Group Policies, Guidelines und Technical Measures werden auf Ebene der Generali in Deutschland interne Richtlinien und Arbeitsanweisungen erlassen. Während Richtlinien verbindliche Regelungen für die gesamte Generali in Deutschland bzw. mehrere / einzelne ihrer Gesellschaften / mehrere Fachbereiche enthalten, definieren Arbeitsanweisungen regelmäßig operative Vorgaben, welche von Führungskräften für ihren spezifischen Zuständigkeitsbereich erlassen werden.

Neben der Sicherstellung der ordnungsgemäßen Anwendung der Leitlinien werden im Leitlinienmanagementsystem alle weiteren Maßnahmen, die im Umgang mit internen Leitlinien zu beachten sind, definiert. Hierzu zählen unter anderem die jährliche bzw. bedarfsweise Überprüfung/Bestätigung Governance System relevanter Leitlinien sowie deren Aufbewahrung und die unternehmensweite Veröffentlichung.

B.1.3 Schlüsselfunktionen

Die Gesellschaft hat gemäß den §§ 26, 29-31 VAG die vier Schlüsselfunktionen Compliance-Funktion, Risikomanagement-Funktion, Versicherungsmathematische Funktion sowie Funktion der Internen Revision eingerichtet und vollständig an die Muttergesellschaft, die Generali Deutschland AG, ausgelagert. Die Ausgestaltung dieser Schlüsselfunktionen wird über Group Policies, Group Guidelines und deutsche Leitlinien geregelt, die u.a. ihre Organisationsstrukturen nebst Zuständigkeiten, Aufgaben sowie die von ihnen angewandten methodischen Ansätze beschreiben. Die folgende Abbildung enthält einen Überblick über die vier Schlüsselfunktionen und ihre Kernaufgaben. Detaillierte Ausführungen zu den Funktionen und ihrer organisatorischen Umsetzung erfolgen in den Abschnitten B.3 bis B.6.



B.1.4 Wesentliche Änderungen des Governance-Systems

Nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Finanzmarktintegrität (FISG) wurden letzte Änderungen zum Geschäftsjahr 2022 umgesetzt. Für alle Versicherungsunternehmen der Generali in Deutschland, die unter das Aufsichtsregime Solvency II fallen, sowie die Deutsche Bausparkasse Badenia AG wurden Prüfungsausschüsse eingerichtet. Die bisher gültigen Richtlinien für die Genehmigung von Nichtprüfungs-

leistungen wurden angepasst und genehmigt, die Wahl des Abschlussprüfers sowie weitere regulatorischen Anforderungen erfolgen unter Berücksichtigung der geänderten regulatorischen Vorgaben. Darüber hinaus ergaben sich im Jahr 2022 keine weiteren wesentlichen Änderungen des Governance-Systems.

B.1.5 Vergütungspolitik und Vergütungspraktiken

Die Vergütungssysteme der Gesellschaft sind angemessen, transparent, auf eine nachhaltige Entwicklung des Unternehmens ausgerichtet und vermeiden Fehlanreize.

Variable Vergütungsbestandteile sind so ausgestaltet, dass nicht der kurzfristige Erfolg im Vordergrund steht, sondern eine langfristige Stabilität und Nachhaltigkeit des Unternehmens sichergestellt wird. Die variablen Vergütungsbestandteile mit Unternehmensbezug berücksichtigen neben dem Erfolg des zu verantworteten Geschäftsbereichs stets den Gesamterfolg der Gesellschaft und den Erfolg der Generali in Deutschland.

Die Gesellschaft beschäftigt außer auf Vorstandsebene keine eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Teilweise werden Mitglieder des Vorstands für ihre Tätigkeit durch die Generali Deutschland AG in ihrem dortigen Anstellungsverhältnis vergütet.

Die regelmäßige Überprüfung der Vergütungssysteme für Vorstände im Hinblick auf die angemessene Ausgestaltung obliegt dem Aufsichtsrat. Darüber hinaus besteht eine jährliche Informationspflicht über die Angemessenheit der Vergütungssysteme gegenüber dem Aufsichtsrat. Gleichzeitig besitzt der Aufsichtsrat ein jederzeitiges Auskunftsrecht. Die geltenden aufsichtsrechtlichen Vorgaben sowie die von der Assicurazioni Generali S.p.A. herausgegebenen Vorgaben gemäß der Group Remuneration Internal Policy und der neuen, einheitlichen Vergütungsrichtlinie der Generali in Deutschland 2022 für Vergütungssysteme werden jederzeit eingehalten und regelmäßig, üblicherweise einmal im Jahr, auf Einhaltung überprüft und bei Bedarf entsprechend angepasst.

Die Generali in Deutschland trägt auch im Jahr 2022 weiterhin den nachhaltigen Zielen „Ökologie“, „gesellschaftliche Verantwortung“ und „gute Unternehmensführung“ Rechnung. Dies erfolgt dauerhaft mit dem Ziel stetiger Verbesserung. Die Vergütungspolitik bildet Nachhaltigkeitsrisiken im Unterziel 2022 „Sustainability commitment“ ab.

Die Gesellschaft hat ihre Schlüsselfunktionen sowie die wesentlichen Tätigkeiten entsprechend der aufsichtsrechtlichen Vorgaben ausgelagert.

Grundsätze der Vergütung

Vorstände

Die Vergütungsansprüche für Vorstände bestehen aus einer festen Vergütung und einer variablen Vergütung. Die jährliche Festvergütung kann sich aus einem pensionsberechtigten Jahresgrundgehalt und einem Fixum zusammensetzen, welches bei dem Erwerb von Pensionsansprüchen nicht berücksichtigt wird. Zusätzlich gibt es weitere fixe Nebenleistungen (im Wesentlichen Dienstwagenpauschalen und die Einbeziehung als versicherte Person in Gruppenversicherungspolice).

Die variable Vergütung besteht aus einem Kurzfristbonus (STI) und einem Langfristbonus (LTI).

Die Gewährung von erfolgsabhängigen Vergütungsbestandteilen ist von vorher definierten Zielen in Form von Finanzkennzahlen und - beim Kurzfristbonus - dem jeweiligen individuellen Beitrag am Unternehmenserfolg abhängig. Zum anderen werden die Auszahlungen des Kurz- und Langfristbonus nur gewährt, wenn vorabdefinierte Sicherheitsniveaus, sog. Schwellenwerte in Form des Solvabilitäts-Koeffizienten, nicht unterschritten werden.

Darüber hinaus sind die variablen Vergütungsbestandteile so ausgestaltet, dass diese über einen gewissen Zeitraum gestreckt ausgezahlt werden. Der "wesentliche Teil" der variablen Vergütung i.H.v. mindestens 60 % wird über einen Zeitraum von mindestens drei Jahren ausgezahlt.

Der aktienbasierte Langfristbonus wird über einen dreijährigen Zeitraum bemessen und sukzessive, in mehreren Tranchen zugeteilt.

Die grundsätzlichen Eckpunkte der Systematik der variablen Vergütung der Gesellschaft sind aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

	variabler Anteil (Median)	Zusammensetzung variabler Anteil
Vorstand	60 %	Kurz- und Langfristbonus

Aufsichtsrat

Gemäß der Satzung der Gesellschaft kann den Aufsichtsratsmitgliedern der Gesellschaft durch die Hauptversammlung eine Vergütung für ihre Tätigkeit gewährt werden. Ein entsprechender Beschluss der Hauptversammlung wurde bislang nicht gefasst, so dass die Aufsichtsratsmitglieder für ihre Tätigkeit derzeit keine Vergütung erhalten.

Zusatzrenten- und Vorruhestandsregelungen

Vorstände

Vor dem Jahr 2016 wurde Vorständen und Geschäftsführern mit Anstellungsverträgen der Generali Gruppe in Deutschland eine endgehaltsbezogene Direktzusage erteilt. Neben Hinterbliebenen- und Berufsunfähigkeitsleistungen waren bei einer Tätigkeit bis zum Rentenalter 50 % des Grundgehaltes als monatliches Ruhegeld vorgesehen. Bei einem Ausscheiden nach dem 55. Lebensjahr bestand bei Erfüllung der Voraussetzungen zusätzlich ein Anspruch auf eine Sofortrente, auf die 50 % von anderen Einkünften angerechnet werden.

Ab 2016 wurde eine neue Versorgungsordnung für Vorstände, Geschäftsführer und leitende Angestellte mit deutschen Anstellungsverträgen eingeführt. Hierbei handelt es sich um ein beitragsorientiertes System. Die Versorgungszusage wird kombiniert über eine Direktzusage der Gesellschaft und über eine Zusage einer rückgedeckten Unterstützungskasse durchgeführt. Dabei wird die Versorgung vollständig von der Gesellschaft finanziert, indem sie sich verpflichtet, bestimmte Versorgungsbeiträge in eine Anwartschaft auf betriebliche Altersversorgung umzuwandeln.

Die Versorgungszusage umfasst grundsätzlich Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenleistungen. Für die Altersleistungen wird die Versorgung über eine rückgedeckte Unterstützungskasse durchgeführt, für die Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenleistungen über eine Direktzusage der Gesellschaft. Der Versorgungsberechtigte kann selbst Wahlrechte hinsichtlich des Leistungsspektrums ausüben, so können z.B. bei Aufnahme in die Versorgung die Leistungen bei Berufsunfähigkeit und die Hinterbliebenenleistungen zu Gunsten einer höheren Altersversorgung abgewählt werden.

Aufsichtsrat

Für Aufsichtsratsmitglieder existiert kein System zur betrieblichen Altersversorgung.

B.1.6 Wesentliche Transaktionen im Berichtszeitraum

Es lagen keine wesentlichen Transaktionen mit Anteilseignern (natürliche Personen), Personen, die maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben, oder Mitgliedern des Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgans vor.

Mit verbundenen Unternehmen bestehen insbesondere Transaktionen hinsichtlich konzerninterner Rückversicherung, Dienstleistungsbeziehungen sowie konzerninterner Darlehensvergabe.

B.1.7 Angemessenheit des Governance-Systems

Die Gesellschaft hat ein Governance-System etabliert, welches ein solides und vorsichtiges Management des Versicherungsgeschäfts ermöglicht und somit den Vorgaben der §§ 23-32 VAG entspricht. Das etablierte System spiegelt die Wesensart, den Umfang und die Komplexität der Tätigkeit der Gesellschaft wider. Es unterliegt regelmäßigen Überprüfungen und bei Bedarf Anpassungen.

Das Governance-System baut auf einem gruppenweiten Leitliniensystem (Abschnitt B.1.3) auf. Es umfasst eine angemessene transparente Organisationsstruktur mit einer klaren Zuweisung und angemessenen Trennung der Zuständigkeiten sowie ein wirksames System zur Gewährleistung der Übermittlung von Informationen.

Das Governance-System umfasst neben dem Vorstand, dem Aufsichtsrat und der Organisationsstruktur des Unternehmens adäquate Vergütungssysteme (Abschnitt B.1.5), die Umsetzung der sogenannten Fit & Proper-Anforderungen (Abschnitt B.2), das Risikomanagementsystem inklusive unternehmenseigener Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Abschnitt B.3), das interne Kontrollsystem (Abschnitt B.4), die Einrichtung der vier unabhängigen Schlüsselfunktionen (Abschnitte B.3-B.6) und Regelungen für die Ausgliederungen wichtiger Funktionen und Prozesse (Abschnitt B.7).

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

B.2.1 Anforderungen

Alle Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselaufgaben wahrnehmen, müssen gemäß § 24 VAG jederzeit über ausreichende Berufsqualifikationen, Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, um ein solides und vorsichtiges Management zu gewährleisten, sowie persönlich zuverlässig sein („Fit & Proper“). Die Umsetzung dieser Anforderungen erfolgt bei der Generali in Deutschland durch die gruppenweit gültige, an die lokalen Anforderungen angepasste Fit & Proper Group Policy. Diese legt fest, welche Personengruppen im Unternehmen einer Überprüfung unterzogen werden sollen, definiert, welche Anforderungen für die verschiedenen Personengruppen jeweils gelten und wie deren Einhaltung zu überprüfen ist. Durch die Compliance-Funktion wird dabei sichergestellt, dass die Anforderungen an die Personengruppen den jeweils geltenden aufsichtsrechtlichen Vorgaben entsprechen. Im Folgenden werden die nach der Fit & Proper Group Policy relevanten Personengruppen und die an diese gestellten Anforderungen aufgeführt.

Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder von Versicherungsgesellschaften müssen individuell sowie kollektiv über hinreichende Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, die die folgenden Bereiche abdecken:

- Versicherungs- und Finanzmärkte,
- Marktumfeld des Unternehmens, Geschäftsstrategie sowie Geschäftsmodell,
- Governance-System,
- finanz- und versicherungsmathematische Analyse sowie
- regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen.

Aufsichtsratsmitgliedern müssen ferner Kenntnisse in den Bereichen Kapitalanlage und Rechnungslegung besitzen. Des Weiteren müssen sie, wie auch Vorstandsmitglieder, Kenntnisse zur Versicherungstechnik vorweisen. Geplante Aktivitäten zur fachlichen Weiterbildung werden in einem jährlichen Entwicklungsplan erfasst. Für Unternehmen von öffentlichem Interesse (PIEs) ist die Einrichtung von Prüfungsausschüssen verpflichtend. Dem jeweiligen Prüfungsausschuss gehören entsprechend der gesetzlichen Vorgaben zwei Finanzexperten -jeweils ein Experte für Rechnungslegung und ein Experte für Abschlussprüfung- an.

Von Vorstandsmitgliedern werden zusätzlich Kenntnisse im Hinblick auf die Möglichkeiten und Bedrohungen der Informationstechnologie sowie ferner drei Jahre Leitungserfahrung bei einem Versicherungsunternehmen gefordert.

Weitere Personengruppen, für die aufgrund aufsichtsrechtlicher Relevanz besondere Anforderungen hinsichtlich Qualifikation und Zuverlässigkeit bestehen, sind die verantwortlichen Personen für die vier Schlüsselfunktionen sowie deren Mitarbeiter und die diesbezüglichen Ausgliederungsbeauftragten (im Falle der COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft waren im Berichtszeitraum alle vier Schlüsselfunktionen ausgelagert). Diese Personengruppen müssen individuell über hinreichende Kenntnisse ihres jeweiligen Fachgebiets verfügen und darüber hinaus den Anforderungen der für sie relevanten, fachspezifischen Group Policies (z.B. Risk Management Group Policy, Audit Group Policy) genügen. Die Qualifikation der Ausgliederungsbeauftragten muss ausreichen, um die ausgegliederten Aktivitäten kontrollieren, d.h. das Vorgehen des Dienstleisters sowie die erzielten Ergebnisse bewerten und hinterfragen zu können.

Konkret müssen die verantwortlichen Personen für die Schlüsselfunktionen bzw. die entsprechenden Ausgliederungsbeauftragten, neben Kenntnissen des regulatorischen Rahmens sowie der regulatorischen Anforderungen, u.a. über Kenntnisse/Erfahrungen zu folgenden Themen/Aufgabengebieten innerhalb der Schlüsselfunktionen verfügen:

Risikomanagement-Funktion (detaillierte Darstellung siehe Abschnitt B.3.3)

- Ganzheitliche Koordination und Kontrolle der Risikomanagement-Aufgaben (Risikoübernahme und Rückstellungsbildung, Aktiv-Passiv-Management, Management operationeller Risiken etc.)
- Erfassung und Beurteilung der Gesamtrisikosituation einschließlich der Früherkennung möglicher Risiken

Compliance-Funktion (detaillierte Darstellung siehe Abschnitt B.4.2)

- Identifikation und Beurteilung von Compliance-Risiken sowie Überwachung der Einhaltung wesentlicher, für das Unternehmen geltender Anforderungen durch angemessene Prozesse im Unternehmen
- Beobachtung des Rechtsumfelds sowie Beurteilung der Auswirkungen möglicher Rechtsänderungen

Versicherungsmathematische Funktion (detaillierte Darstellung siehe Abschnitt B.6)

- Koordination, Bewertung und Überwachung der Berechnung von versicherungstechnischen Rückstellungen, einschließlich u.a. der Wechselwirkungen zwischen Zeichnungs- und Annahmepolitik, Preiskalkulation, Rückversicherungspolitik und den versicherungstechnischen Rückstellungen

Funktion der Internen Revision (detaillierte Darstellung siehe Abschnitt B.5)

- Erstellung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines Revisionsprogramms (auf Basis eines risikobasierten Ansatzes), in dem die in den kommenden Jahren durchzuführenden Revisionsarbeiten unter Berücksichtigung sämtlicher Tätigkeiten und des gesamten Governance-Systems des Unternehmens festgelegt werden
- Formulierung von Empfehlungen auf Grundlage der Ergebnisse der durchgeführten Revisionsarbeiten sowie der Überprüfung ihrer Umsetzung

Darüber hinaus sieht die Fit & Proper Group Policy vor, dass der Geldwäschebeauftragte sowie der Datenschutzbeauftragte fachliche Anforderungen erfüllen müssen.

Hinsichtlich der persönlichen Zuverlässigkeit besteht an alle obigen Personengruppen der Anspruch, dass keine strafrechtlichen Verurteilungen wegen Wirtschaftsdelikten sowie Straftaten, welche an der Ehrlichkeit der Person zweifeln lassen, vorliegen. Außerdem dürfen keine negativen Beurteilungen durch die Aufsichtsbehörden gegeben sein. Eine Nichterfüllung dieser Bedingungen kann i.d.R. dazu führen, dass die jeweilige Tätigkeit nicht mehr ausgeübt werden darf.

Zusätzlich sieht die Fit & Proper Group Policy, ergänzend zur initialen Überprüfung bei erstmaliger Tätigkeitsaufnahme sowie zu anlassbezogenen Überprüfungen, die Einholung einer turnusmäßigen Bestätigung zur fachlichen Eignung und persönlichen Zuverlässigkeit bestimmter am Versicherungsvertrieb beteiligter Mitarbeiter der Unternehmen der Generali-Gruppe (im Falle der COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft handelt es sich hierbei i.d.R. um Mitarbeiter der COSMOS Versicherung Aktiengesellschaft, an welche die Gesellschaft die entsprechenden Funktionen ausgelagert hat) vor.

B.2.2 Maßnahmen und Verfahren zur Sicherstellung der Fit & Proper-Anforderungen

Im Rahmen der Umsetzung der Fit & Proper Group Policy wurde ein Prozess zur Überprüfung der Einhaltung von Standards im Hinblick auf Fit & Proper-Anforderungen entwickelt. Dieser umfasst die Sammlung, Bewertung, Dokumentation und Ablage der erforderlichen Nachweise. Die Überprüfung erfolgt initial bei Aufnahme einer entsprechenden Tätigkeit sowie regelmäßig im Rahmen einer jährlichen Prüfung durch die Abgabe einer Selbsterklärung der betroffenen Personen. Mit der Selbsterklärung bestätigt die zu überprüfende Person unter Beilegung bestimmter Unterlagen (z.B. detaillierter Lebenslauf, Nachweise fachlicher Fortbildung, ein einfaches polizeiliches Führungszeugnis, abhängig von der jeweiligen Funktion sowie den rechtlichen Anforderungen) die Kenntnismahme der Group Fit & Proper Group Policy und, dass die eigene fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit den oben beschriebenen Anforderungen genügen. Die Bewertung erfolgt durch die ernennende Person bzw. das ernennende Gremium. Bei Vorstandsmitgliedern erfolgt diese Bewertung durch den Aufsichtsrat, der Aufsichtsrat bewertet sich und seine Mitglieder selbst. Bei den übrigen oben genannten Personen erfolgt die Bewertung i.d.R. durch den Vorstand.

Für den Berichtszeitraum wurden Bewertungen für Vorstand und Aufsichtsrat, die Ausgliederungsbeauftragten für die Schlüsselfunktionen, die Geldwäschebeauftragte nebst Stellvertreterinnen und Stellvertreter sowie den Datenschutzbeauftragten und seinen Stellvertreter durchgeführt. In allen Fällen wurde die Erfüllung der Anforderungen festgestellt. Zusätzlich wurde der Prozess zur Einholung von Bestätigungen bestimmter am Versicherungsvertrieb beteiligter Mitarbeiter angestoßen.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

B.3.1 Beschreibung des Risikomanagementsystems

Ein wesentlicher Bestandteil des Governance-Systems der Gesellschaft ist das Risikomanagementsystem.

Seitens der internationalen Generali Gruppe wurde zwecks Ausgestaltung des Risikomanagementsystems die Leitlinie „Risk Management Group Policy“ erstellt und vom Vorstand der Gesellschaft verabschiedet. Konkretisiert wird sie durch den ebenfalls vom Vorstand verabschiedeten sogenannten „Risikomanagement-Kodex“, der die Operationalisierung des Risikomanagements definiert.

Gegenstand des Risikomanagementsystems sind alle internen und externen Risiken, denen das Unternehmen ausgesetzt ist. Diese lassen sich unterteilen in Risiken, die in die Berechnung der Solvenzkapitalanforderung einfließen, sowie weitere, die bei dieser Berechnung nicht oder nicht vollständig erfasst werden. Das Risikomanagementsystem deckt insbesondere die folgenden Bereiche ab:

- Zeichnung von Versicherungsrisiken und Bildung von Rückstellungen,
- Aktiv-Passiv-Management,

- Kapitalanlagen, insbesondere Derivate und Instrumente von vergleichbarer Komplexität,
- Steuerung des Liquiditäts- und des Konzentrationsrisikos,
- Steuerung operationeller Risiken,
- Unterstützung bei der Definition des aus Risikomanagementsicht angemessenen Rückversicherungsprogramms sowie anderen Risikominderungstechniken.

B.3.2 Umsetzung des Risikomanagementsystems

Die Umsetzung des Risikomanagementsystems erfolgt in der Generali Deutschland und in der COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft über die nachfolgend beschriebenen Gremien, Vorgaben sowie Strategien, die die Risikoneigung sowie den konkreten Umgang mit einzelnen Risiken festlegen.

Gremien

Zur Erörterung und Überwachung der gruppenweiten Risikosituation sowie zur Steuerung der identifizierten Risiken und Ableitung von entsprechenden Maßnahmen sind Risk Management Committees eingerichtet. Sie finden regelmäßig statt und haben eine beratende Funktion.

Das „Country Risk Committee“ (CRC) unter dem Vorsitz des Chief Risk Officer (CRO) beschäftigt sich mit der gesamten Risikosituation der Generali in Deutschland. Mitglieder sind der Vorstand der Generali Deutschland AG, verschiedene Senior Manager und bei Bedarf weitere Teilnehmer.

Die segmentspezifische Risikosituation der Lebensversicherung wird im „Risk Management Committee Leben“ behandelt. Auf Ebene der Konzernunternehmen finden regelmäßig „Risk Management Committees“ (RMC) mit Fokus auf unternehmensspezifischen Themen mit Risikorelevanz während der Vor-standssitzungen anlässlich der Verabschiedung der Risikoberichte (quartälliche Risikozwischenmitteilungen, ORSA-Berichte) statt.

Das „Internal Model Committee“ (IMC) ist ein Beratungsgremium zu den Fragen des Internen Modells. Regelmäßige Teilnehmer sind der CRO und die für das Interne Modell verantwortlichen Führungskräfte.

Der Prozess zur Risikoidentifikation und -klassifikation ist über die jährlich stattfindende Konzernrisikokonferenz implementiert, mit Teilnahme des Vorstands der Generali Deutschland AG sowie weiterer Führungskräfte. Themen sind die Entwicklung der Risikosituation, potenzielle neue Risiken sowie Risikominderungsmaßnahmen. In den nachfolgenden Risikokonferenzen der Konzernunternehmen wird dann die unternehmensindividuelle Risikoeinschätzung vorgestellt und erörtert.

Bestimmung der Solvenzkapitalanforderung

Die Solvenzkapitalanforderung (Solvency Capital Requirement, SCR) wird nahezu ausschließlich von allen Versicherungsgesellschaften der Generali in Deutschland – und auch von der Gesellschaft – mit Hilfe eines genehmigten Internen Modells bestimmt.² Das Verhältnis zwischen Eigenmitteln und SCR wird durch die ökonomische Solvabilitätsquote (SCR-Quote) ausgedrückt. Diese dient als Schlüsselindikator für die Solvenzausstattung des Unternehmens.

Governance des Internen Modells

Der Rahmen für die Governance des Internen Modells zur Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen wird durch Leitlinien beschrieben, die Vorgaben zu Prozessen, Rollen, Verantwortlichkeiten, Modelländerungen und zur unabhängigen Validierung enthalten. Bei der Governance des Internen Modells nimmt das IMC eine Schlüsselrolle ein und diskutiert Methodik, Annahmen, Parameter sowie Berechnungsergebnisse, um diese im Anschluss dem CRO zur Freigabe vorzulegen. Die Risikomanagement-Funktion ist im Hinblick auf die Nutzung des Internen Modells für Konzeption und Umsetzung, Testen und eine von der

² Zur Methodik siehe Abschnitt E.2

Risikomanagement-Funktion unabhängige Validierung, Dokumentation, Analyse der Ergebnisse und Erstellung zusammenfassender Berichte verantwortlich. Außerdem unterrichtet sie den Vorstand und Aufsichtsrat über die Funktionsfähigkeit und Ergebnisse des Internen Modells und regt Verbesserungen an.

Um die Vollständigkeit, Stabilität und Zuverlässigkeit der Prozesse und Ergebnisse des Internen Modells sowie deren Einklang mit den regulatorischen Anforderungen sicherzustellen, hat die Generali in Deutschland ein Validierungsverfahren etabliert. Eine unabhängige, d.h. nicht in die Modellierung oder Berechnungen involvierte Einheit, hinterfragt und beurteilt die von den Modellentwicklern und -nutzern durchgeführten Analysen und Kontrollen. Dabei werden von der Validierungseinheit qualitative und quantitative Validierungsinstrumente herangezogen, um die Angemessenheit und Robustheit des Internen Modells sicherzustellen. Die Validierungsaktivitäten umfassen sowohl statistische Tests, Sensitivitätsanalysen, Backtesting, Stresstests und Szenarioanalysen als auch qualitative Einschätzungen. Im Anschluss werden die Validierungsergebnisse pro Modellkomponente zusammengefasst, in einem unternehmensspezifischen Validierungsbericht erläutert und im Anschluss im Country Risk Committee erörtert.

Risikostrategie

Die Risikostrategie basiert auf der Geschäftsstrategie und dokumentiert die Risikoneigung der Gesellschaft sowie den Umgang mit den identifizierten und bewerteten Risiken. Der potenzielle Einfluss von Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird dargestellt sowie die daraus resultierenden Leitlinien für deren Handhabung. Dabei werden Risikoerwägungen und der Kapitalbedarf in den Management- und Entscheidungsfindungsprozess einbezogen. Die Risikostrategie ist so gestaltet, dass sie von den für die operative Steuerung der Risiken Verantwortlichen umgesetzt werden kann. Wesentliche risikostrategische Elemente der Geschäftsstrategie der Generali in Deutschland sind:

- Stärkung der Kernmarke Generali durch den exklusiven Vertrieb über die Deutsche Vermögensberatung AG (DVAG) und weitere Investitionen in den Direktvertriebsweg CosmosDirekt sowie das Maklergeschäft der Dialog als Kern der Risikodiversifikation,
- Ausrichtung auf Privatkunden- und Gewerbebusiness zur Begrenzung von Risiken und zur Nutzung der Diversifikation sowie auf selektives Industriegeschäft für mittlere und große Unternehmen im Rahmen der Geschäftseinheit Global Corporate & Commercial (GC&C),
- Konzentration auf den deutschen Markt zur Reduktion bzw. Vermeidung von Rechts- und Währungsrisiken,
- Bündelung von Know-how und Nutzung von Skaleneffekten im Rahmen des One Smart Company-Ansatzes zur Reduktion und Absicherung von operationellen Risiken.

Die Geschäftsleitung überprüft die Geschäfts- und Risikostrategie mindestens einmal im Jahr. Das zentrale Risikomanagement passt die Geschäfts- und Risikostrategie, bezogen auf die Geschäftsstrategie-Teile in Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Bereich ‚Strategy and Lifetime Partner Transformation‘, ggfs. an notwendige Änderungen an. Das Einreichen der Geschäfts- und Risikostrategie in den Vorstand erfolgt durch den CRO. Bei substantiellen Veränderungen des Gesamtrisikoprofils, bspw. bei Aufnahme neuer Geschäftsfelder, Einführung neuer Kapitalmarkt-, Versicherungs- oder Rückversicherungsprodukte, Auswirkungen von Veränderungen in der Risikoeinschätzung oder Änderung der Konzerngeschäftsstrategie, können Änderungen der Geschäfts- und Risikostrategie – auch unterjährig – erforderlich werden. Die Geschäfts- und Risikostrategie wird von der Geschäftsleitung verabschiedet, dem Aufsichtsrat berichtet und je nach Bedarf mit diesem erörtert.

IT-Strategie – Einbindung des Risikomanagements

Zentraler Bestandteil der gruppenweiten Strategie zur Nutzung von IT ist die Bündelung der erforderlichen IT-Ressourcen und Expertise bei wenigen gruppeninternen IT-Dienstleistern. Dadurch wird sichergestellt, dass für alle beaufsichtigten Unternehmen professionelle IT-Dienstleistungen nach höchsten Standards erbracht und gruppeninterne Redundanzen vermieden werden.

Grundsätzlich gilt dabei, dass die IT insbesondere marktnahe Systeme mit eigenen Entwicklerteams selbst entwickelt und betreibt. Bei Bedarf werden, bevorzugt im Kontext der marktfernen Systeme, die Entwicklerleistung und der Anwendungsbetrieb im Rahmen von Outsourcing zur Verfügung gestellt.

Die Informationstechnologie als kritische und wichtige Funktion ist in der Generali in Deutschland hauptsächlich an die zentralisierten nationalen und internationalen Dienstleistungsgesellschaften der internationalen Generali Gruppe ausgegliedert. Die „zuständige IT“ hat die Kernkompetenz im Bereich der Entwicklung und des Betriebs von leistungsfähigen und zukunftssicheren IT-Anwendungen. Dienstleistungen werden im Zielbild im Bereich Systembetrieb durch die Generali Operations Service Platform (GOSP) als Subunternehmer zur Verfügung gestellt.

Das Risikomanagement der „zuständigen IT“ ist in das Risikomanagement der Generali in Deutschland integriert und umfasst die mit der Dienstleistungserbringung verbundenen Risiken.

Risikotragfähigkeitskonzept und Risk Appetite Framework

Der Begriff Risikotragfähigkeit beschreibt die Fähigkeit eines Versicherungsunternehmens, Verluste mit Hilfe der vorhandenen Risikodeckungsmasse, d.h. der anrechenbaren Eigenmittel, zu kompensieren, ohne dass daraus eine Gefahr für die Existenz des Unternehmens resultiert. Zur Sicherstellung einer hinreichenden Risikotragfähigkeit aller Versicherungsgesellschaften im Konzern hat die Assicurazioni Generali S.p.A. ein Risikotragfähigkeitskonzept, das sog. Group Risk Appetite Framework (RAF), etabliert, das auch für die Gesellschaft Anwendung findet.

Gegenstand des RAF ist die Festlegung der Risikoneigung. Dies erfolgt über die Definition des Risikoappetits und der Risikopräferenzen mittels quantitativer Indikatoren zur Begrenzung der Risikoübernahme und über die Etablierung von Prozessen zur Integration des Risikoappetits in die Entscheidungsprozesse unter Berücksichtigung der drei Hauptdimensionen Kapitalausstattung, Liquidität und Ertrag. Die Assicurazioni Generali Gruppe definiert Limite („Tolerance Level“), die lokal ausgestaltet werden, und überwacht diese auf Gruppen- und auf lokaler Ebene. Diese Limite werden in „harter“ (Hard Limit) sowie in „weicher“ Ausprägung (Soft Limit) festgelegt. Bezogen auf die SCR-Bedeckung löst die Verletzung harter Limite umgehend die Festlegung von Maßnahmen zur Wiedereinhaltung des Hard Limits aus. Bei Verletzung eines weichen Limits erfolgt eine Evaluierung von Risikominderungsmaßnahmen in Kombination mit einer engen Überwachung der betroffenen Gesellschaft. Risikominderungsmaßnahmen umfassen zum Beispiel den Einsatz von Rückversicherungslösungen und den Verkauf risikobehafteter Kapitalanlagen. Analoge Prozesse setzen auch bei Verletzung von Limiten beim Liquiditätsrisiko ein. Neben den Limiten können Zielgrößen (Target Levels) auf lokaler Ebene für die Solvabilitätsquoten definiert werden, gemäß den Vorgaben der Capital Management Group Policy.³

Limitsysteme

Ein Limitsystem ist eine systematisch aufgebaute und an die langfristigen Bedürfnisse eines Unternehmens angepasste Gruppe von Kenngrößen, die für die Steuerung von Risiken eingesetzt wird. Die Gesellschaft setzt sowohl Bottom Up-Limitsysteme als auch ein Top Down-Limitsystem auf Basis des Internen Modells („EBS-Limitsystem“) ein.

Bottom Up-Limitsysteme enthalten Detailvorgaben und Grenzen für die Steuerung des operativen Geschäfts und regeln Handlungsspielräume in den Betriebsbereichen. Beispiele sind Grenzvorgaben für Aktienquoten, Währungsexposures oder Emittenten-Volumina in den Investment Guidelines sowie Zeichnungsrichtlinien für versicherungstechnische Geschäftsbereiche. Auch IT-Berechtigungskonzepte stellen Limite dar. Die Gesellschaft hat zahlreiche Bottom Up-Limitsysteme im Einsatz. Diese in diesem Rahmen gesetzten Limite unterliegen einer regelmäßigen Überwachung und Berichterstattung.

³ Die Einhaltung der Zielgrößen wird durch einen adäquaten Überwachungs- und Berichterstattungsprozess sichergestellt und obliegt dem GCF0.

Beim Top Down-Limitsystem auf Basis des Internen Modells wird – ausgehend von den Vorgaben in der Geschäfts- und Risikostrategie zum weichen Limit gemäß RAF bzgl. der SCR-Quoten – bestimmt, in welcher Höhe anrechenbare Eigenmittel potenziell zum Auffangen unerwarteter Verluste zur Verfügung stehen, ohne das weiche Limit zu verletzen. Dieses Gesamtbudget wird – ggf. nach Abzug eines zusätzlichen Risikopuffers – im Rahmen der Risikobudgetierung auf die maßgeblichen Risikotreiber heruntergebrochen, so dass auch pro Risikotreiber ein Budget zur Verfügung steht (Equity Risk, Property Risk, Interest Rate Risk, Credit Risk, Underwriting Risk, Operational Risk sowie übrige Einflüsse). Die übrigen Einflüsse beinhalten dabei den aggregierten Einfluss aller weiteren nicht separat ausgewiesenen Risikotreiber und fangen Modell- und Parameteränderungen sowie Datenungenauigkeiten auf.

B.3.3 Risikomanagement-Funktion

Die Risikomanagement-Funktion ist für alle Konzernunternehmen (mit Ausnahme der Deutschen Bausparkasse Badenia AG⁴) zentral im Vorstandsressort Risikomanagement eingerichtet. Der Ressortvorstand Risikomanagement ist Inhaber dieser Funktion und Chief Risk Officer (CRO) der Generali in Deutschland und der Konzernunternehmen. Der CRO agiert unabhängig vom operativen Geschäft und verantwortet die Umsetzung und den Betrieb des Risikomanagementsystems.

Die Risikomanagement-Funktion erfüllt ihre Aufgaben unabhängig, hat die Richtlinien- und Methodenkompetenz für das Risikomanagement, um die Funktionsfähigkeit und Ordnungsmäßigkeit des Risikomanagementprozesses zu ermöglichen, und hat Zugang zu allen Informationen des Unternehmens mit Relevanz für das Risikomanagement. Die Aufgaben umfassen:

- Implementierung des Risikomanagementsystems innerhalb des vorgegebenen Rahmens: Risk Appetite Framework, Limitsystem, unternehmensspezifische Risikostrategien und lokale Leitlinien, Definition und Implementierung der Risikomanagementprozesse und Aktivitäten;
- Koordination der Risikomanagementaktivitäten;
- Etablierung von Prozessen zur Risikokontrolle, Frühwarnaufgaben sowie Risikoberichterstattung;
- Aufgaben im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung;
- Beratungsaufgaben bei Themen mit Bezug zum Risikomanagement;
- Durchführung der gruppenweiten Risk Management Committees und einer mindestens jährlich stattfindenden Risikokonferenz (siehe Abschnitt B.3.2 „Gremien“);
- lokale Implementierung des Internen Modells und Durchführung der entsprechenden Berechnungen, Umsetzung der Internal Model Governance und Sicherstellung des regelmäßigen unabhängigen Validierungsprozesses.

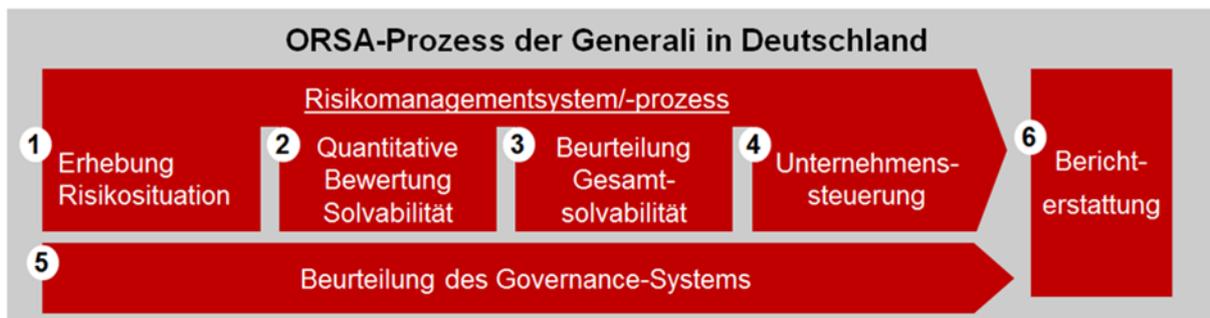
B.3.4 Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Mindestens einmal jährlich führt die Gesellschaft eine unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment, ORSA) durch. Diese umfasst eine Beurteilung des vollständigen Risikoprofils zum gewählten Stichtag sowie in der Mittelfristplanung inkl. Stresstests und Szenarioanalysen, eine Beurteilung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs sowie die Beurteilung der Signifikanz der Abweichung zwischen dem Risikoprofil und den der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung zugrunde liegenden Annahmen. Darüber hinaus werden Geschäfts- und Risikostrategie anhand der ORSA-Ergebnisse überprüft und ggf. angepasst. Die Ergebnisse des ORSA werden bei Managemententscheidungen berücksichtigt.

⁴ Die Badenia unterliegt den Vorschriften des Bankensektors (gemäß AT 4.4 MaRisk BA), welche eigene Governance-Funktionen (Risikomanagement-Funktion, Compliance-Funktion und Funktion der Internen Revision) fordern und ein Outsourcing dieser Funktionen nicht gestatten. Aus gesellschaftsrechtlicher und aktienrechtlicher Sicht wird die Badenia eng geführt. Das Management der Generali Deutschland AG und insbesondere der CRO befassen sich intensiv mit den Belangen der Badenia.

Durch den ORSA-Prozess wird der Vorstand bei der Sicherstellung eines effektiven Risikomanagementsystems und der Operationalisierung der aus der Geschäftsstrategie abgeleiteten Risikostrategie unterstützt.

Bei der Generali in Deutschland ist der ORSA-Prozess wie folgt strukturiert:



1. Erhebung der Risikosituation

Die Erhebung der Risikosituation erfolgt durch die Identifikation und Bewertung aller quantifizierbaren und nicht quantifizierbaren Risiken sowie durch die Benennung entsprechender Maßnahmen zur Risikominde- rung.

Die folgende Abbildung zeigt die von der Generali in Deutschland für das Segment Leben/Kranken verwen- deten Risikokategorien:

Risikolandkarte

Marktisiko	Kreditrisiko	Versicherungstechnisches Risiko Leben/Kranken	Operationelles Risiko	Sonstige Risiken
Aktien	Spread	Sterblichkeit		Liquiditätsrisiko
Aktienvolatilität	Ausfall	Langlebigkeit		Strategisches Risiko
Immobilien	Gegenparteiausfall	Invalidität/Morbidität		Reputationsrisiko
Währung		Storno		Ansteckungsrisiko
Zins		Kosten		Emerging Risk
Zinsvolatilität		Katastrophenrisiko		Nachhaltigkeitsrisiko
Marktkonzentration		Krankheitskostenrisiko		
		Going-Concern-Risiko		

Die Identifikation und Bewertung der quantifizierbaren Risiken (Markt-, Kredit-, versicherungstechnische und operationelle Risiken) erfolgt durch das Interne Modell bzw. der Standardformel. Die Ergebnisse der durchgeführten Berechnungen werden auf wesentliche Abweichungen vom tatsächlichen Risikoprofil der Gesellschaft untersucht.

Die Identifikation der Risiken, die nicht explizit durch das Interne Modell bzw. die Standardformel berücksichtig werden oder eine weitere qualitative Betrachtung erfordern, erfolgt durch Expertenschätzungen und folgt dem etablierten Prozess der Risikoidentifikation und Risikokontrolle. Hierbei werden im Rahmen der Risikoinventur Interviews mit dem Senior Management geführt, um eine Einschätzung der Risikolage der Generali in Deutschland zu erhalten. Die Ergebnisse dieser Gespräche werden in der

Konzernrisikokonferenz vorgestellt und erörtert. Bei Bedarf wird eine Risikokonferenz der Gesellschaft mit Teilnahme weiterer Experten durchgeführt. Die diskutierten Risiken werden dokumentiert und regelmäßig überprüft. Sie umfassen Maßnahmen sowie deren Überwachung; insgesamt werden sowohl wesentliche operationelle als auch qualitativ bewertete Risiken (strategische Risiken, Reputationsrisiko, Ansteckungsrisiko, Emerging Risks und das Nachhaltigkeitsrisiko) abgedeckt. Darüber hinaus erfolgt eine vertiefende Betrachtung des operationellen und Liquiditätsrisikos mittels eigenständiger Methoden und Modellen.

Die Identifikation von Geschäftsprozessrisiken findet im Rahmen der regulären Geschäftsprozesse und unmittelbar durch die Risikoverantwortlichen statt.

2. Quantitative Bewertung der Solvabilität – Interaktion zwischen Kapital- und Risikomanagement

Die Bestimmung der Eigenmittel und des SCR für quantifizierbare Risiken erfolgt zum 31.12. eines jeden Jahres. Zu Vergleichszwecken wird die Solvenzsituation der Gesellschaft neben der Berechnung mit dem Internen Modell auch mit der Standardformel ermittelt. Das SCR wird sowohl auf Ebene einzelner Risikokategorien als auch auf Gesamtunternehmensebene berechnet und den vorhandenen Eigenmitteln gegenübergestellt.

Um stets über ausreichende Eigenmittel zur Bedeckung von Mindest- und Solvenzkapitalanforderungen zu verfügen, wird die Solvenzsituation im Rahmen des Kapitalmanagements (Capital Management) kontinuierlich und zukunftsgerichtet beobachtet. Innerhalb des strategischen Planungsprozesses wird ein Capital Management Plan erstellt, in dem die Solvenzkapitalanforderung, die Eigenmittel, und die Solvabilitätsquoten über drei Jahre projiziert werden. Grundsätzlich erfolgt ein enger Austausch zwischen dem Risikomanagement und dem für das Kapitalmanagement verantwortlichen Bereich.

3. Beurteilung der Gesamtsolvabilität

Im Zuge des ORSA wird mindestens jährlich eine Beurteilung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs vorgenommen. Die Beurteilung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs umfasst eine Berücksichtigung des vollständigen Risikoprofils der Gesellschaft. Hierzu gehören nicht oder nicht ausreichend quantifizierbare Risiken sowie Ergebnisse aus der Beurteilung der Signifikanz der Abweichung zwischen dem Risikoprofil und den der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung zugrunde liegenden Annahmen, die durch die Validierungseinheit (siehe B.3.2) vorgenommen wird. Der unabhängige Validierungsprozess überprüft und bestätigt die Angemessenheit und Verlässlichkeit des Internen Modells und der entsprechenden Ergebnisse und stellt sicher, dass es das Risikoprofil der Gesellschaft in angemessener Art und Weise widerspiegelt. Im Ergebnis bestimmt die Gesellschaft den für die Unternehmenssteuerung relevanten Bedarf an Eigenmitteln (Gesamtsolvabilitätsbedarf), der für die dauerhafte Bedeckung aller unternehmensspezifischen Risiken erforderlich ist.

Im aktuellen Berichtszeitraum stellt der Vorstand der Gesellschaft keine Abweichung zwischen der mittels dem Internen Modell bzw. der Standardformel ermittelten Solvenzkapitalanforderung und dem tatsächlichen Risikoprofil fest. Die Quantifizierung der sonstigen Risiken ist in den Kapitalanforderungen der explizit modellierten Risiken enthalten, da sich ihre quantitativen Auswirkungen nicht von denen der Markt-, versicherungstechnischen und operationellen Risiken trennen lassen, mit denen sie gemeinsam auftreten. Der Gesamtsolvabilitätsbedarf stimmt demnach mit der Solvenzkapitalanforderung überein.

4. Unternehmenssteuerung – Berücksichtigung der ORSA-Ergebnisse in Entscheidungsprozessen

Die Ergebnisse des ORSA sind ein integraler Bestandteil der Managemententscheidungen. Bereits im Rahmen der Verabschiedung der Geschäfts- und Risikostrategie findet im Vorstand eine intensive Auseinandersetzung mit den Risiken des Unternehmens unter Berücksichtigung geschäfts- und risikopolitischer Aspekte statt. Nachfolgend werden die Ergebnisse des ORSA unter Beachtung der festgelegten Geschäfts-

und Risikostrategie u.a. im Kapitalanlagenmanagement und in der Produktentwicklung, der Unternehmenssteuerung sowie im strategischen Planungsprozess und darauf aufbauend bei der kurz- und langfristigen Kapitalplanung berücksichtigt. Aktivitäten bzw. Ergebnisse des ORSA sind ein regelmäßiger Tagesordnungspunkt in allen Risikomanagement-Gremien der Generali in Deutschland.

Die Zertifizierung eines Internen Modells setzt voraus, dass das Management dieses versteht und seine Ergebnisse in alle relevanten Entscheidungsprozesse integriert. Die Umsetzung des sogenannten Use-Tests stellt einen Eckpfeiler des ORSA dar, da die mit dem Internen Modell bestimmte Solvenzquote eine wesentliche Messgröße zur Beurteilung der Risikosituation ist.

Das Risikomanagement überprüft regelmäßig das Risikoprofil, die Umsetzung der Risikostrategie sowie die identifizierten Risiken und überwacht die für die Risikotragfähigkeit festgelegten Limite. Mögliche Limitverletzungen werden analysiert, ggf. werden entsprechende Maßnahmen eingeleitet und deren Wirksamkeit fortlaufend kontrolliert. Auf dieser Basis werden Vorstand und Aufsichtsrat regelmäßig über die Risikoexposition sowie über die implementierten Maßnahmen informiert.

5. Beurteilung des Governance-Systems

Im Rahmen des ORSA wird ferner das Governance-System beurteilt. Das Governance-System wird auf die Umsetzung der regulatorischen sowie der gesetzlichen Anforderungen und auf die Berücksichtigung der ORSA-Ergebnisse bei strategischen Entscheidungen untersucht. Im Rahmen des ORSA wurde das Governance-System der Gesellschaft überprüft und als angemessen bewertet (siehe Abschnitt B.1.7 „Angemessenheit des Governance-Systems“).

6. Berichterstattung

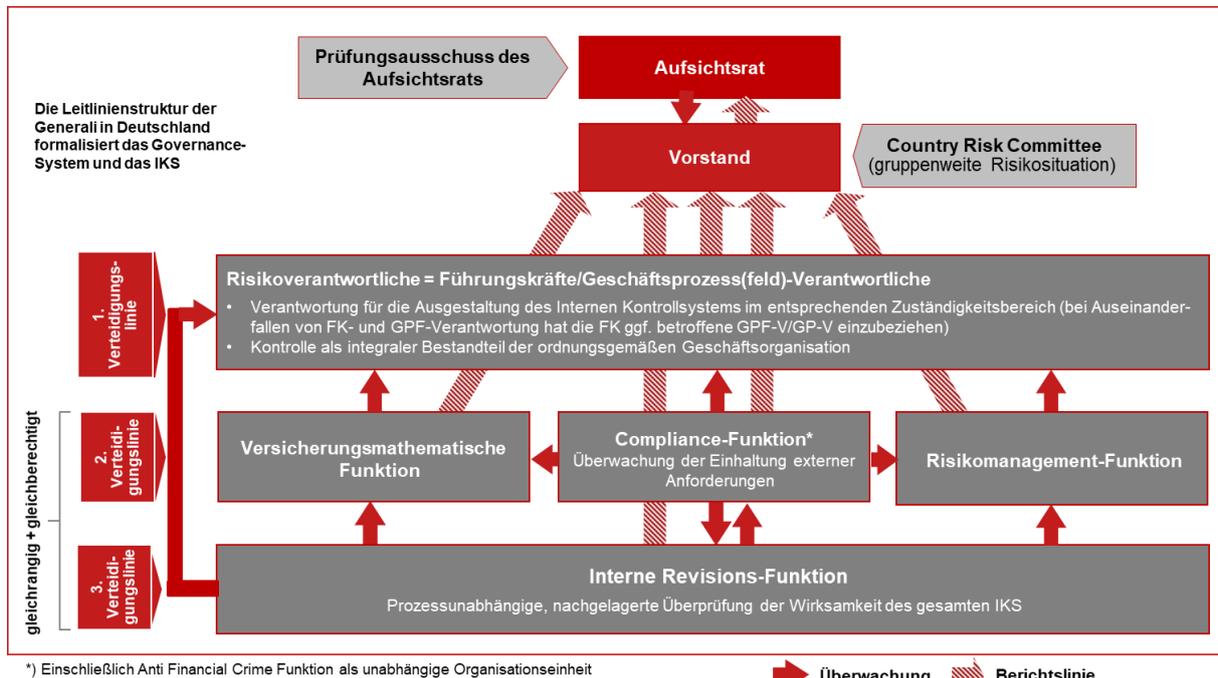
Der ORSA-Bericht wird jährlich zum 31.12. für jedes Versicherungsunternehmen erstellt und durch den Vorstand erörtert, überprüft und verabschiedet. Bei wesentlichen Änderungen des Risikoprofils (z.B. infolge wesentlicher Änderungen in der Geschäftstätigkeit oder außergewöhnlicher Ereignisse) erfolgt ein Ad-hoc-ORSA, dessen zugehöriger Bericht der Aufsichtsbehörde übermittelt wird.

Zusätzlich zum jährlichen ORSA-Bericht werden Risikozwischenmitteilungen zu den Quartalsstichtagen erstellt. Diese enthalten aktuelle Solvabilitätsberechnungen sowie die Ergebnisse des qualitativen Risikomanagements.

B.4 Internes Kontrollsystem

B.4.1 Beschreibung des Internen Kontrollsystems und der wesentlichen Verfahren

Das Interne Kontrollsystem (IKS) der Generali in Deutschland umfasst zum einen die Kontroll- und Überwachungsinstrumente der operativen Arbeitsprozesse in Form von Leitlinien, Arbeitsanweisungen und Verantwortlichkeiten, und zum anderen die Überwachungsaufgaben der Governance-Funktionen in den ihnen zugewiesenen Bereichen. Hierdurch sollen das Unternehmensvermögen geschützt und eine ordnungsgemäße Rechnungslegung sowie die Einhaltung rechtlicher Vorschriften (z.B. aus dem Versicherungsaufsichtsgesetz) sichergestellt werden. Gemäß den von der Assicurazioni Generali erstellten und von allen Konzernunternehmen verabschiedeten „Group Directives on the System of Governance“ umfasst das IKS alle operativen, nicht-operativen und technischen Kontrollen im Unternehmen. Das IKS folgt der Systematik der „Three Lines of Defense“ (Verteidigungslinien) und spiegelt operative und verantwortungsspezifische Aspekte wider. Bei den „Three Lines of Defense“ handelt es sich um eine Systematik, die drei Arten von Überwachungsfunktionen unterschiedlichen Unternehmensbereichen zuordnet. Die drei Kontrollinstanzen stehen sowohl mit dem Management und dem Aufsichtsrat als auch untereinander in Interaktion. In der folgenden Abbildung wird die Systematik der „Three Lines of Defense“ verdeutlicht:



Die drei Verteidigungslinien lassen sich wie folgt klassifizieren:

Auf der ersten Überwachungsebene sind prozessimmanente Kontrollen in den organisatorischen Abläufen installiert sowie Managementkontrollen eingerichtet. Diese bilden einen festen Bestandteil aller Geschäftsprozesse. Sie liegen im Wesentlichen in der Verantwortung der Leitung der jeweiligen operativen Einheit bzw. sonstiger Prozessverantwortlicher. Alle relevanten Prozesse und Kontrollen werden entsprechend dokumentiert.

Auf der zweiten Ebene wird die Wirksamkeit der Kontrollen der ersten Ebene gesteuert und überwacht. Diese Aufgabe wird wahrgenommen durch:

- die Risikomanagement-Funktion, die das Risikoprofil der Gesellschaft und die Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite überwacht,
- die Compliance-Funktion, die einem risikobasierten Ansatz folgend die Einhaltung von Gesetzen und internen Vorschriften überwacht, um das Risiko rechtlicher oder aufsichtsrechtlicher Sanktionen, wesentlicher finanzieller Verluste oder von Reputationsverlusten aus der Verletzung rechtlicher Vorschriften zu verringern,
- die Versicherungsmathematische Funktion, die den gesamten Prozess der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen überwacht, die Einhaltung der regulatorischen Vorgaben für die Rückstellungsbewertung sicherstellt, mögliche Abweichungen identifiziert und für deren Behebung sorgt.

Auf der dritten Kontrollebene erfolgt die unabhängige Beurteilung des IKS durch die Konzernrevision (Funktion der Internen Revision) zur Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit der internen Kontrollen. Die Revisionsaktivitäten bestehen aus planmäßigen und außerplanmäßigen Prüfungen bei den operativen Einheiten sowie aus Beratungsleistungen (Analysen und Bewertungen von Risiken).

B.4.2 Beschreibung der Umsetzung der Compliance-Funktion

Die Compliance-Funktion ist zuständig für die risikobasierte Überwachung der Einhaltung der rechtlichen Anforderungen durch das Unternehmen. Hierbei folgt sie der Methodik, welche durch die Compliance Management System Group Policy – Version Germany definiert wird:

1. Compliance-Risikoidentifikation

Die Compliance-Funktion identifiziert, u.a. im Rahmen des Rechtsmonitorings, die für das Unternehmen geltenden Compliance-Anforderungen. Die identifizierten Anforderungen ordnet sie anschließend den betroffenen Compliance-Risiken und den unternehmensinternen Prozessen zu und wirkt auf die Einhaltung der Anforderungen und die Einrichtung von angemessenen Kontrollen durch die Risikoverantwortlichen hin.

Daneben überprüft sie im Rahmen ihrer Prüfaktivitäten, ob geeignete Prozesse zur Identifizierung der Compliance-Verpflichtungen durch die Risikoverantwortlichen implementiert wurden.

2. Compliance-Risikobewertung

Zur Beurteilung der Compliance-Risikosituation führt die Compliance-Funktion, zum Teil in Zusammenarbeit mit der Risikomanagement-Funktion, zumindest jährlich sowie erforderlichenfalls anlassbezogen Compliance Risk Assessments aus der Top Down- und der Bottom Up-Perspektive durch. Die Ergebnisse dieser Bewertungen fließen in die Compliance-Berichterstattung ein und bilden die Grundlage für die risikobasierte Planung der Compliance-Aktivitäten.

3. Compliance-Risikominderung

Zur Minderung von Compliance-Risiken berät die Compliance-Funktion den Vorstand sowie die Risiko- und Projektverantwortlichen bei der Einrichtung von Kontrollmaßnahmen und wirkt auf die Verabschiedung von internen Leitlinien hin, die sich auf das Compliance-Risikoprofil des Unternehmens positiv auswirken.

Bei strategischen Projekten, wesentlichen Transaktionen und bei der Einführung von neuen Produktmaßnahmen bewertet sie die Compliance Risikolage und nimmt dazu Stellung. Darüber hinaus führt die Compliance-Funktion Schulungs- und Awareness-Maßnahmen zu ausgewählten Compliance-Themen durch und führt die Ermittlungen im Falle des Verdachts etwaiger Compliance-Verstöße. Entsprechende Verdachtsfälle können sowohl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Generali Gruppe als auch von externen Dritten über hierfür eingerichtete Meldewege - auch anonym - mitgeteilt werden.

4. Compliance-Risikomonitoring

Die Compliance-Funktion sammelt Informationen, um auf deren Basis die Wirksamkeit des Compliance-Management-Systems bewerten zu können. Grundlage hierfür sind bestimmte Risikoindikatoren, z.B. aufsichtsrechtliche Überprüfungen oder ggf. gegen das Unternehmen verhängte Sanktionen.

Die Compliance-Funktion führt Prüfungsaktivitäten durch, um zu überwachen, ob bestehende Compliance-Verpflichtungen in den internen Leitlinien, Verfahren und Prozessen integriert sind und von den Risikoverantwortlichen angemessene und wirksame Kontrollmaßnahmen zur Sicherstellung der Einhaltung der Anforderungen ergriffen wurden. Die Auswahl der jährlichen Prüfungsschwerpunkte folgt hierbei einem risikobasierten Ansatz, insbesondere unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Risk Assessments. Zudem überwacht die Compliance-Funktion die Implementierung von Maßnahmen zur Behebung von Schwachstellen, welche die Compliance-Funktion im Zuge ihrer Tätigkeiten festgestellt hat.

5. Compliance-Berichterstattung und -Planung

Die Compliance-Funktion stellt -unter Einbindung des Ausgliederungsbeauftragten- einen regelmäßigen sowie bedarfsweise auch Ad-hoc-Informationsfluss an den Vorstand sicher. Hierzu legt sie dem Vorstand neben unterschiedlichen Ad-hoc-Informationen jährlich den Compliance-Bericht sowie einen Halbjahreszwischenbericht vor.

Die Aktivitäten der Compliance-Funktion basieren auf einem durch den Vorstand jährlich zu genehmigenden, risikobasierten Compliance-Plan, der unterjährig überprüft und erforderlichenfalls angepasst wird.

Sowohl innerhalb der unterschiedlichen Ebenen der Compliance-Funktion (siehe unten) als auch im Verhältnis zu den anderen Kontrollfunktionen erfolgt eine enge Abstimmung. Um die jeweiligen Aktivitäten bestmöglich ausführen zu können, tauschen sich die Kontrollfunktionen in regelmäßigen Meetings über Planung und Ergebnisse ihrer Aktivitäten aus.

Der strukturelle Aufbau der Compliance-Funktion der Generali in Deutschland entspricht ebenfalls den Vorgaben der gruppenweit gültigen Compliance Management System Group Policy. Dementsprechend gibt es drei Compliance-Ebenen innerhalb der Generali Gruppe: die lokale Compliance-Funktion eines jeden einzelnen Versicherungsunternehmens der Gruppe, die Country Compliance-Funktion der Generali in Deutschland sowie die Group Compliance-Funktion der weltweiten Generali Gruppe:

Die lokale Compliance-Funktion (Leiter: Local Chief Compliance Officer, aufgrund der erfolgten Auslagerung wahrgenommen durch den Country Compliance Officer)

Die lokale Compliance-Funktion hat die Aufgabe, die Aktivitäten der Compliance-Funktion auf Ebene des jeweiligen Versicherungsunternehmens durchzuführen. Sie übernimmt die Leitung und Verantwortung für alle Compliance-Aktivitäten, einschließlich der Weiterentwicklung des Compliance-Management-Systems, verantwortet die Anwendung der Gruppenvorgaben auf Unternehmensebene und stellt zudem die entsprechende Steuerung der Risiken sicher. Im Hinblick auf die Einhaltung der steuerrechtlichen Vorgaben wird sie hierbei vom Tax Compliance Referenten unterstützt, welcher im Rahmen der Implementierung eines Tax Compliance Management Systems im Jahr 2019 ernannt wurde und als spezieller Teil der zentralen Steuerabteilung auch eine direkte Berichtslinie an den Local Chief Compliance Officer hat.

Country Compliance-Funktion (Leiter: Country Compliance Officer, gleichzeitig Compliance Officer der Generali Deutschland AG)

Die Country Compliance-Funktion übernimmt die Aufgabe der Anleitung, Koordination und Harmonisierung der lokalen Compliance-Funktionen in ihrem Zuständigkeitsbereich. Hierzu beaufsichtigt und hinterfragt sie die Aktivitäten der lokalen Compliance-Funktionen in angemessener Weise. Sie stellt ferner sicher, dass gruppenweite Maßnahmen und Vorgaben effektiv und angemessen auf lokaler Ebene umgesetzt werden und ein hinreichender Informationsfluss zwischen der lokalen Compliance-Funktion und jener der weltweiten Gruppe erfolgt.

Group Compliance-Funktion (Leiter: Group Compliance Officer, gleichzeitig Compliance Officer der Assicurazioni Generali S.p.A.)

Die Group Compliance-Funktion übernimmt die Leitung und Koordination der Maßnahmen auf Ebene der weltweiten Generali Gruppe. Dies umfasst u.a. die Bereitstellung Compliance-bezogener Leitlinien, die Definition der von den Compliance-Funktionen anzuwendenden Methoden (z.B. bei Risk Assessments) und die Berichterstattung an den Verwaltungsrat der Assicurazioni Generali S.p.A.

B.5 Funktion der Internen Revision

Die Interne Revision der Gesellschaft führt ihre Tätigkeiten auf Grundlage der „Audit Policy/ Internal Audit Germany“, verabschiedet durch den Vorstand der Gesellschaft, sowie in Übereinstimmung mit den

organisatorischen Vorgaben der „Audit Group Policy/ Group Audit“, verabschiedet durch den Vorstand der Assicurazioni Generali S.p.A. (oberstes Mutterunternehmen), durch.

Die Interne Revision ist eine vom Vorstand eingerichtete, organisatorisch unabhängige und objektive Funktion, mit dem Ziel die Angemessenheit, Effektivität und Effizienz des internen Kontrollsystems sowie aller weiteren Bestandteile des Governance-Systems durch Prüfungs- und Beratungstätigkeiten zum Nutzen des Vorstandes, des Top Managements und anderer Stakeholder zu überprüfen und zu bewerten.

Sie unterstützt den Vorstand bei der Bewertung und Verbesserung von angemessenen und langfristigen Strategien und Richtlinien zum internen Kontrollsystem und Risikomanagement. Dafür stellt sie dem Vorstand Analysen, Beurteilungen, Empfehlungen und Informationen zu den geprüften Bereichen zur Verfügung.

Die Abteilung Internal Audit der Generali Deutschland AG nimmt zentral die Funktion der Internen Revision für die gesamte Generali Deutschland Gruppe (inkl. Konzernunternehmen, mit Ausnahme der Deutschen Bausparkasse Badenia AG, die über eine eigene Interne Revision verfügt⁵) wahr. Die Konzernunternehmen haben die Revisionstätigkeiten im Rahmen einer Funktionsausgliederung an die Abteilung Internal Audit übertragen.

Während die Verantwortung für die Funktionsfähigkeit der Internen Revision dem Vorstand obliegt, ist sie dem Vorstandsvorsitzenden der Generali Deutschland AG disziplinarisch direkt unterstellt. Des Weiteren ist in jedem Konzernunternehmen ein Outsourcing Business Referent (OBR) für die Revisionsfunktion zuständig, der eine Schnittstellenfunktion zwischen Konzernunternehmen und deutscher Konzernrevision der Generali Deutschland AG einnimmt. Neben der primär überwachenden Tätigkeit unterstützt dieser bei der Prüfungsplanung, bei der Sicherstellung der ordnungsgemäßen Durchführung der Revisionstätigkeiten, der Beseitigung der festgestellten Mängel und bei der Berichterstattung.

In Übereinstimmung mit der Audit Policy existiert durch den Leiter der Internen Revision eine direkte Berichtslinie zum Vorstand und schließlich zum Leiter der Internen Revision des obersten Mutterunternehmens (Head of Group Audit).

Der Leiter der Internen Revision ist für keine operativen Bereiche verantwortlich. Dies gewährleistet Handlungsautonomie und Unabhängigkeit vom operativen Management sowie effektive Kommunikationsflüsse, insbesondere bei der Prüfungsmethodik, der Organisationsstruktur (Einstellung, Ernennung, Entlassung, Vergütung, Größe und Budget in Abstimmung mit dem Vorstand), der Zielerreichung, der Berichtsmethoden sowie bei den vorgeschlagenen Prüfungsaktivitäten, die in den Plan der Internen Revision aufzunehmen sind und dann dem Vorstand zur Genehmigung vorgelegt werden. Zu den Aufsichtsbehörden besteht ein offenes, konstruktives und kooperatives Verhältnis, was den Austausch von Information zur Durchführung der jeweiligen Aufgaben stützt.

Eine angemessene Ausstattung mit personellen, technischen und finanziellen Ressourcen der Internen Revision ist sichergestellt. Die Mitarbeiter besitzen und erweitern die entsprechenden Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen, welche sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe benötigen, unter anderem durch fachliche Weiterbildung. Dies schließt insbesondere entsprechende Kompetenzen zur Durchführung von Prüfaktivitäten unter Nutzung von Data Analytics ein. Die Mitarbeiter verfügen über entsprechendes Wissen zu digitalen Prozessen, inklusive Robotik und künstlicher Intelligenz, um die Prüfung jener entsprechend durchführen zu können.

⁵ Die Badenia unterliegt den Vorschriften des Kreditwesens (gemäß AT 4.4 MaRisk BA), welche eigene Governance-Funktionen (Risikomanagement-Funktion, Compliance-Funktion und Funktion der Internen Revision, mit einer direkten Berichtslinie an die Funktion der Internen Revision der Generali Deutschland AG) fordern und ein Outsourcing dieser Funktionen nicht gestatten. Aus gesellschaftsrechtlicher und aktienrechtlicher Sicht wird die Badenia eng geführt. Das Management der Generali Deutschland AG und insbesondere der CRO befassen sich intensiv mit den Belangen der Badenia.

Die Interne Revision verfügt über ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht und ist somit berechtigt, Auskünfte über, sowie Einblicke in sämtliche Betriebs- und Geschäftsabläufe inklusive relevanter Unterlagen zu verlangen, die für die Durchführung der Prüfungsaktivität relevant sind. Die erlangten Unterlagen und Informationen werden streng vertraulich behandelt. Der Leiter der Internen Revision hat freien und uneingeschränkten Zugang zum Vorstand.

Darüber hinaus agiert die Interne Revision gemäß der durch das Institute of Internal Auditors (IIA) definierten berufsständischen Anforderungen, die Grundprinzipien und internationalen Standards der beruflichen Praxis, welche die Definition der Internen Revisionsfunktion, den Code of Ethics und das International Professional Practice Framework (IPPF) enthalten.

Alle Mitarbeiter der Internen Revision erfüllen die Anforderungen an die fachliche Eignung und Zuverlässigkeit, wie sie in der Fit & Proper Policy gefordert werden, und vermeiden Aktivitäten, die Interessenskonflikte verursachen oder als solche wahrgenommen werden könnten. Sie verhalten sich stets integer und behandeln Informationen, die sie während ihrer Prüfungsaktivitäten erhalten, streng vertraulich.

Die Prüfungsaktivitäten der Internen Revision werden unabhängig und objektiv durchgeführt, dies schließt Auswahl, Umfang, Verfahren, Häufigkeit und Zeitpunkt der Prüfung sowie den Inhalt des Prüfungsberichts ein.

Mitarbeiter der Internen Revision besitzen keine operative Zuständigkeit oder Weisungsbefugnis für einen der geprüften Bereiche. Dementsprechend sind sie weder an der betrieblichen Organisation des Unternehmens noch an der Entwicklung, Einführung oder Umsetzung interner Kontrollmaßnahmen involviert. Die Unabhängigkeit der Internen Revision wird nicht von der Möglichkeit beschnitten Stellungnahmen zu bestimmten Angelegenheiten in Bezug auf die einzuhaltenden Kontrollprinzipien anzufragen.

Die Interne Revision ist weder Teil der Risikomanagement-, Compliance-, Versicherungsmathematik- oder Anti-Geldwäsche-Funktionen, noch für diese zuständig. Nichtsdestotrotz steht sie im Austausch mit anderen Schlüsselfunktionen sowie den externen Prüfern, um die Effizienz und Effektivität des internen Kontrollsystems stetig zu fördern.

Mindestens einmal jährlich legt der Leiter der Internen Revision dem Vorstand einen Prüfungsplan für die Gesellschaft zur Freigabe vor.

Die Prüfungsplanung erfolgt risikoorientiert und berücksichtigt alle Aktivitäten und Prozesse des Unternehmens, das Governance-System, erwartete Entwicklungen und Anpassungen, die Strategie der Organisation, die wichtigsten Geschäftsziele, die Hinweise des Top Managements sowie des Vorstandes. Darüber hinaus berücksichtigt der Prüfungsplan Feststellungen aus vergangenen Prüfungen sowie neu identifizierte Risiken.

Der Prüfungsplan enthält unter anderem die Prüfungsaufträge, die Kriterien auf deren Grundlage diese ausgewählt wurden, den Zeitplan, das Budget sowie die benötigten personellen Ressourcen. Unterjährig auftretende Ressourcenbeschränkungen oder signifikante Veränderungen und deren etwaige Auswirkungen werden dem Vorstand durch den Leiter der Internen Revision kommuniziert. Der Vorstand bespricht und genehmigt den Prüfungsplan sowie das für seine Erfüllung notwendigen Budget und die benötigten personellen Ressourcen.

Der Prüfungsplan wird unterjährig regelmäßig durch den Leiter der Internen Revision überprüft und gegebenenfalls als Folge von Änderungen der Geschäftstätigkeit, von Risiken, Abläufen, Programmen, Systemen, Kontrollen des Unternehmens oder bei identifizierten Prüfungsfeststellungen angepasst. Jede wesentliche Änderung des Prüfungsplans wird dem Vorstand im Rahmen der periodischen Berichterstattung kommuniziert und zur Genehmigung vorgelegt. Wenn nötig, kann die Interne Revision Prüfungen außerhalb

des Prüfungsplans durchführen. Die daraus resultierenden Ergebnisse werden dem Vorstand unverzüglich zur Kenntnis gegeben.

Die Grundsätze der Prüfungsdurchführung werden durch eine konzerneinheitliche Prüfungsmethodik definiert, welche im Revisionshandbuch schriftlich fixiert sind und durch ein entsprechendes IT-Prüfungstool gestützt werden. Sie definieren u.a. Kriterien zur Beurteilung der Angemessenheit und Effektivität der Governance-, der Risikomanagement- und der internen Kontrollprozesse in Bezug auf die definierten Ziele des Unternehmens.

Über jede Prüfung wird zeitnah ein schriftlicher Bericht angefertigt und dem geprüften Bereich, sowie dem Vorstand des geprüften Bereichs vorgelegt. Der Bericht enthält die getroffenen Feststellungen und gewichtet diese nach deren Auswirkungen auf das interne Kontrollsystem in Bezug auf die Angemessenheit, Wirksamkeit und Funktionalität sowie in Bezug auf die Einhaltung interner Richtlinien, Verfahren, Prozesse und Unternehmensziele. Darüber hinaus zeigt der Bericht die sich aus den Feststellungen ergebenden Maßnahmen zur Beseitigung der Mängel und deren Fristen zur Umsetzung auf.

Während die Verantwortung für die Behebung der Feststellung bei dem Vorstand verbleibt, ist die Interne Revision für die Überwachung sowie der Überprüfung der Angemessenheit und Wirksamkeit der implementierten Maßnahmen zuständig.

Die Interne Revision berichtet auf Grundlage ihrer Prüfungstätigkeiten und in Übereinstimmung mit der Prüfungsmethodik über signifikante Änderungen im Risikoumfeld sowie bedeutende Feststellungen bezogen auf die internen Kontrollprozesse an den Vorstand. Dies schließt Betrugsrisiken, Governance-Themen oder andere Aspekte, die vom Vorstand benötigt oder angefordert werden, mit ein.

Der Leiter der Internen Revision berichtet mindestens auf halbjährlicher Basis dem Vorstand über die durchgeführten Prüfungsaktivitäten sowie deren Ergebnisse, Feststellungen, Maßnahmen zur Beseitigung der Feststellungen, und den Zeitplan für die Umsetzung. Außerdem beinhaltet der Bericht den aktuellen Umsetzungsstand zu den Maßnahmen, insbesondere die für die Umsetzung der Maßnahmen verantwortlichen Personen und/oder Abteilungen, eventuelle Verzögerungen sowie die Effektivität der Umsetzungsmaßnahmen. Der Vorstand beschließt, welche Maßnahmen in Bezug auf die einzelnen Feststellungen ergriffen werden sollen und stellt sicher, dass diese umgesetzt werden. Darüber hinaus werden gegebenenfalls ad-hoc Meldungen an den Vorstand und/oder das Top Management sowie den Head of Group Audit des obersten Mutterunternehmens getätigt.

Der Leiter der Internen Revision informiert den Aufsichtsrat sowie den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats der Gesellschaft zweimal im Jahr. Darüber hinaus informiert er den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats der Generali Deutschland AG (Audit Committee), das Board of Statutory Auditors (Kontrollgremium auf internationaler Ebene zur Gewährleistung der Einhaltung der geltenden Gesetze und Vorschriften) und das Group Audit Department anlassbezogen nach Aufforderung und im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung.

Die Interne Revision hat ein Qualitätssicherungsprogramm entwickelt und implementiert, welches alle Aspekte der Prüfungstätigkeit abdeckt. Das Programm umfasst eine Beurteilung der Übereinstimmung der Prüfungstätigkeiten mit dem IPPF, den organisatorischen Vorgaben der Audit Policy, des Revisionshandbuchs und den Code of Ethics. Darüber hinaus wird die Effizienz und Effektivität der Prüfungstätigkeit bewertet und Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Die Gesellschaft verfügt über eine wirksame Versicherungsmathematische Funktion, die im Rahmen einer Funktionsausgliederung vom Country Functional Head „Aktuarielle Funktion“ bei der Generali Deutschland

AG zentral für die Generali in Deutschland wahrgenommen wird. Die Funktion ist als eigenständige Abteilung im Ressort Finanzen angesiedelt mit einer direkten Berichtslinie an den Gesamtvorstand der Gesellschaft und die „Group Actuarial Function“ der Assicurazioni Generali S.p.A.

Aufgabe dieser Funktion ist es, in Bezug auf die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen

- die Berechnung zu koordinieren,
- die Angemessenheit der verwendeten Methoden und der zugrunde liegenden Modelle sowie der getroffenen Annahmen zu gewährleisten,
- die Hinlänglichkeit und die Qualität der zugrunde gelegten Daten zu bewerten,
- die geschätzten Werte für die versicherungstechnischen Rückstellungen mit den Erfahrungswerten zu vergleichen,
- den Vorstand über die Verlässlichkeit und Angemessenheit der Berechnung zu unterrichten.

Die Versicherungsmathematische Funktion ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Zusammenarbeit mit den Gesellschaften und Abteilungen der Generali in Deutschland, insbesondere mit den anderen Schlüsselfunktionen im Konzern.

Die Versicherungsmathematische Funktion verfasst mindestens einmal jährlich den „Bericht der Versicherungsmathematischen Funktion“, der u.a. alle erzielten Ergebnisse sowie etwaige Mängel und Empfehlungen zu Behebung solcher Mängel hinsichtlich der Angemessenheit der versicherungstechnischen Rückstellungen enthält.

B.7 Outsourcing

Unter Outsourcing ist die Ausgliederung von Funktionen oder Prozessen an ein anderes Unternehmen zu verstehen. Dabei kann es sich um konzerninterne oder konzernexterne Unternehmen handeln. Alle Aktivitäten und Prozesse mit Ausnahme von Leitungsaufgaben der Geschäftsleitung können ausgegliedert werden. Es muss dabei sichergestellt sein, dass die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsorganisation, die Qualität des Governance-Systems sowie die Prüfungs- und Kontrollrechte der Aufsichtsbehörde nicht beeinträchtigt sind. Das bedeutet, dass – auch unter Berücksichtigung der Leitlinien der internationalen Gruppe und der gesetzlichen Rahmenbedingungen – die vier Schlüsselfunktionen ausgegliedert werden können, solange dies sichergestellt ist.

Allgemein dürfen Ausgliederungen nur auf der Grundlage einer Risikoanalyse und unter Einbeziehung der maßgeblichen Geschäftsbereiche erfolgen. Bei internem Outsourcing kann die Risikoanalyse aufgrund der höheren Möglichkeit der Einflussnahme auf den Dienstleister weniger detailliert ausfallen. Durch das Outsourcing darf sich die Risikosituation im Unternehmen jedoch nicht verschlechtern.

In der Generali in Deutschland finden die regulatorischen Anforderungen in der Ausgestaltung der Dienstleistungsverträge ihre Berücksichtigung. Die Verträge spezifizieren die Leistungserbringung, z.B. durch Service Level Agreements, enthalten ausreichende Weisungs- und Kontrollrechte für die ausgliedernden Versicherungsunternehmen sowie Kontrollrechte für die Interne Revision und die Aufsichtsbehörden. Dies betrifft ebenso die Sub-Auslagerung von Funktionen und Dienstleistungen an gruppenfremde Dienstleistungsgesellschaften, wie z.B. in Teilbereichen der IT.

In der Generali in Deutschland übernehmen die Generali Deutschland AG sowie zentralisierte nationale und internationale Dienstleistungsgesellschaften der Generali Gruppe bestimmte Funktionen und Dienstleistungen, u.a. IT, Rechnungswesen, Steuern, Controlling, Kapitalanlagemanagement, Risikomanagement, Interne Revision. Kritische und wichtige Funktionen und Prozesse gemäß Solvency II sind in der Generali in Deutschland, neben der Generali Deutschland AG, ausschließlich an konzerninterne Dienstleister ausgelagert. Einige Kapitalanlageprozesse sind, soweit es sich um dispositive Prozesse und Prozesse zur

Portfolioverwaltung handelt, an die internationalen Gesellschaften Generali Investment Asset Management S.p.A., und Generali Real Estate S.p.A. ausgegliedert, die beide auch über Zweigniederlassungen in Deutschland verfügen. Diese Gesellschaften unterliegen direkt dem Governance-System der Assicurazioni Generali S.p.A., sodass die Anwendung einheitlicher Grundsätze sichergestellt ist. Entsprechende das Rechnungswesen sowie das Kapitalanlage-Controlling betreffende Funktionen bzw. Prozesse werden in der Generali Deutschland AG betrieben.

Die IT-Infrastruktur ist auf die internationale Gesellschaft Generali Operations Service Platform S.r.l. übertragen, der IT-Dienstleistungen als Service Provider zur Verfügung stellt.

Im Organisationsmodell der deutschen Generali Gruppe wurden u.a. die Mitarbeiter der Gruppe bei wenigen Arbeitgebergesellschaften konzentriert. Hierzu wurde das zentrale Ausgliederungs-Controlling mit dem Ziel eingerichtet, eine ordnungsgemäße Ausgestaltung aller Ausgliederungsprozesse in der deutschen Gruppe gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen sicherzustellen. Dazu werden im Rahmen des zentralen Ausgliederungsmanagements bei der Generali in Deutschland die Aktivitäten der Gruppenmitglieder hinsichtlich Auswahl, Steuerung und Kontrolle der Dienstleister soweit wie rechtlich möglich gebündelt, d.h. die relevanten Daten und Informationen zu den Dienstleistungen dort gesammelt, aufbereitet und ausgewertet. Soweit die Tätigkeiten, insbesondere bzgl. Grundlagenentscheidungen zum Outsourcing, zur Steuerung und Kontrolle des Dienstleisters etc., bei den auslagernden Gesellschaften verbleiben, werden diese vom Ausgliederungsmanagement unterstützt, bspw. durch Vorbereitung von Entscheidungen, Erstellung von Berichten, Auswertung von Leistungskontrollen etc. Ferner nehmen für die auslagernden Versicherungsgesellschaften die Vorstände dieser Gesellschaften die Rolle des Ausgliederungsbeauftragten für die Schlüsselfunktionen wahr.

Das Ausgliederungsmanagement bei der Generali in Deutschland besteht aus zwei Komponenten, dem dauerhaft installierten Ausgliederungs-Office und dem halbjährlich tagenden Gremium „Ausgliederungs-Controlling“. Im Ausgliederungs-Office mit seinen auf Outsourcingaufgaben spezialisierten Mitarbeitern sind alle operativen Tätigkeiten des Ausgliederungsmanagements angesiedelt. Dazu gehören u.a. die Betreuung der Dienstleistungsverhältnisse nebst -verträge, die Beratung bei Fragen zum Outsourcing sowie die Erstellung und Vorbereitung der Service Reportings und Entscheidungsvorlagen für die auslagernden Gesellschaften. Dies beinhaltet auch das Konsolidieren und Kommentieren leistungsrelevanter Informationen und Kennzahlen in Form von Berichten oder auch das Vor- und Aufbereiten von Themenschwerpunkten für das Ausgliederungs-Controlling. Das Gremium „Ausgliederungs-Controlling“ überwacht anhand der vom Office bereitgestellten Reports und Unterlagen die Dienstleistungstätigkeiten für die auslagernden Versicherungsunternehmen und berichtet über seine Einschätzungen und Kontrollergebnisse mit Vorschlägen etwaig zu ergreifenden Maßnahmen an deren Vorstände. Es unterstützt damit den jeweiligen Vorstand in seiner Governance Aufgabe, die Dienstleister angemessen zu steuern und zu kontrollieren. Dies beinhaltet insbesondere die Überwachung der Dienstleistungen u.a. das Nachhalten vereinbarter Service Level, Stichproben, den fachlichen Austausch mit Fachbereichen und verantwortlichen Führungskräften sowie im Rahmen regelmäßiger Gremiensitzungen mit entsprechenden Schwerpunktthemen, zu denen die jeweiligen Leistungserbringer geladen werden. Die Schwerpunktthemen werden im engen Austausch mit den Vorständen/Geschäftsführungen der Gesellschaften getroffen und resultieren neben Wünschen und Vorgaben des Managements auch aus Erkenntnissen im Rahmen des kontinuierlichen Monitorings der Leistungen durch das Ausgliederungs-Office und werden in Zusammenarbeit mit den Kontrollfunktionen bestimmt und vorbereitet. Die Sitzungen werden dokumentiert und der Vorstand erhält einen abschließenden Service-Bericht. Das Gremium Ausgliederungs-Controlling ist besetzt mit Führungskräften der für Outsourcingthemen relevantesten Stabsfunktionen unter dem Vorsitz des Vorstands eines Versicherungsunternehmens, der nicht gleichzeitig Vorstand bei der Generali Deutschland AG ist.

Die Verantwortung für Risiken in ausgegliederten Prozessen oder Funktionen und die Funktionsfähigkeit sowie Wirksamkeit des IKS in diesen Prozessen obliegt weiterhin dem ausgliedernden Versicherungsunter-

nehmen. Das zentrale Risikomanagement umfasst auch das Risikomanagement der konzerninternen Dienstleister und die mit der Dienstleistungserbringung verbundenen Risiken. Dabei wird über regelmäßige Risikoberichte sichergestellt, dass Risiken, die durch Outsourcing entstehen können, wirksam begrenzt und überwacht werden. Basierend auf diesen Informationen werden regelmäßig bestimmte Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen in den ausgliedernden Unternehmen durchgeführt.

B.8 Sonstige Angaben

Es bestehen keine über die Informationen aus den Abschnitten B.1 bis B.7 hinausgehenden geforderten Angaben zum Governance-System.

C Risikoprofil

Im vorliegenden Abschnitt wird anhand der Risikokategorien das Risikoprofil der COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft dargestellt. Das Risikoprofil des Unternehmens wird insbesondere durch das Marktrisiko dominiert, gefolgt von dem Kreditrisiko sowie dem versicherungstechnischen Risiko. Die Bewertung der Risiken erfolgt in diesem Abschnitt überwiegend qualitativ. Sofern in den Risikokategorien nichts anderes beschrieben wird, gab es im Berichtszeitraum bezogen auf das Risikoprofil keine wesentlichen Änderungen. Für versicherungstechnische Risiken sowie Markt- und Kreditrisiken werden Sensitivitäten berechnet und dargestellt. Eine quantitative Betrachtung der Risikosituation auf Ebene einzelner Risikoarten durch das Interne Modell erfolgt in den Abschnitten D und E.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Die versicherungstechnischen Risiken der Lebensversicherung umfassen sowohl biometrische Risiken als auch das Kosten- und Stornorisiko. Ferner wird unter den versicherungstechnischen Risiken auch das Going-Concern-Risiko ausgewiesen. Die genannten Risiken bestehen in einer Abweichung von der Kalkulation hinsichtlich Anzahl, Zeitpunkt und Höhe der Versicherungsfälle oder der Kosten- und Stornosituation. Auch die bei Vertragsbeginn festgelegten Rechnungsgrundlagen zur Ermittlung der Rückstellungen können sich dadurch als unzutreffend herausstellen. Die Quantifizierung der versicherungstechnischen Risiken erfolgt anhand des Internen Modells.

Im Folgenden werden die wesentlichen versicherungstechnischen Risiken näher beleuchtet.

Kostenrisiko

Das Kostenrisiko resultiert daraus, dass die kalkulierten Kosten die tatsächlichen Kosten unter Umständen nicht decken bzw. von diesen abweichen. Die von der Gesellschaft bei Vertragsbeginn festgelegten Rechnungsgrundlagen zur Ermittlung von Beiträgen und Rückstellungen können sich dadurch als unzutreffend herausstellen.

Stornorisiko

Das Stornorisiko besteht in der Lebensversicherung darin, dass unerwartet viele oder unerwartet wenige Kunden ihre Verträge stornieren. Bei schnell ansteigenden Zinsen könnten beispielsweise die Kunden der Gesellschaft in größerem Umfang Versicherungsprodukte in externe Bankprodukte umschichten. Daher beobachtet die Gesellschaft laufend die Stornoentwicklung ihrer Versicherungsbestände und stellt diese den eigenen liquiden Mitteln gegenüber. Das Unternehmen erwartet jedoch keine besonderen Liquiditätsrisiken aus einem veränderten Stornoverhalten, da sich die deutschen Lebensversicherer in den vergangenen Krisensituationen als sehr stabil erwiesen haben und die Kunden deren Garantien und Services wertschätzen.

Biometrische Risiken

Die biometrischen Risiken beinhalten Sterblichkeit, Langlebigkeit sowie Invalidität.

Das Sterblichkeits- und das Langlebigkeitsrisiko sind als die Risiken von Verlusten oder adversen Veränderungen im Wert der versicherungstechnischen Verpflichtungen definiert, die aus Änderungen der Sterblichkeitsrate resultieren. Das Anstiegsrisiko der Sterblichkeitsrate wird als Sterblichkeitsrisiko bezeichnet und das Rückgangsrisiko der Sterblichkeitsrate als Langlebigkeitsrisiko.

Das Invaliditätsrisiko ist definiert als das Risiko von Verlusten oder adversen Änderungen im Wert der versicherungstechnischen Verpflichtungen, welche aus Veränderungen der Invaliditäts-, Krankheits-, Sterblichkeits- und Genesungsraten resultieren.

Going-Concern-Risiko

Bei der Bestimmung der versicherungstechnischen Rückstellungen werden auf Basis des sogenannten „Going-Concern“-Prinzips (GC) die Wechselwirkungen zwischen Neugeschäft und Überschussbeteiligung (gemäß der BaFin-Auslegungsentscheidung vom 4. Dezember 2015) berücksichtigt. Dabei wird der Anteil des zum Stichtag vorhandenen Bestands an der Finanzierung des zukünftigen Neugeschäfts ermittelt und bei der Bewertung desselben Bestandes einbezogen. Da die Höhe dieser Mittel auf Basis der Neugeschäftsvolumina in der Unternehmensplanung bestimmt wird, besteht das Risiko, dass die Planzahlen in unerwartetem Maße vom tatsächlich realisierten Neugeschäftsumfang abweichen. Dieses Risiko wird als Going-Concern-Risiko bezeichnet. Es handelt sich hierbei um ein modelliertes Risiko. Die Ausprägung des Risikos wird in Abschnitt E.2 dargestellt.

Risikoexponierung und –bewertung

Das versicherungstechnische Risiko stellt für die Gesellschaft neben dem Marktrisiko eine bedeutende Risikokategorie dar. Darin bilden das Langlebighkeitsrisiko, das Stornorisiko sowie das Sterblichkeitsrisiko nach Solvenzkapitalanforderung die führenden Einzelrisiken. Insgesamt weist dieses Risikomodul einen sehr hohen Diversifikationseffekt aus. Für weiterführende quantitative Informationen sei auf das Kapitel D und E sowie auf das QRT verwiesen.

Die Covid-19 Pandemie und der Ukraine-Krieg haben das Jahr 2022 stark geprägt und das ökonomische Umfeld maßgeblich beeinflusst. Die sich verfestigende Inflation und die Maßnahmen der Zentralbanken führten zu einem starken Anstieg der Zinskurve. Bezogen auf das versicherungstechnische Risiko wirkten sich die Zinssteigerungen in Verbindung mit deutlich gestiegenen Lebenshaltungskosten auf das Versicherungsnehmerverhalten aus, indem Rückgänge im Neugeschäft sowie erhöhte Stornoquoten zu verzeichnen waren. Diese Entwicklungen werden engmaschig beobachtet und analysiert, so dass bei negativen Auswirkungen entsprechende Risikominderungsmaßnahmen getroffen werden können. Vor dem Hintergrund der anhaltenden geopolitischen Spannungen und der hohen Volatilität an den Finanzmärkten ist eine Fortsetzung dieser Effekte nicht auszuschließen. In der mittelfristigen Perspektive verbessern die gestiegenen Zinsen die Ertragsaussichten in der Kapitalanlage des Unternehmens und wirken sich somit positiv auf die Überschussbeteiligung aus.

Risikokonzentration

Die COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft fokussiert sich auf das Privatkundengeschäft mit besonderem Schwerpunkt auf biometrische Produkte. Daneben verfügt die Gesellschaft über einen Bestand an konventionellem Garantiegeschäft. Diese Mischung führt in Verbindung mit definierten Zeichnungsrichtlinien zu einem aus Risikosicht ausgewogenen Bestand.

Zum Stichtag 31. Dezember 2022 stellt das versicherungstechnische Risiko neben dem Marktrisiko eine bedeutende Risikokategorie für die COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft dar. Darin bilden Langlebighkeits-, Storno- und Sterblichkeitsrisiken nach Solvenzkapitalanforderung die führenden Einzelrisiken. Insgesamt weist dieses Risikomodul einen sehr hohen Diversifikationseffekt aus. Für weiterführende quantitative Informationen sei auf das Kapitel D. und E. sowie auf das QRT verwiesen.

Risikosteuerung und –minderung

Basierend auf der strategischen Planung des Unternehmens und den durchgeführten Sensitivitäten ist davon auszugehen, dass sich das Risikomodul im Planungshorizont tendenziell stabil, aber weiterhin sensitiv zum politischen und wirtschaftlichen Umfeld verhält.

Zur Überwachung und Steuerung der versicherungstechnischen Risiken überprüft die Gesellschaft fortlaufend die Risikoverläufe sowie die Rechnungsgrundlagen der Beiträge und der versicherungstechnischen

Rückstellungen. Das Aktuariat der Gesellschaft gewährleistet die sachgerechte Tarifierung der Produkte und bestimmt angemessene versicherungstechnische Rückstellungen (HGB).

Der Verantwortliche Aktuar hat bestätigt, dass die Sicherheitsmargen in diesen Rechnungsgrundlagen angemessen und ausreichend sind. Darüber hinaus überprüft die Gesellschaft jährlich für den gesamten Bestand - unter anderem im Rahmen der Gewinnzerlegung - ob Kosten- und biometrische Annahmen auskömmlich sind. Daneben beachtet das Unternehmen die internen Zeichnungsrichtlinien, welche regelmäßig überwacht und aktualisiert werden sowie die gesetzlichen Vorgaben.

Die Validierung der versicherungstechnischen Rückstellungen (Best Estimate) durch die Versicherungsmathematische Funktion der Gesellschaft stellt flankierend die Einhaltung der diesbezüglichen Anforderungen gemäß Solvency II sowie die methodische Konsistenz der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen im Zeitverlauf sicher.

Trotz risikoadäquater Steuerung des Versicherungsgeschäfts können weitere versicherungstechnische Risiken auftreten. Darunter fallen unter anderem Risiken aus Kumulereignissen und Katastrophenschäden, die – soweit sie nicht über das Kollektiv ausgeglichen werden können – durch Rückversicherung abgesichert werden.

Risikosensitivitäten

Die Sensitivitätsberechnungen zur Versicherungstechnik fokussieren sich auf das Langlebkeitsrisiko, da das Langlebkeitsrisiko im Fall der COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft zu den größten Einzelrisiken innerhalb des versicherungstechnischen Risikos gehört. Dazu wurden zwei Sensitivitäten mit einem Anstieg bzw. einem Rückgang der zugrundeliegenden biometrischen Annahmen, welche die Realisierung des zugehörigen 20-Jahres-Ereignisses widerspiegeln, ausgewählt und die Auswirkung auf die Entwicklung der Eigenmittel und Solvenzkapitalanforderung analysiert:

Sensitivitätsberechnungen in Tsd. €

	Anrechenbare Eigenmittel	Veränderung in %	Solvenzkapital- anforderung	Veränderung in %	SCR Quote	Veränderung in %-Pkte
Basisfall	855.638	./.	517.949	./.	165%	./.
Anstieg der Sterblichkeit im Rentenbezug (Realisierung des 20-Jahres-Ereignisses)	884.990	3,43%	500.182	-3,43%	177%	12%
Rückgang der Sterblichkeit im Rentenbezug (Realisierung des 20-Jahres-Ereignisses)	819.481	-4,23%	588.536	13,63%	139%	-26%

Die Ergebnisse der Sensitivitätsberechnungen zur Versicherungstechnik zeigen, dass im Falle eines Rückgangs bzw. Anstiegs der zugrundeliegenden biometrischen Annahmen des Langlebkeitsrisikos die Solvency-II-Bedeckung der Gesellschaft zum Stichtag 31. Dezember 2022 auf einem auskömmlichen Niveau verbleibt.

C.2 Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet die Risiken eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung der Vermögens- und Finanzlage, die sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe und in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergeben. Marktrisiken bestehen aus Aktien- und Aktienvolatilitätsrisiko, Zinsänderungs- und Zinsvolatilitätsrisiko, Immobilien-, Währungs- und Konzentrationsrisiko.

Aktienrisiko und Aktienvolatilitätsrisiko bezeichnen die potenziellen Wertschwankungen von Aktien, aktienbasierten Fonds und Optionswerten aufgrund von Aktienmarktschwankungen (Kurs- bzw. Volatilitätsänderungen).

Das Zinsänderungsrisiko bezeichnet das Risiko von Marktwertänderungen zinssensitiver bilanzieller Aktiv- und Passivpositionen infolge von Marktzinsänderungen und zählt zu den bedeutendsten Risiken von Lebensversicherungsunternehmen. Zu einem größeren Risiko werden Zinsänderungen vor allem dann, wenn die auf Unternehmensebene aggregierten zinssensitiven Aktiv- und Passivpositionen eine unterschiedliche Duration besitzen (Durationslücke), sodass Zinsänderungen nach Saldierung von aktiv- und passivseitigen Wertänderungen zu Verlusten in den anrechenbaren Eigenmitteln führen können.

Das Zinsvolatilitätsrisiko beschreibt die Schwankung der Marktpreise von Zinsoptionen und des ökonomischen Wertes der von der COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft zugesagten Zinsgarantien sowie der Kündigungsrechte der Versicherungsnehmer. Die Zinsvolatilität ist ein Maß für die Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Zinsentwicklung. Diese wird finanzmathematisch anhand der Marktpreise von auf dem Kapitalmarkt gehandelten Swaption-Geschäften bestimmt. Bei erhöhter Volatilität steigt der Wert der garantierten Verzinsung sowie der Rückkaufsoption der Versicherungsnehmer.

Das Immobilienrisiko bezeichnet die potenziellen Wertschwankungen von direkt oder indirekt gehaltenen Immobilienbeständen.

Das Währungsrisiko bezeichnet die potenziellen Wertschwankungen, die aufgrund von Wechselkursänderungen eintreten können.

Das Konzentrationsrisiko ergibt sich dadurch, dass das Unternehmen einzelne oder stark korrelierte Risiken eingeht, die ein bedeutendes Schaden- oder Ausfallpotenzial haben. Diese können in der Kapitalanlage, der Versicherungstechnik oder in Form von Aktiv- oder Passivkonzentrationen auftreten.

Risikoexponierung und -bewertung

Die Quantifizierung des Marktrisikos erfolgt anhand des Internen Modells. Das Marktrisiko stellt für die Cosmos Lebensversicherungs-AG die bedeutendste Risikokategorie dar. Innerhalb des Marktrisikos ist die Gesellschaft insbesondere dem Zinsrisiko und in geringerem Maße auch dem Aktienrisiko ausgesetzt. Die weiteren Marktrisiken haben keinen materiellen Einfluss auf die Gesellschaft.

Wirtschaftlich war das Jahr 2022 durch fortgesetzte Wirkungen der Covid-19-Pandemie und den Ukraine-Krieg geprägt. Folge waren insbesondere die Fortsetzung bestehender Engpässe in Lieferketten und heftige Anstiege in den Energiepreisen. Durch diese wirtschaftlichen Erschütterungen nahmen die schon hohen Werte der Inflationsraten weiter zu, was sowohl die US-Notenbank als auch die Europäische Zentralbank zu deutlichen Leitzinserhöhungen veranlasste.

Die sich verfestigende Inflation und die Maßnahmen der Zentralbanken führten in 2022 zu einem starken Anstieg der Zinskurve. Die Zinssteigerungen – in Verbindung mit der gleichzeitigen Ausweitung der Credit Spreads – belasten die Marktwerte und Reserven der festverzinslichen Positionen, was gegebenenfalls zu Abschreibungsbedarf auf betroffene Titel führen kann. Das wirtschaftliche Umfeld und die Zinsentwicklung lassen erwarten, dass die langjährige Phase sehr niedriger und negativer Zinsen beendet ist. Für den Fall einer Rückkehr der Inflationsraten auf geringe Werte lässt sich allerdings ein erneuter Eintritt in eine Niedrigzinsphase mit den damit einhergehenden negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens nicht vollständig ausschließen.

Die Lieferengpässe, Preissteigerungen für Energie, Vor- und Zwischenprodukte und die gestiegenen Finanzierungskosten schwächen die Ertragskraft von Unternehmen. Dies kann neben der in 2022 schon

eingetretenen negativen Entwicklung an den Aktienmärkten zu weiteren Kursverlusten und ggf. zu Abschreibungsbedarf auf betroffene Positionen führen. Dieses Risiko würde sich insbesondere bei einer Ratiorisierung des Gasverbrauchs in der Industrie oder im Falle einer Rezession deutlich erhöhen. Im Immobilienbereich bestehen Risiken für Wertkorrekturen, Mietminderungen und Mietausfälle.

Da die aufgeführten Marktrisiken grundsätzlich eine hinreichende Solvabilität des Unternehmens gefährden können, sind sie regelmäßig zu bewerten, zu überwachen und zu steuern.

Risikokonzentration

Die Gesellschaft mischt und streut die Kapitalanlagen und beachtet dabei die Einzellimite der Local Investment Guidelines und die aufsichtsrechtlichen Beschränkungen. Die Vergabe von dezidierten Einzelemittentlimiten erfolgt sowohl auf Ebene von Emittenten und Staaten sowie Assetklassen. Insgesamt wurden keine auffälligen Konzentrationen identifiziert.

Risikosteuerung und -minderung

Die Überwachung und Steuerung der Marktrisiken wird einerseits durch einen strukturierten, disziplinierten und transparenten Anlageprozess gewährleistet. Zum anderen ist die Modellierung der Marktrisiken wesentlicher Bestandteil des Internen Modells. Dessen Ergebnisse inklusive der Resultate aus den durchgeführten Stresstests geben zugleich Steuerungsimpulse für die Kapitalanlageaktivitäten, da sie die Risiken der einzelnen Kapitalanlagepositionen berücksichtigen, die bis zum Gesamtrisiko auf Unternehmensebene mit aggregiert werden (s. Abschnitt E.2).

Die Gesellschaft steht als Versicherungsunternehmen der zentralen Anforderung gegenüber, für ihre Kunden eine angemessene Rendite bei gleichzeitiger Begrenzung der Risiken zu erwirtschaften. Daher erfolgt auch das Management der Kapitalanlagen, die vor allem den Marktrisiken unterliegen, nach dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht gemäß Art. 132 der Direktive 2009/138/EC. Er umfasst die Qualität, Sicherheit, Rentabilität und Liquidität der Kapitalanlage. Zu dessen Umsetzung tragen insbesondere auch die Local Investment Guidelines bei, die als interner Anlagekatalog dienen. Sie definieren die zulässigen Anlageklassen und beinhalten eine Vielzahl von qualitativen und quantitativen Restriktionen für die Kapitalanlage. Die gesamte Anlagetätigkeit und die Limitierungen für risikobehaftete Assets sind außerdem an der Risikotragfähigkeit des Unternehmens ausgerichtet.

Beim Management des Anlagerisikos auf Einzelinvestmentebene wird sichergestellt, dass die Risiken der einzelnen Investments sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Weise bewertet werden können. Zusätzlich wird im Rahmen der gruppenweiten Bewertungsrichtlinien sichergestellt, dass keine externe Bewertung ungeprüft übernommen wird. Auch Ratings von Ratingagenturen werden stets kritisch hinterfragt und die getroffenen Einschätzungen mindestens jährlich überprüft. Darüber hinaus werden auch interne Ratings erstellt.

Bei außergewöhnlichen Anlageaktivitäten, die das Unternehmen erstmalig oder nicht regelmäßig durchführt (z.B. großvolumige Immobilienfinanzierungen, Infrastrukturprojekte oder strukturierte Produkte), wird ein Neuproduktprozess bzw. „Nicht alltägliche Produkte“-Prozess durchlaufen, der die Auswirkungen auf Qualität, Sicherheit, Liquidität und Rentabilität des Portfolios evaluiert.

Für Vermögenswerte, die nicht am regulierten Markt notiert sind, kommen interne, vom Risikomanagement vorgegebene Bewertungsmodelle und Inputparameter zum Einsatz. Sie unterliegen einer besonderen Kontrolle durch die Konzernrevision und den Wirtschaftsprüfer und sind in den Bewertungsrichtlinien beschrieben.

Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente bei der Generali in Deutschland dient in erster Linie der Absicherung von Marktrisiken der Kapitalanlage (vor allem Aktien-, Zins- und Währungsrisiken). Das Risiko aus den Kapitalanlagen darf dadurch nicht erhöht werden, da es sich andernfalls um versicherungsfremdes Geschäft handeln würde. Zudem verfolgt die Generali in Deutschland den Ansatz, möglichst einfache Derivate einzusetzen. So wird bspw. unbedingten Termingeschäften der Vorzug vor derivativen Instrumenten mit Optionscharakter gegeben.

Der interne Anlagekatalog der Unternehmen der Generali in Deutschland definiert eine Vielzahl von unterschiedlichen Anlageformen, die auch Special Purpose Vehicles (SPV) sein können, wie z.B. Asset Backed Securities. Die Kriterien für diese SPV sind im Einklang mit dem „prudent person principle“ definiert worden und werden bei Erfordernis durch einen gesonderten Neuproduktprozess zusätzlich überprüft.

Um das Ziel einer nachhaltig attraktiven, sicherheitsorientierten Verzinsung zu erreichen, wird unter Berücksichtigung von Risikostrategie und Risikotragfähigkeit, der Wettbewerbssituation sowie aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen in jährlichem Rhythmus eine auf die Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen abgestimmte Kapitalanlagenstruktur ermittelt. Dazu wird die Kapitalanlagestrategie mit Hilfe von stochastischen ALM- und SAA-Analysen auf die Zielsetzung und das Geschäftsmodell des Unternehmens abgestimmt und auf Vereinbarkeit mit der Risikotragfähigkeit des Unternehmens ausgerichtet. Dabei berücksichtigt die Kapitalanlagestrategie die aktuelle Bilanz- und Portfoliostruktur der Aktivseite und der Passivseite und strebt eine breite Mischung und Streuung der Kapitalanlagen an. Die Gesellschaft nutzt Diversifikationseffekte und reduziert dadurch Kapitalanlagerisiken, sodass mögliche negative Auswirkungen von Marktschwankungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage begrenzt werden können. Voraussetzung dafür ist, dass das Finanzsystem insgesamt stabil bleibt und sich keine allgemeine Systemkrise entwickelt.

Die Überwachung des Anlagerisikos auf Portfolioebene erfolgt insbesondere im Rahmen der regelmäßigen auch unterjährigen Bewertung und Steuerung der einzelnen Risikotreiber. Hinzu kommen unterjährig die Messung der Limitauslastungen im Top Down-Limitsystem auf Basis des Internen Modells sowie die Überwachung der in den Local Investment Guidelines festgelegten Limitierungen von Risiken für die einzelnen Anlageklassen (Bottom Up-Limitsystem). Bei Limitüberschreitungen greift der festgelegte Eskalationsprozess. Zusätzlich überprüfen die Asset Manager fortlaufend das aktuelle Marktrisiko der ihnen zugewiesenen Investments.

Risikosensitivitäten

Im Rahmen der Sensitivitätsanalysen wurde zusätzlich zu den Ergebnissen zum 31. Dezember 2022 (Basisfall) die Auswirkung verschiedener Annahmen auf die Entwicklung der Eigenmittel und Solvenzkapitalanforderung analysiert. Der Fokus liegt dabei auf Schwankungen am Zins- und Aktienmarkt, da dies wesentliche Marktrisiken der Gesellschaft sind. Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen:

Sensitivitätsberechnungen in Tsd. €

	Anrechenbare Eigenmittel	Veränderung in %	Solvenzkapital- anforderung	Veränderung in %	SCR Quote	Veränderung in %-Pkte
Basisfall	855.638	./.	517.949	./.	165%	./.
Risikofreie Zinskurve +50bp	861.355	1%	468.022	-10%	184%	19%
Risikofreie Zinskurve -50bp	842.118	-2%	569.021	10%	148%	-17%
Aktien +25%	907.035	6%	497.764	-4%	182%	17%
Aktien -25%	810.445	-5%	536.164	4%	151%	-14%

Die Ergebnisse der Sensitivitäten zeigen, dass auch in alternativen ökonomischen Situationen die Solvency-II-Bedeckung der Gesellschaft zum Stichtag 31. Dezember 2022 auf einem auskömmlichen Niveau verbleibt. Im Hinblick auf das volatile Marktumfeld wird die Zinssensitivität der Gesellschaft weiterhin überwacht und gegebenenfalls aktiv reduziert.

C.3 Kreditrisiko

Das Kreditrisiko bezeichnet das Risiko, das sich aufgrund eines Ausfalls (Kreditausfallrisiko) oder einer Veränderung der Bonität (Kreditmigrationsrisiko) oder der Bewertung der Bonität (Kreditspreadrisiko) von Wertpapieremittenten, Versicherungsnehmern, Vermittlern, Gegenparteien und anderen Schuldnern ergibt, gegenüber denen das Unternehmen Forderungen hat.

Das Ausfallrisiko in der Rückversicherung entsteht durch potenzielle Verluste, die durch den Ausfall eines Rückversicherungsunternehmens entstehen. Dies kann zu einem Ausfall von Forderungen gegenüber einem Rückversicherungspartner oder zu einem Verlust der risikomindernden Wirkung von Rückversicherungsvereinbarungen führen.

Risikoexponierung und –bewertung

Die Quantifizierung des Kreditrisikos erfolgt anhand des Internen Modells. Das Kreditrisiko stellt für die Gesellschaft eine materielle Risikokategorie dar. Neben dem Kreditrisiko aus der Kapitalanlage ist noch das Forderungsausfallrisiko wesentlich.

Die wirtschaftlichen Erschütterungen im Jahr 2022 durch den Fortgang der Covid-19-Pandemie und durch den Ukraine-Krieg haben zu großen wirtschaftlichen Schäden in Form von weiterhin beeinträchtigten Lieferketten, steigenden Energiepreisen, Kaufkraftverlust durch hohe Inflationsraten und gesunkene Unternehmensgewinne in vielen Sektoren geführt. Bezogen auf die Kreditrisiken hat dies zu einem Anstieg der Credit Spreads und – auch in Verbindung mit dem gleichzeitigen Zinsanstieg – damit einhergehend zu Marktwertverlusten der betroffenen Titel und gegebenenfalls zu Abschreibungsbedarf geführt. Es besteht das Risiko, dass sich diese negative Entwicklung fortsetzt. Weitere Folgen können Zahlungsschwierigkeiten und Insolvenzen und damit einhergehend Ausfälle von Emittenten sein.

Durch das stark gestiegene Zinsniveau steigen in den Folgejahren die Zinslasten der europäischen Staaten. Dies erhöht auch das Risiko für eine zukünftige erneute Staatsschuldenkrise.

Diese gestiegenen Risiken können zu negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens und der gesamten Generali in Deutschland führen, welche aber durch den etablierten Risikomanagementprozess früh erkannt bzw. durch die Maßnahmen im Rahmen der Risikosteuerung deutlich abgemildert werden können. Unter der Voraussetzung, dass es nicht zu einer Systemkrise kommt, aufgrund des aktiven Risikomanagements sowie unter Berücksichtigung der Diversifikationseffekte der Investmentportfolien wird in Bezug auf das Kreditrisiko keine Gefährdung der Risikotragfähigkeit erwartet.

Die Anlagetätigkeit der COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft zeichnet sich generell durch eine Ausrichtung auf Schuldner hoher Bonität (Investment Grade Rating) und Liquidität sowie durch eine breite Mischung und Streuung aus. Dies führt zu einem hohen Anteil an Staatsanleihen von hoher Bonität und an besicherten Pfandbriefen in ihrem Portfolio.

Die Gesellschaft orientiert sich bei der Neuanlage von Kapitalanlagen am Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht und an ihrer Risikotragfähigkeit, die vor allem mit der Höhe der anrechenbaren Eigenmittel korrespondiert. Somit wird eine jederzeitige Erfüllung dieses Grundsatzes sichergestellt. Die am Rating

gemessene durchschnittliche Kreditqualität hat sich leicht verschlechtert: Um die Ertragslage zu stärken, wurde im letzten Jahr der Investmentanteil im Bereich Private Debt ausgebaut.

In der passiven Rückversicherung sind die wesentlichen Rückversicherungsverträge der Unternehmen der Generali in Deutschland mit der Generali Deutschland AG bzw. der Assicurazioni Generali S.p.A. abgeschlossen. Daneben bestehen noch Verträge von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung mit konzernfremden Rückversicherungen.

Bei Haftungsverhältnissen, sonstigen finanziellen Verpflichtungen und anderen nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften handelt es sich im Wesentlichen um Einzahlungsverpflichtungen aus Beteiligungen, Hypothekendarstellungen, Grundschuldforderungen, Rentenschuldforderungen, Finanzielle Verpflichtungen aus Mietverträgen, sonstigen finanziellen Verpflichtungen sowie um Beiträge zum Sicherungsfonds für Lebensversicherer bzw. alternativ Protektor Lebensversicherungs-AG. Die Gesellschaft ist Mitglied des Sicherungsfonds und hat sich somit in Sanierungsfällen verpflichtet, potenzielle Ansprüche von Versicherungsnehmern gegenüber anderen Gesellschaften abzusichern und damit die Branche zu stärken.

Risikokonzentration

Insgesamt wurden keine auffälligen Konzentrationen identifiziert.

Risikosteuerung und –minderung

Analog zu den Marktrisiken setzt die Gesellschaft auch beim Kreditrisiko als wesentliche Risikominderungstechnik die regelmäßige Bewertung und Steuerung der einzelnen Risikotreiber ein. Wie bei den Marktrisiken basiert diese auf den Ergebnissen des Internen Modells, der Optimierung der Strategischen Asset Allokation (SAA), der Einbindung des Kreditrisikos in das Top Down-Limitsystem und der Limitierung von Risiken innerhalb der Anlageklassen durch detaillierte Vorgaben in den Local Investment Guidelines (Bottom Up-Limitsystem). Des Weiteren erfolgt, wie in Kapitel C.2 beschrieben, ein kritisches Hinterfragen der jeweiligen Ratings im Zuge des Grundsatzes der unternehmerischen Vorsicht.

Das Ausfallrisiko von Forderungen steuert die COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft durch ein effizientes und konsequentes Controlling und Mahnwesen, unter Einbindung aller verantwortlichen Bereiche, ergänzt um ein detailliertes regelmäßiges Reporting an den Gesamtvorstand der Gesellschaft und an die Geschäftsführung der Generali Deutschland Services GmbH (Dienstleistung Cash Services).

Risikosensitivitäten

Im Rahmen der Sensitivitätsanalysen wurde zusätzlich zu den Ergebnissen zum 31. Dezember 2022 (Basisfall) die Auswirkung eines Anstiegs der Credit Spreads für Corporate Bonds auf die Entwicklung der Eigenmittel und Solvenzkapitalanforderung analysiert:

Sensitivitätsberechnungen in Tsd. €

	Anrechenbare Eigenmittel	Veränderung in %	Solvenzkapital- anforderung	Veränderung in %	SCR Quote	Veränderung in %-Pkte
Basisfall	855.638	./.	517.949	./.	165%	./.
Corporate Bond Credit Spread +50bp	837.236	-2%	480.952	-7%	174%	9%

Auch in dieser alternativen ökonomischen Situation verbleibt die Solvency-II-Bedeckung der Gesellschaft zum Stichtag 31. Dezember 2022 auf einem auskömmlichen Niveau.

C.4 Liquiditätsrisiko

Als Liquiditätsrisiko wird die Unsicherheit bezeichnet, die erwarteten oder unerwarteten Zahlungsverpflichtungen des Unternehmens, die aus den Geschäftsaktivitäten entstehen, nicht zeitgerecht vollständig erfüllen zu können. Ursachen des Liquiditätsrisikos liegen vor allem in der Höhe und zeitlichen Staffelung von Zahlungsein- und -ausgängen sowie dem Grad der Liquidierbarkeit von Kapitalanlagen, die für die Begleichung von Zahlungsverpflichtungen potenziell herangezogen werden können.

Risikoexponierung und -bewertung

Die Gesellschaft weist aktuell kein signifikantes Liquiditätsrisiko auf.

Risikokonzentration

Im Liquiditätsrisiko wurde keine wesentliche Risikokonzentration identifiziert.

Risikosteuerung und -minderung

Die Beurteilung des Liquiditätsrisikos in der internationalen Generali Gruppe stützt sich auf Projektionen sowohl der Zahlungsverpflichtungen als auch aller verfügbaren Zahlungsmittel. Es wird überwacht, ob die verfügbaren Liquiditätsquellen die Zahlungsverpflichtungen in der jeweiligen Projektionsperiode jederzeit hinreichend überdecken. Um den verschiedenen Zeithorizonten des Liquiditätsrisikos zu begegnen, sind verschiedene Risikomanagementprozesse zur Risikobewertung und -steuerung eingesetzt.

Bei den Kapitalanlagen liegt der Fokus auf dem Grad der Liquidierbarkeit der Positionen des Investment-Portfolios. Dabei wird ermittelt, welche liquiden marktgängigen Assets im Bedarfsfall unverzüglich veräußert werden können, ohne das Unternehmen unter IFRS-Rechnungslegung zu belasten. Die Berechnung von Liquiditätsindikatoren erfolgt konsistent zum strategischen Planungsprozess, in dem detaillierte Projektionen von Zahlungsflüssen und Bestandsgrößen erstellt werden. Siehe hierzu auch Kapitel D.

Das Management des Liquiditätsrisikos auf täglicher Basis beinhaltet vor allem die folgenden risikomindernden Aktivitäten:

- Vermeidung bzw. Beseitigung von Überhängen aus Zahlungsein- und -ausgängen, die aus der operativen Geschäftstätigkeit oder sonstigen Zahlungsflüssen entstehen,
- Vermeidung bzw. Beseitigung von Liquiditätslücken, die aus dem Management der Kapitalanlagen des Unternehmens entstehen,
- Vorhalten hinreichender operativer Liquiditätspuffer.

Die prospektive Risikobewertung teilt sich in eine kurz- und mittelfristige Sicht. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko betrifft einen Zeitraum von einem Monat. Es entsteht aus den regulären Geschäftstätigkeiten und besteht darin, dass die liquiden Mittel innerhalb des Betrachtungszeitraums nicht ausreichen. Um Liquiditätsengpässe zu vermeiden, werden die erwarteten Zahlungsströme monatlich aktualisiert, das Niveau der liquiden Kapitalanlagen gemessen und potenzielle finanzielle Verluste, im Fall von kurzfristig erforderlichen Verkäufen von Kapitalanlagepositionen, bestimmt.

Das mittelfristige Liquiditätsrisiko betrifft einen Zeitraum von zwölf Monaten und wird im Liquiditätsrisikomodell der internationalen Generali Gruppe quantifiziert. Dabei fließen neben den Zahlungsein- und -ausgängen von Kapitalanlagen und Versicherungsnehmern (z.B. Prämienzahlungen oder Leistungen) auch Informationen über den Kapitalanlagenbestand und dessen Liquiditätsstruktur mit ein.

Risikosensitivität

Zur Einschätzung der Risikosensitivität wird als Frühwarnindikator ein kombiniertes Stressszenario mit einem erhöhten Liquiditätsbedarf unterstellt, das unter anderem einen deutlichen Anstieg von Zahlungen für Versicherungsfälle sowie Belastungen seitens des Kapitalmarkts (Aktienkursrückgang, Zins- und Spreadanstieg) beinhaltet. Im Ergebnis stehen auch in einem solchen Stressszenario ausreichend liquide Mittel zur Verfügung.

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn

Hinsichtlich eines potenziellen Risikos aus mangelnder Liquidität ist in der ökonomischen Betrachtung die Liquidierbarkeit des Versicherungsportfolios und somit die Höhe des einkalkulierten Gewinns aus zukünftigen Prämien (expected profits in future premiums, EPIFP) von Bedeutung. Dieser erwartete Gewinn entspricht dem erwarteten Barwert künftiger Zahlungsströme, die daraus resultieren, dass künftige Prämien aus bestehenden Versicherungsverträgen in die Berechnungen der versicherungstechnischen Rückstellungen aufgenommen werden. Bei dieser Berechnung wird nicht berücksichtigt, dass diese Prämien möglicherweise aufgrund gesetzlicher und vertraglicher Möglichkeiten der Versicherungsnehmer, ihre Verträge zu beenden, nicht fließen werden.

Der EPIFP (Bruttowert) der Gesellschaft wurde gemäß den Vorschriften der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35 per 31. Dezember 2022 berechnet und beträgt 511.473 Tsd. € (Vj. 291.521 Tsd. €).

C.5 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen sowie aus mitarbeiter- und systembedingten oder aber externen Vorfällen. Das operationelle Risiko umfasst zudem Rechtsrisiken, nach unserer Definition jedoch nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Operationelle Risiken sind ein unvermeidlicher Bestandteil der täglichen Geschäftstätigkeit. Dementsprechend wird mittels eines zweistufigen Verfahrens das Risikoprofil der Gesellschaft im Hinblick auf operationelle Risiken erfasst:

- Overall Risk Assessment: In diesem Schritt führen die Compliance und Risikomanagement-Funktion Interviews mit den Risikoverantwortlichen, um alle Risiken innerhalb des aktuellen operationellen Risikokatalogs zu bewerten und die materiellen Risiken der Gesellschaft zu ermitteln. Diese Bewertung basiert auf einer qualitativen (Potential Risk Exposure und Control System Adequacy) und quantitativen (Value at Risk) Einstufung des Risikos.
- Scenario Analysis: Die als materiell eingestufteten Risiken werden im Rahmen von weiteren Experteninterviews tiefergehend plausibilisiert, sodass sie in einem nächsten Schritt in der Modellberechnung verwendet werden können.

Des Weiteren wurde die systematische und zeitnahe Erfassung von Verlustereignissen (sog. Loss Data Collection) im Jahr 2022 weiterentwickelt. Eine zentralisierte Bewertung der Datenbasis hilft, zielgerichtet Risikovermeidungs- bzw. Risikominderungsmaßnahmen einzurichten.

Unabhängig davon findet in Bezug auf die operationellen Risiken und die Ergebnisse der Risikoinventur stets eine ganzheitliche Betrachtung aller Risiken statt. D.h. Risiken, die in der Risikoinventur als besonders hoch eingeschätzt werden, wie z.B. Unzureichende Datensicherheit/Cyber-Attacken und die zunehmend sehr kurzfristigen regulatorischen Änderungen mit kurzen Umsetzungsfristen hinsichtl. Produktentwicklung und -dokumentation werden auch im Bereich der operationellen Risiken entsprechend hoch bewertet und im Hinblick auf das Risikoprofil professionell gemanagt.

Rechtliche Risiken

Gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorgaben können erhebliche Auswirkungen auf das Unternehmen haben. Die aktuelle Rechtsprechung und Gesetzgebung auf nationaler und europäischer Ebene werden kontinuierlich beobachtet. Dadurch ist es möglich, die Rechtsrisiken zu steuern. Das Rechtsmonitoring, unterstützt durch eine aktive Verbands- und Gremienarbeit, erfolgt sowohl durch die einzelnen Fachbereiche auf Unternehmensebene als auch fachbereichsübergreifend, insbesondere durch die Bereiche General Counsel, Compliance, Steuern, Rechnungswesen und Datenschutz. Darüber hinaus sind die Vorstände bzw. Geschäftsführer und Mitarbeiter an den Code of Conduct gebunden, der verbindliche Verhaltensregeln statuiert und damit die Grundlage für eine korrekte Geschäftstätigkeit zur Wahrung der Integrität der Generali in Deutschland bildet.

Policenmodell / § 5a VVG a.F. / Antragsmodell § 8 VVG a.F.

Nach einem Vorabentscheidungsersuchen des Bundesgerichtshofs (BGH) hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 19. Dezember 2013 entschieden, dass § 5 a Abs. 2 Satz 4 VVG a. F. (Erlöschen der Widerspruchsfrist im Policenmodell ein Jahr nach Zahlung der ersten Prämie) mit lebensversicherungsspezifischen Regelungen der zweiten und dritten Richtlinie Lebensversicherung nicht vereinbar ist. Der Bundesgerichtshof hat hierzu am 7. Mai 2014 entschieden, dass das Erlöschen des Widerspruchsrechts ein Jahr nach Zahlung der ersten Prämie im bis Ende 2007 geltenden Versicherungsvertragsgesetz (VVG) im Anwendungsbereich der zweiten und dritten Lebensversicherungsrichtlinie nicht anzuwenden ist. Im Falle fehlender oder fehlerhafter Widerspruchsbelehrungen bzw. unzureichender Verbraucherinformationen nach § 10a VAG a. F. steht den Versicherungsnehmern das Widerspruchsrecht danach grundsätzlich noch zu. Die gegen die BGH-Urteile eingelegten Verfassungsbeschwerden wurden vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) nicht zur Entscheidung angenommen.

Darüber hinaus hat der BGH am 17. Dezember 2014 entschieden, dass § 8 Abs. 4 Satz 4 und § 8 Abs. 5 Satz 4 VVG a.F. (Erlöschen des Rücktrittsrechts im Antragsmodell ein Monat nach Zahlung der ersten Prämie) richtlinienkonform einschränkend dahingehend auszulegen sind, dass diese Regelungen im Bereich der Lebens- und Rentenversicherung und der Zusatzversicherung zur Lebensversicherung nicht anwendbar sind. Infolge der unwirksamen Ausschlussfrist bei nicht ordnungsgemäßer Belehrung ist bei Rücktritt das Versicherungsverhältnis rückabzuwickeln. Gemäß BGH-Entscheidung kann für das Rücktrittsrecht nach dem Antragsmodell nichts anderes gelten als für das Widerspruchsrecht nach dem Policenmodell, falls der Versicherungsnehmer nicht ordnungsgemäß belehrt bzw. informiert wurde. Die gegen diese Rechtsprechung gerichteten Verfassungsbeschwerden wurden zurückgenommen.

Seit seiner Entscheidung vom 7. Mai 2014 hat der BGH sich bereits in mehreren Einzelfällen mit der Rückabwicklung von Versicherungsverträgen auseinandergesetzt. Er hat dabei sowohl weitere Feststellungen zur bereicherungsrechtlichen Rückabwicklung getroffen als auch in einigen Einzelfällen bereits Verwirkungstatbestände festgestellt, aufgrund derer er im Ergebnis einen Rückabwicklungsanspruch des Versicherungsnehmers abgelehnt hat. Die bislang vorliegende Rechtsprechung zur Verwirkung des „ewigen“ Widerspruchsrechts ist bis dato uneinheitlich. Mit Beschluss vom 23. Januar 2018 hat der BGH hervorgehoben, dass die Feststellung der Verwirkung im Einzelfall dem Tatrichter obliegt und vom BGH nur eingeschränkt überprüfbar ist. Diese Linie hat der BGH auch nochmal in einem Beschluss vom 3. Juni 2020 bekräftigt und festgestellt, dass die Geltendmachung des Widerspruchsrechts bei unzureichender Belehrung oder Informationserteilung nur ausnahmsweise Treu und Glauben widersprechen und damit unzulässig sein kann, wenn besonders gravierende Umstände des Einzelfalls vorliegen, die vom Tatrichter festzustellen sind.

Nicht abschließend geklärt ist gegenwärtig die Frage, ob die in dem EuGH-Urteil vom 9. September 2021 aufgestellten Grundsätze, die sich auf den Bereich des Verbraucherkreditrechts beziehen, auch auf den Versicherungsbereich übertragbar sind. In diesem Urteil hatte sich der EuGH bezüglich der Möglichkeit des Einwandes der Verwirkung bei nicht ordnungsgemäßer Belehrung äußerst restriktiv positioniert. Die

weit überwiegende Mehrheit der Instanzgerichte lehnt eine solche Übertragbarkeit auf den Versicherungsbereich ab, eine höchstrichterliche Klärung bzw. Entscheidung durch den EuGH steht hierzu noch aus.

In einer Entscheidung vom 18. Juli 2018 hat der BGH den Fall einer unvollständigen Verbraucherinformation nach § 10a VAG a.F. bei Antragstellung als Abschluss im Policenmodell behandelt. Aufgrund der fehlenden Belehrung über das dann geltende Widerspruchsrecht musste der Vertrag rückabgewickelt werden.

Wann eine Belehrung nach dem Policenmodell bzw. Antragsmodell als ordnungsgemäß oder fehlerhaft bzw. eine Verbraucherinformation als unzureichend anzusehen ist, wird von der Rechtsprechung nicht einheitlich beurteilt. Die in der Vergangenheit verwendeten Belehrungstexte und Gestaltungen variieren. Insofern variiert das Rückabwicklungsrisiko ebenfalls in Abhängigkeit des jeweiligen Versicherungsunternehmens und des zugrundeliegenden vertragsabhängigen Abschlussverfahrens. Die Gesellschaft ist hiervon nur unwesentlich betroffen.

Risiken aus Stör- und Notfällen

Schwerwiegende Ereignisse wie der Ausfall von Mitarbeitern, Gebäuden, kritischen Dienstleistern sowie der IT-Systeme können wesentliche operative Geschäftsprozesse oder die Reputation des Unternehmens gefährden. Im Rahmen der IT-Notfallplanung wird Vorsorge für Störfälle, Notfälle und Krisen, welche die Aufrechterhaltung der wichtigsten Unternehmensprozesse und -systeme gefährden können, getroffen. Im Rahmen des Business Continuity Managements (BCM) wird für einen möglichen Gebäudeausfall Ausweichlokationen oder Strategien und Pläne für einen übermäßigen Ausfall des Personals festgelegt und Wiederanlaufzeiten geschäftskritischer Prozesse, einschließlich der Prozesse, die an dienstleistende Unternehmen ausgelagert sind, bestimmt. Ziel der IT-Notfallplanung ist es, die Geschäftstätigkeit mit Hilfe von definierten Verfahren aufrechtzuerhalten und Personen, Sachwerte sowie Vermögen zu schützen.

Welche organisatorischen und technischen Maßnahmen in einem IT-Notfall unternommen werden, um die Verfügbarkeit der kritischen Services sicherzustellen, ist in einem „Disaster Recovery Plan“ (kurz DRP) beschrieben. Der DRP unterstützt die Steuerung und Handhabung unerwarteter Ereignisse, die von einer solchen Tragweite sind, dass sie außergewöhnliche Maßnahmen erfordern.

Im Jahr 2022 wurden die Prozesse und Maßnahmen aus dem BCM auf Basis der durch jedes Versicherungsunternehmen bearbeiteten Business Impact Analyse aktualisiert. Sämtliche BCM-Pläne (Wiederanlaufpläne, Notfallpläne) entsprechen somit dem Status Quo. Der Prozess „Continuity Management“ wurde im Rahmen der International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3402 Prüfung extern geprüft und ohne Auffälligkeiten positiv bewertet.

Im Mai 2022 wurde bei einem umfassenden zweitägigen Notfalltest der IT-Notbetrieb mit Beteiligung von etwa 250 Kolleginnen und Kollegen aus den Geschäftsbereichen und der IT der Generali in Deutschland erfolgreich durchgeführt. Bei diesem IT-Notfalltest wurde die Außerbetriebnahme eines Rechenzentrums simuliert und die Bereitstellung von kritischen IT-Services ausschließlich aus dem Ausweichrechenzentrum intensiv getestet. Der erfolgreiche Notfalltest konnte den störungsfreien Betrieb der Anwendungssysteme im Notbetrieb verifizieren, wodurch die Angemessenheit und Wirksamkeit der Notfallvorsorge nachgewiesen werden konnte. Auch der Rücksprung in den Normalbetrieb verlief ohne Störungen.

Risiken zur Informationssicherheit

Anforderungen zur Informationssicherheit in der Generali in Deutschland werden übergreifend durch den Chief Information Security Officer (CISO) der Generali in Deutschland gesteuert. Die IT-Abteilung der Generali in Deutschland und, soweit es sich um IT-Infrastruktur handelt, die Generali Operations Service Platform S.r.l. (GOSP) sind für alle Aufgaben im Bereich IT-Systeme der Generali in Deutschland im Rahmen der Auftragsverarbeitung zuständig. Dort identifizierte Risiken fließen in das Risikomanagementsystem der

Generali Gruppe ein. Hierdurch sind effiziente und effektive Instrumente, um Informationssicherheitsrisiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und zu steuern, gewährleistet.

Im Geschäftsjahr 2022 konnte im Bereich der Generali in Deutschland eine im Vergleich zu den Vorjahren vergleichbare Anzahl an Sicherheitsvorfällen festgestellt werden. Insbesondere die weiter ansteigende Anzahl an bekannten Schwachstellen in genutzten Softwareprodukten sowie die hieraus resultierenden Auswirkungen auf die IT-Supply-Chain, die große Anzahl und die Kombination von verfügbaren Angriffsmethoden (z.B. Identitätsdiebstahl, Phishing, Ransomware etc.) bedeuten eine hohe Gefährdung auch für die Generali in Deutschland. In 2022 konnten die ergriffenen Maßnahmen zum Schutz vor Computerviren, Cyber-Attacken und Hacker-Angriffen und zur Erkennung und Beseitigung von Schwachstellen und Angriffen jedoch Störungen mit nennenswerten Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb verhindern. Dies schließt eine erhöhte Aufmerksamkeit für Cyberbedrohungen im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine ein.

Direkte Angriffe mit Schad-Software wurden zeitnah erkannt und erfolgreich abgewehrt. Die steigende Anzahl von Cyber-Attacken (inkl. der unentdeckten Cyberexponierung, dem sog. Silent Cyber) stellt ein branchenweites Risiko in den heute stark vernetzten Informationssystemen sowie den digitalen Portalen dar. Wir sind uns dessen bewusst und begegnen diesem Risiko mit der größtmöglichen Aufmerksamkeit. Auch der Gesetzgeber und die Aufsichtsbehörden reagieren mit erweiterten Vorgaben auf diese Bedrohungslage, insbesondere:

- Europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO, wirksam seit dem 25. Mai 2018)
- Erweiterung der versicherungsaufsichtlichen Anforderungen an die IT (VAIT) der BaFin (Rundschreiben 10/2018 in der Fassung vom 3. März 2022). Diese Neufassung setzt EU-Vorgaben für Deutschland um, enthält ein neues Modul zum IT-Notfall-Management und eines zur operativen IT-Sicherheit sowie inhaltliche Änderungen in allen bestehenden Modulen.
- Melde- und Zertifizierungspflichten für „Kritische Infrastrukturen“ (neue Fassungen des zugrunde liegenden IT-Sicherheitsgesetzes und der zugehörigen KRITIS-Verordnung wurden in 2021 gültig).
- Auf EU-Ebene wurde der „Digital Operational Resilience Act“ (DORA) in der Finanzwirtschaft zwischenzeitlich verabschiedet. Ziel dieser voraussichtlich Mitte Januar 2025 greifenden Regulierung ist es, notwendige Sicherheitsmaßnahmen und einen ausreichenden Schutz gegen Cyber-Attacken sicherzustellen.

Maßnahmen zur Verbesserung der Risikosituation in der Informationssicherheit

Basis zur Gewährleistung und Verbesserung der Informationssicherheit ist das integrierte Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS). Auch im Jahr 2022 wurde dieses System unter besonderer Berücksichtigung der Cyber Security weiter gestärkt und ausgebaut. Basis für diesen umfangreichen Ausbau waren und sind Vorgaben, insbesondere durch:

- das Generali Internal Regulation System (GIRS) und insbesondere die dort enthaltenen Guidelines zur Information Security
- die europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)
- die von der BaFin definierten „Versicherungsaufsichtlichen Anforderungen an die IT“ (VAIT)
- und das IT-Sicherheitsgesetz/BSI Gesetz

In 2022 wurde zur ganzheitlichen Steuerung aller Sicherheitsbelange eine zentrale Organisationseinheit „Chief Security Officer“ etabliert, die auch die in 2021 eingerichtete Funktionseinheit „Chief Information Security Officer“ (CISO) umfasst. Diese Organisationseinheit regelt für alle Unternehmen der Generali in Deutschland die zentralen Vorgaben, Methoden und deren Durchführung im Bereich Sicherheit und umfasst die Teilbereiche Informationssicherheit, physische- und Unternehmenssicherheit sowie Management von Identitäten und Berechtigungen. Innerhalb der IT wurde der Bereich der operativen IT-Sicherheit ausgebaut. Die reibungslose und effiziente Zusammenarbeit der beteiligten Funktionen im Bereich der

Informationssicherheit gewährleistet die Informationssicherheitskonferenz, die im monatlichen Rhythmus oder bei Bedarf die Informationssicherheitslage der Generali in Deutschland analysiert, bewertet und entsprechende Maßnahmen initiiert. Die Ergebnisse werden dem Chief Operating Officer (COO), dem Chief Security Officer (CSO) und dem IT-Management berichtet. Darüber hinaus wird ein regelmäßiger monatlicher Sicherheitsstatusbericht erstellt und ebenfalls dem Chief Operating Officer (COO), dem Chief Security Officer (CSO) sowie dem IT-Management zur Verfügung gestellt.

Weitere Maßnahmen-Schwerpunkte im Jahr 2022 waren an alle Mitarbeiter der GD-Gruppe gerichtete Schulungsmaßnahmen (Bereitstellung eines neuen obligatorischen Moduls zur in 2021 gestarteten Online-Schulung zur Cyber-Sicherheit und quartalsweise Übungen zum Erkennen von Phishing Mails) und die aktive Mitarbeit bei der Prävention und Abwehr von Cyber Incidents. Im Rahmen von Maßnahmen der internationalen Gruppe (das in 2022 endende Cyber Security Transformation Program und das in 2022 gestartete Security Strategic Program) werden die Sicherheitsmaßnahmen verbessert und erweitert.

So wurden unter anderem ein Service zur Erkennung von Phishing Mails, Warnhinweise für externe E-Mails („External Tagging“) und eine Multifaktorauthentifizierung für Microsoft 365 eingeführt, Penetrationstests und Vulnerability Management wurden ausgebaut.

Das integrierte IT-Sicherheits-Managementsystem (ISMS) und die darin enthaltenen Sicherheitsvorgaben werden laufend weiterentwickelt und angepasst. Neben der Anpassung der Regelungen an die geänderte Organisation und die aktualisierten Vorgaben der internationalen Gruppe wurde eine Überarbeitung der Schutzbedarfsfeststellung durchgeführt und die Erstellung eines umfassenden Sollmaßnahmenkatalogs, der dann die Basis für die jährlichen internen Sicherheitsprüfungen bilden wird, begonnen.

Betrugsrisiko

Wie alle Wirtschaftsunternehmen unterliegt die Gesellschaft der Gefahr, durch interne sowie externe wirtschaftskriminelle Handlungen Vermögens- bzw. Reputationsverluste zu erleiden. Um einer nachhaltigen Schädigung des Unternehmens präventiv entgegenwirken und betrügerische Handlungen aufklären zu können, wird das Interne Kontroll- und Compliance-System diesbezüglich kontinuierlich weiterentwickelt. Zudem werden die Anstrengungen weiter verstärkt, mögliche Betrugsversuche durch Externe zu erkennen und zu vermeiden, unter anderem durch den Ausbau eines spartenübergreifenden Informations- und Know-how-Transfers auf anonymisierter Basis sowie der Einrichtung eines Anti-Fraud-Management-Arbeitskreises.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Strategisches Risiko

Strategische Risiken entstehen, wenn sich Veränderungen im Unternehmensumfeld (inklusive Gesetzesänderung und Rechtsprechung) und/oder interne Entscheidungen nachteilig auf die zukünftige Wettbewerbsposition des Unternehmens oder der Generali in Deutschland auswirken können. Durch die vierteljährliche Berichterstattung unterliegen diese Risiken ebenfalls der Beobachtung des Risikomanagements.

Herausforderungen in der Branche

Die aktuellen Herausforderungen in der Versicherungsbranche

- starker und von hoher Volatilität geprägter Zinsanstieg
- hohe Inflation bei rückläufigem Wachstum, drohende Rezession
- veränderte geopolitische Rahmenbedingungen, insbesondere aufgrund des Ukrainekrieges
- Digitalisierung, Cybersicherheit und
- die Auswirkungen von Naturkatastrophen aufgrund des Klimawandels und der Covid-19-Pandemie

haben einen nachhaltigen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung und das Geschäftsmodell der Gesellschaft.

Die mittelfristige Strategie „Generali Deutschland Lifetime Partner 24“ der GD Gruppe umfasst das übergeordnete Ziel, Lifetime Partner für Kunden und Vertriebspartner zu sein.

Basierend auf der internationalen Strategie der Assicurazioni Generali für die Jahre 2022–2024 wurden folgende Ziele definiert:

- Förderung von nachhaltigem Wachstum
- Verbesserung des Ertragsprofils
- Ausbau innovativer Lösungen

Neben dem beschriebenen Strategieprojekt sind diverse Projekte zur Umsetzung regulatorischer Anforderungen eingerichtet (z.B. IFRS 9, IFRS 17), die ebenfalls zusätzliche Umsetzungskapazitäten (insb. IT-Kapazitäten) benötigen. Vor diesem Hintergrund der zunehmenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurde ein stringentes Multi-Projektmanagement inkl. sinnvoller Priorisierung und enger Begleitung durch das Top-Management etabliert, um nachhaltig die Bereitstellung angemessener Ressourcen sowie die Sicherstellung der operativen Stabilität zu gewährleisten.

Lebensversicherung

In der Lebensversicherung führen die veränderten Rahmenbedingungen im ökonomischen Umfeld zu großen Veränderungen: Der insgesamt starke aber auch von hoher Unsicherheit geprägte Zinsanstieg entlastet die Finanzierung der Garantien in den Portfolien der Lebensversicherer, führt aber auch zu deutlichen stillen Lasten bei den festverzinslichen Wertpapieren. Diese Entwicklung könnte mittelfristig nachhaltig Einfluss auf die Geschäftsentwicklung und das Geschäftsmodell der gesamten Branche haben. Die Gesellschaft sieht im Bestands- und Neugeschäft die aktuelle Zinssituation und die Bedeutung für die gegebenen Garantien als strategisches Risiko aktuell nur schwer vorhersehbar ist, insbesondere aufgrund der Entwicklung an den Kapitalmärkten durch geo- und wirtschaftspolitische Unsicherheit und steigender Inflationsraten.

Insgesamt befindet die Gesellschaft sich mit dem Fokus auf Absicherung biometrischer Risiken sowie auf die fondsgebundene Lebensversicherung in einer guten Position, da sich der Rohüberschuss zu großen Anteilen aus biometrischen Bestandteilen zusammensetzt bzw. das Anlagerisiko nicht vom Versicherungsunternehmen getragen wird. Der beobachtete Zinsanstieg entlastet darüber hinaus auch die Risikotragfähigkeit in der traditionellen Lebensversicherung. Nichtsdestotrotz bedeuten die aktuellen ökonomischen Entwicklungen für Lebensversicherer einen hohen Grad an Unsicherheit und damit einhergehend neue Herausforderungen hinsichtlich Kapitalanlagenmanagement, sowie Bestands- und Neugeschäftsentwicklung.

Vertrieb

Die Sicherung der Vertriebskraft ist ein essenzieller Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens und ein Kernelement der Strategie. Aus diesem Grund bietet die Gesellschaft attraktive Produkte an, die sich an den Bedürfnissen der Kunden orientieren. Durch zusätzliche Produkte pro Kunde (Cross-Selling) oder die Erweiterung des Leistungsumfangs pro Kunde (Up-Selling) ergeben sich zusätzliche Vertriebspotenziale.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko bezeichnet das Risiko eines Unternehmens, einen Imageschaden bei Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären sowie Aufsichtsbehörden und dadurch potenzielle Verluste zu erleiden. Die Produkt- und Unternehmensratings der Unternehmen der Generali in Deutschland, die gezielte Kundenkommunikation und das aktive Reputationsmanagement sind dabei entscheidende Faktoren, um Imageschäden für die Generali in Deutschland präventiv entgegenzutreten.

Da theoretisch jede Aktivität der Gesellschaft und der Generali in Deutschland zu Reputationsverlusten führen kann und Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Risikokategorien bestehen, ist ein aktives Reputationsmanagement von großer Bedeutung. Die Kommunikationseinheit der Generali in Deutschland

beobachtet sämtliche Aktivitäten der Gesellschaft sowie der Generali in Deutschland im Hinblick auf mögliche Reputationsrisiken. Ziel ist es, Reputation und Image gegenüber allen relevanten Anspruchsgruppen kontinuierlich auszubauen. Als Onlineversicherer ist zudem das Risiko der Nichterreichbarkeit infolge einer unzureichenden Systemverfügbarkeit von IT bzw. Telefonie von besonderer Bedeutung. Darüber hinaus wird das Risiko hinsichtlich des Aspekts des Klimawandels und dem Risiko des sog. „Greenwashing“ innerhalb des qualitativen Risikomanagementsystems laufend überwacht.

Ansteckungsrisiko

Das Ansteckungsrisiko umfasst das Risiko, das sich von anderen Risikokategorien in einer Konzerngesellschaft ableitet und auf die Unternehmen der Generali in Deutschland ausbreiten kann. Darüber hinaus können auch durch externe Einflüsse Ansteckungsrisiken entstehen (Branchenrisiko).

Durch eine einheitliche, unternehmensübergreifende Konzernrisikoinventur und ein zentrales Risikomanagement werden Risiken und deren potenzielle Wechselwirkungen für die gesamte Gruppe eruiert und in die Risikoberichterstattung aufgenommen. Somit können bei Erfordernis rechtzeitig geeignete Maßnahmen ergriffen werden.

Emerging Risks

Emerging Risks beziehen sich dagegen auf neue Risiken infolge von Veränderungen des internen oder externen Umfelds. Wesentliche Treiber der sich ändernden Risikolandschaft umfassen neue wirtschaftliche, technologische, gesellschaftspolitische, rechtliche und ökologische Entwicklungen; die wachsenden Interdependenzen zwischen diesen Bereichen können darüber hinaus zu einer verstärkten Anhäufung von Risiken führen. Risiken dieser Art können zu einem Anstieg der Risikoexposition bereits definierter Risikoarten führen oder die Definition neuer Risikokategorien erfordern. Ein besonderes Augenmerk soll auf sogenannte ESG-Faktoren (Environmental, Social and Governance) gelegt werden, die oft mit Emerging Risks verbunden sind. Hierbei ist anzumerken, dass ESG-Faktoren für mehrere Risikokategorien relevant sind, nicht nur für Emerging Risks. Ansteckungsrisiko und Emerging Risks sind in den Risikomanagementprozess der Generali in Deutschland integriert und werden in den Risikomanagementgremien erörtert.

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden die wesentlichen Emerging Risks mit einer Verbindung zur Versicherungswirtschaft regelmäßig diskutiert. Auf dieser Basis können entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden, sofern es aufgrund einer veränderten Sachlage erforderlich ist.

Nachhaltigkeitsrisiko

Das Nachhaltigkeitsrisiko bezeichnet die Risiken, die auf den – gemäß Del. Reg. (EU) 2021/1256 – definierten Nachhaltigkeitsfaktoren Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte sowie Korruptions- und Bestechungsbekämpfung beruhen. Die Nachhaltigkeitsrisiken werden im Rahmen des qualitativen Risikomanagementprozesses analog zu den Risiken, die nicht explizit quantifiziert werden oder einer weiteren qualitativen Betrachtung bedürfen (Liquiditätsrisiko, strategisches Risiko, Reputationsrisiko, Ansteckungsrisiko und Emerging Risks) berücksichtigt und mit entsprechenden Maßnahmen unterlegt.

C.7 Sonstige Angaben

Es bestehen keine über die Informationen aus den Abschnitten C.1 bis C.6 hinausgehenden geforderten Angaben zum Risikoprofil.

D Bewertung für Solvabilitätszwecke

Grundsätzliche Prinzipien zur Ermittlung der ökonomischen Werte

Der ökonomische Wert eines Vermögenswertes ergibt sich zum Stichtag als der Betrag, zu dem er zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden kann (§ 74 Abs. 2 VAG). Der ökonomische Wert einer Verbindlichkeit entspricht dem Betrag, zu dem er zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern übertragen oder beglichen werden kann (§ 74 Abs. 3 VAG).

Sofern die Bewertungsvorschrift eines International Financial Reporting Standards (IFRS) mit diesen Prinzipien in Einklang steht, wird zur Bewertung eines Vermögenswertes oder einer Verbindlichkeit auf den jeweils maßgeblichen IFRS zurückgegriffen (Art. 9 Abs. 2 der DVO).

Bei der Ermittlung eines ökonomischen Wertes wird folgende Bewertungshierarchie eingehalten (Art. 10 der DVO):

- Bewertung zum Marktpreis, der an einem aktiven Markt für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten notiert ist.
- Bewertung zum Marktpreis, der an einem aktiven Markt für ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten notiert ist, wobei den Unterschieden zu den ähnlichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten durch entsprechende Berichtigungen Rechnung getragen wurde.
- Bewertung nach einer alternativen Bewertungsmethode, die so weit wie möglich auf relevanten Marktdaten basiert.
- Bewertung nach einer alternativen Bewertungsmethode (angepasste Equity-Methode oder IFRS Equity-Methode), für die keine relevanten Marktdaten beobachtbar waren. Hierbei wird auf alternative Parameter (z.B. erwarteter Jahresüberschuss gemäß Unternehmensplanung), Bewertungsmodelle (Mark-to-Model) bzw. Expertenschätzungen zurückgegriffen.

Bewertungsprinzipien zur Ermittlung in der handelsrechtlichen Rechnungslegung

Die Vermögenswerte werden grundsätzlich mit den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet (§ 255 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 S. 1 HGB). Bei allen Vermögenswerten wird das Wertaufholungsgebot beachtet (§ 253 Abs. 5 HGB). Für die Verbindlichkeiten wird der Erfüllungsbetrag und für die Rückstellung der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendige Erfüllungsbetrag angesetzt (§ 253 Abs. 1 S. 2 HGB).

D.1 Vermögenswerte

In der folgenden Tabelle werden die ökonomischen Werte und die handelsrechtlichen Buchwerte der Vermögenswerte gegenübergestellt. Die Darstellung orientiert sich an den Berichtsformularen des quantitativen Berichtswesens. Veränderungen bezüglich der Ansatz- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr ergaben sich nicht.

Um die ökonomischen Werte und die handelsrechtlichen Buchwerte in dieser Darstellung besser vergleichen zu können, wurden bei den hier ausgewiesenen handelsrechtlichen Buchwerten in Einzelfällen andere Brutto- und Nettoausweise gegenüber dem Jahresabschluss vorgenommen. Dadurch lässt sich die hier ausgewiesene Summe der handelsrechtlichen Vermögenswerte nicht mit der Bilanzsumme im Jahresabschluss abstimmen.

Vermögenswerte in Tsd. €

	Ökonomischer Wert		Handelsrechtlicher Wert	
	2022	2021	2022	2021
Immaterielle Vermögenswerte	0	0	9.998	5.519
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	30.973	30.758	26.645	27.833
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	11.749.843	15.270.047	14.390.508	14.294.578
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	8.445	8.349	6.777	7.085
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	119.421	0	114.810	0
Aktien	430.287	319.869	335.783	246.564
Aktien - notiert	0	0	0	0
Aktien - nicht notiert	430.287	319.869	335.783	246.564
Anleihen	6.521.537	9.601.771	8.584.882	8.969.574
Staatsanleihen	3.241.923	5.071.919	4.495.472	4.401.479
Unternehmensanleihen	3.002.388	4.227.389	3.773.668	4.263.260
Strukturierte Schuldtitel	168.918	174.844	206.105	175.181
Besicherte Wertpapiere	108.307	127.619	109.637	129.655
Organismen für gemeinsame Anlagen	4.540.036	5.299.706	5.219.639	5.032.476
Derivate	118	352	-1.383	-1.120
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	130.000	40.000	130.000	40.000
Sonstige Anlagen	0	0	0	0
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	1.903.861	2.277.253	1.903.861	2.277.253
Darlehen und Hypotheken	258.714	312.848	266.049	293.992
Policendarlehen	13.124	14.674	13.124	14.674
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	1.096	1.265	27.809	44.317
Sonstige Darlehen und Hypotheken	244.495	296.908	225.116	235.000
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	-13.940	-20.837	28.852	32.112
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	-13.940	-20.837	0	0
Nach Art der Lebensversicherung betriebene Krankenversicherungen	-5.162	-12.411	0	0
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	-8.777	-8.426	0	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	12.504	19.085	12.504	19.085
Forderungen gegenüber Rückversicherern	0	0	0	0
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	80.243	36.427	79.967	36.154
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	105.225	70.661	105.225	70.661
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	81.069	103.885	82.524	105.573
Vermögenswerte insgesamt	14.208.493	18.100.126	16.906.133	17.162.759

Immaterielle Vermögenswerte

Gemäß den Bewertungsvorschriften von Solvency II wird für immaterielle Vermögenswerte ein Wert von null angesetzt (Art. 12 DVO). Handelsrechtlich wurden selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens im laufenden Geschäftsjahr erstmals gemäß § 255 Abs. 2a HGB mit den auf ihre Entwicklung entfallenden Herstellungskosten bewertet (abzüglich planmäßiger Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 HGB über die gewöhnliche Nutzungsdauer).

Die unter den immateriellen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Software-Nutzungsrechte wurden handelsrechtlich mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen über die gewöhnliche Nutzungsdauer bewertet.

Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf

Immobilien

Immobilien, die sowohl eigen- als auch fremdgenutzt sind, werden nach Solvency II in der Solvabilitätsübersicht entsprechend ihrer Nutzungsart aufgeteilt. Der handelsrechtliche Ausweis wurde dementsprechend angepasst, um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Der ökonomische Wert entspricht dem beizulegenden Zeitwert i.S.d. IFRS 13. Die Ermittlung der Zeitwerte der Grundstücke und Bauten zum Bilanzstichtag erfolgt jährlich durch namhafte Gutachter. Alle drei Jahre erfolgt ein Wechsel des Gutachters. Als Bewertungsmethode wird ein ertragsorientiertes Verfahren herangezogen. Die Bewertung von Immobilien, für die vor dem Bilanzstichtag Verträge über den Verkauf der Immobilie abgeschlossen wurden und die einen Eigentumsübergang im neuen Jahr vorsehen, erfolgt mit dem Veräußerungspreis. Vermögenswerte, für die noch keine unterschriebenen Verträge vorlagen, wurden mit dem voraussichtlich erzielbaren Verkaufspreis bewertet.

In der Handelsbilanz werden die Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken gemäß § 341b Abs. 1 i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den beizulegenden Wert erfolgen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB nur bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung. Bei Immobilien erfolgt die Ermittlung des beizulegenden Werts jährlich durch namhafte Gutachter. Alle drei Jahre erfolgt ein Wechsel des Gutachters. Als Bewertungsmethode wird ein ertragsorientiertes Verfahren herangezogen. Der beizulegende Wert bei überwiegend im Konzern genutzten Immobilien wird mit Hilfe eines modifizierten Ertragswertverfahrens unter Berücksichtigung einer langfristigen Nutzung der Immobilien durch den Konzern ermittelt. Die Bewertung von Immobilien, für die vor dem Bilanzstichtag Verträge über den Verkauf der Immobilie abgeschlossen wurden und die einen Eigentumsübergang im neuen Jahr vorsehen, erfolgt mit dem Veräußerungspreis. Die für eine besondere Art der Eigennutzung individuell erstellten Immobilien (sog. Spezialimmobilien) werden zum Sachwert angesetzt. Auf Vermögenswerte, für die noch keine unterschriebenen Verträge vorlagen, werden gegebenenfalls Abschreibungen auf den voraussichtlich erzielbaren Verkaufspreis vorgenommen.

Sachanlagen

Der ökonomische Wert entspricht dem beizulegenden Zeitwert. Bei geleasteten Vermögenswerten wird das Nutzungsrecht des Leasingnehmers im Rahmen des Leasingstandards nach IFRS 16 aktiviert. Die Sachanlagen werden handelsrechtlich gemäß § 253 Abs. 3 HGB mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den beizulegenden Wert erfolgten gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB nur bei einer dauerhaften Wertminderung.

Anlagen

Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Die Ermittlung des ökonomischen Werts und des handelsrechtlichen Buchwerts entspricht der Methodik für die eigengenutzten Immobilien.

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Nach Art. 13 (20) der SII-Rahmenrichtlinie liegt eine Beteiligung vor, wenn die Gesellschaft direkt oder indirekt 20% der Stimmrechte oder des Kapitals eines anderen Unternehmens hält. Die Identifizierung der Beteiligungen wird auf Einzelunternehmensebene durchgeführt. Dies kann dazu führen, dass auf Ebene des Group Head Office (GHO) aufgrund der Summierung von Gruppenanteilen ein Unternehmen als Beteiligung klassifiziert wird, wohingegen auf Einzelunternehmensebene mangels Überschreitung des Schwellenwertes keine Beteiligung vorliegt.

Der Beteiligungsbegriff nach Art. 13 (20) der SII-Rahmenrichtlinie ist nicht deckungsgleich mit dem handelsrechtlichen Begriff der Beteiligung im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB. Handelsrechtlich liegt eine Beteiligung unabhängig von der Beteiligungsquote vor, sofern die Anteile an einem anderen Unternehmen dazu bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu dienen. Die 20%-Grenze dient handelsrechtlich jedoch als Indikation für das Vorliegen einer Beteiligung (widerlegbare Vermutung).

Daher stimmt der Wert für die Beteiligungen nach Art. 13 (20) der SII-Rahmenrichtlinie nicht zwangsläufig mit dem handelsrechtlichen Buchwert der entsprechenden Bilanzposten im veröffentlichten handelsrechtlichen Jahresabschluss der Gesellschaft überein.

Die folgende Tabelle stellt dar, welche Beteiligungen die Gesellschaft nach Maßgabe von Art. 13 (20) der SII-Rahmenrichtlinie zum Stichtag hält und welche Bewertungsmethodik für den ökonomischen Wert verwendet wird.

Gesellschaftsname	Bewertungsmethodik
GENERALI EUROPEAN REAL ESTATE INCOME INVESTMENTS GMBH & CO.KG	angepasste Equity-Methode

Nach der angepassten Equity-Methode entspricht der ökonomische Wert einer Beteiligung dem Anteil, den die Gesellschaft am Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten des jeweiligen Unternehmens hält (Art. 13 Abs. 3 der DVO). Die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind dabei unter Beachtung der Vorschriften der SII-Rahmenrichtlinie zu bewerten (Art. 13 Abs. 4 der DVO). Geschäfts- oder Firmenwerte sowie immaterielle Vermögenswerte werden hierbei mit null angesetzt.

Die Änderungen der ökonomischen Werte im Berichtszeitraum spiegeln sich direkt in einer Änderung des Beteiligungswertes wider.

Mit den Anschaffungskosten werden Beteiligungen bewertet, die von untergeordneter Bedeutung für die Gesellschaft sind. Aufgrund der untergeordneten Bedeutung wird der handelsrechtliche Buchwert als bester Näherungswert für den ökonomischen Wert herangezogen.

Handelsrechtlich werden Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen gemäß § 341b Abs. 1 i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten, ggf. vermindert um notwendige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB, auf den niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Wertaufhellende Entwicklungen im Aufstellungszeitraum werden berücksichtigt. Der niedrigere beizulegende Wert i.S.d. § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB wird für Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen im Wesentlichen mit dem Ertragswertverfahren zum Bewertungsstichtag angesetzt. Gesellschaften, bei denen keine

Planungsinformationen verfügbar sind, werden üblicherweise mit dem Net-Asset-Value oder dem Dividend-Discount-Modell bewertet.

Die Bewertungsdifferenzen zwischen der handelsrechtlichen Bewertung und der Bewertung mit der angepassten Equity-Methode sind im Wesentlichen dadurch gekennzeichnet, dass ein Rückgang oder ein Anstieg des ökonomischen Wertes eines Vermögenswertes oder einer Verbindlichkeit nach der angepassten Equity-Methode immer einen Einfluss auf den Wert der Beteiligung in der Solvabilitätsübersicht hat, während der für die Handelsbilanz relevante Zeitwert den handelsrechtlichen Buchwert nur dann beeinflusst, wenn er unter den Anschaffungskosten liegt und eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung vorliegt oder wenn eine Wertaufholung geboten ist.

Die ökonomischen Werte der Beteiligungen werden voraussichtlich im Zeitablauf eine höhere Volatilität aufweisen als die handelsrechtlichen Buchwerte und somit zu Bewertungsdifferenzen führen, die in ihrer Höhe schwanken.

Weitere Anlagen, Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge sowie Darlehen und Hypotheken

Die folgende Tabelle stellt sowohl die weiteren Anlagen, die Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge sowie die Darlehen und Hypotheken als auch die Bewertungshierarchie der ökonomischen Werte dar.

Bewertungshierarchie der ökonomischen Werte in Tsd. €

	Marktpreisnotierungen auf aktiven Märkten für gleiche Vermögenswerte	Marktpreisnotierungen auf aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte	Alternative Bewertungsmethoden	Angepasste Equity-Methode	IFRS Equity-Methode	Summe
Aktien - notiert	0	0	0	0	0	0
Aktien - nicht notiert	0	430.253	34	0	0	430.287
Staatsanleihen	2.486.590	755.333	0	0	0	3.241.923
Unternehmensanleihen	1.755.636	1.245.180	1.573	0	0	3.002.388
Strukturierte Schuldtitel	168.918	0	0	0	0	168.918
Besicherte Wertpapiere	12.575	95.732	0	0	0	108.307
Organismen für gemeinsame Anlagen	3.209.245	1.191.670	139.121	0	0	4.540.036
Derivate (aktivisch)	0	118	0	0	0	118
Derivate (passivisch)	0	10.509	0	0	0	10.509
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	0	130.000	0	0	0	130.000
Sonstige Anlagen	0	0	0	0	0	0
Vermögenswerte für indexgebundene und fondsgebundene Verträge	1.903.861	0	0	0	0	1.903.861
Darlehen und Hypotheken (ohne Policendarlehen)	0	245.590	0	0	0	245.590
Policendarlehen	0	0	13.124	0	0	13.124

Die Übersicht stellt für die einzelnen Elemente die Bewertungshierarchie der ökonomischen Werte dar.

Sofern eine Kursnotierung in aktiven Märkten vorliegt, wird diese zur Ermittlung des ökonomischen Wertes des Finanzinstruments herangezogen.

Der Kurs der Börse, an dem ein Titel gehandelt wird, wird zur Bewertung herangezogen. Sollte dieser Handelsplatz nicht liquide sein und der Titel an verschiedenen Handelsplätzen gehandelt werden, so wird für die Bewertung der Kurs am liquidesten Handelsplatz herangezogen. Für alle gelisteten Titel wird täglich über eine automatische Anbindung an die Server von Datenprovidern der aktuelle Kurs eingespielt. Vor jedem Quartalsabschluss wird wiederum eine Prüfung der Liquidität der einzelnen Börsenplätze vorgenommen.

Sofern keine Kursnotierung vorliegt, sind Bewertungsmodelle zur Ermittlung des ökonomischen Wertes erforderlich. Die folgende Übersicht stellt die von der Gesellschaft verwendeten Bewertungsmodelle zur Ermittlung des ökonomischen Marktwertes (sofern keine Kursnotierung in aktiven Märkten vorliegt) dar. Sie enthält auch Bewertungsmodelle zu Assetklassen, die im Berichtsjahr nicht im Bestand waren.

Verwendete Bewertungsmodelle zur Ermittlung des ökonomischen Wertes, sofern keine Kursnotierung in aktiven Märkten vorliegt

Position	Parameter	Preismodell
Aktien - nicht notiert	Zukünftige Zahlungsströme (Dividenden, ausschüttungsfähiger Jahresüberschuss etc.), emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve	Barwertmethode
Staatsanleihen	Emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve, instrumentabhängige Liquiditätsprämie (Geld-Brief-Spanne; sofern nicht vorhanden approximiert mit Hilfe des Ausfallrisikos, Ausgabebetrags, ausstehenden Betrags, Geld-Brief-Spanne vergleichbarer Instrumente und der Restlaufzeit)	Barwertmethode
Unternehmensanleihen	Emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve, instrumentabhängige Liquiditätsprämie (Geld-Brief-Spanne; sofern nicht vorhanden approximiert mit Hilfe des Ausfallrisikos, Ausgabebetrags, ausstehenden Betrags, Geld-Brief-Spanne vergleichbarer Instrumente und der Restlaufzeit)	Barwertmethode
Strukturierte Schuldtitel (Zinsrisiken)	Niveau und Form der Renditekurve, Mittelwertrückkehr zwischen zwei stochastischen Prozessen und der Korrelation zweier Brownscher Bewegungen	Heath Jarrow Morton - 2 Factor Hull White Model
Strukturierte Schuldtitel (Aktienrisiken)	Implizite und geschätzte Volatilitäten, Korrelationen, emittentenspezifische Termin- und Kassazinskurve	Erweiterung des Black Scholes Merton-Modells
Organismen für gemeinsame Anlagen	Rücknahmekurse bzw. emittentenspezifische Termin- und Kassazinskurve, instrumentabhängige Liquiditätsprämie (Geld-Brief-Spanne; sofern nicht vorhanden approximiert mit Hilfe des Ausfallrisikos, Ausgabebetrags, ausstehenden Betrags, Geld-Brief-Spanne vergleichbarer Instrumente und der Restlaufzeit)	Barwertmethode
Derivate (Zinsrisiken)	Niveau und Form der Renditekurve, Mittelwertrückkehr zwischen zwei stochastischen Prozessen und der Korrelation zweier Brownschen Bewegungen	Heath Jarrow Morton - 2 Factor Hull White Model
Derivate (Aktienrisiken)	Implizite und geschätzte Volatilitäten, Korrelationen, emittentenspezifische Termin- und Kassazinskurve	Erweiterung des Black Scholes Merton-Modells
Derivate (Wechselkursrisiken)	Niveau und Form der Renditekurve, Mittelwertrückkehr zwischen zwei stochastischen Prozessen und der Korrelation zweier Brownschen Bewegungen	Heath Jarrow Morton - 2 Factor Hull White Model

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	Nicht anwendbar. Auf Grund der Laufzeit der Einlagen wird der Nennwert als eine angemessene Näherung des ökonomischen Wertes erachtet	Nennwert inkl. Stückzinsen
Sonstige Anlagen	Emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve, instrumentabhängige Liquiditätsprämie (Geld-Brief-Spanne; sofern nicht vorhanden approximiert mit Hilfe des Ausfallrisikos, Ausgabebetrags, ausstehenden Betrags, Geld-Brief-Spanne vergleichbarer Instrumente und der Restlaufzeit)	Barwertmethode
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	Zukünftige Zahlungsströme, emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve	Barwertmethode
Darlehen und Hypotheken (ohne Policendarlehen)	Emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve, instrumentabhängige Liquiditätsprämie, emittentenspezifische Kreditabschläge	Barwertmethode
Policendarlehen	Aus Wesentlichkeitsgründen wird der handelsrechtliche Wert als eine angemessene Näherung des ökonomischen Wertes erachtet	Fortgeführte Anschaffungskosten

Handelsrechtliche Bewertung der anderen Anlagen, der Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge sowie der Darlehen und Hypotheken

Aktien

Handelsrechtliche Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen, die das SII-Beteiligungskriterium (20% Anteilsbesitz) nicht erfüllen, werden entsprechend der oben bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen einschließlich Beteiligungen beschriebenen Methodik bewertet.

Aktien, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet. Bei Vorliegen einer stillen Last erfolgte eine qualitative Prüfung zur Identifizierung einer dauerhaften Wertminderung. Eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung wird grundsätzlich angenommen, wenn der Zeitwert der letzten 6 Monate permanent um mehr als 20 % unter dem Buchwert liegt oder wenn der durchschnittliche Zeitwert der letzten 12 Monate um mehr als 10 % unter dem Buchwert liegt. Sofern nach den obigen Kriterien eine Abschreibung erforderlich ist, wird grundsätzlich auf den Kurswert zum 31. Dezember 2022 abgeschrieben.

Aktien, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften nach § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 4 HGB (strenges Niederstwertprinzip) bewertet.

Anleihen

Anleihen in Form von Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden handelsrechtlich gemäß § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet. Zero-Inhaberschuldverschreibungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der laufzeitabhängigen Zinsamortisation bewertet. Zur Feststellung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB werden die Papiere auf ihre Bonität hin überprüft. Im Rahmen der Bonitätsprüfung werden neben der Kreditwürdigkeit des Emittenten ggf. bestehende Sicherheiten und zum Stichtag eingetretene oder erwartete Zinsausfälle berücksichtigt. Abschreibungen aufgrund einer dauerhaften Wertminderung erfolgen nur, wenn nicht mehr mit einer vollständigen Zahlung der vertraglichen Rückflüsse gerechnet wird. Bei über bzw. unter pari erworbenen Wertpapieren wird der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Nennwert über die Laufzeit amortisiert. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu

dienen, werden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften nach § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 4 HGB (strenges Niederstwertprinzip) bewertet.

Anleihen in Form von Schuldscheindarlehen werden handelsrechtlich mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode nach § 341c Abs. 3 HGB angesetzt. Namensschuldverschreibungen werden mit dem Nennwert nach § 341c Abs. 1 HGB angesetzt. Disagioträge werden passivisch, Agioträge aktivisch abgegrenzt und planmäßig aufgelöst. Zero-Namensschuldverschreibungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der laufzeitabhängigen Zinsamortisation bewertet. Genussscheine und genussscheinähnlichen Wertpapiere im Zusammenhang mit dem Sicherungsfonds für Lebensversicherungen werden mit den (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertet. Zur Feststellung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB werden die Papiere auf ihre Bonität hin überprüft. Im Rahmen der Bonitätsprüfung werden neben der Kreditwürdigkeit des Emittenten gegebenenfalls bestehende Sicherheiten und zum Stichtag eingetretene oder erwartete Zinsausfälle berücksichtigt. Abschreibungen aufgrund einer dauerhaften Wertminderung erfolgen nur, wenn nicht mehr mit einer vollständigen Zahlung der vertraglichen Rückflüsse gerechnet wird. Hier ausgewiesene Ausleihungen an verbundene Unternehmen werden analog bewertet.

Organismen für gemeinsame Anlagen

Anteile oder Aktien an Investmentvermögen, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden handelsrechtlich gemäß § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet. Bei Vorliegen einer stillen Last erfolgt eine qualitative Prüfung zur Identifizierung einer dauerhaften Wertminderung. Anteile oder Aktien an Investmentvermögen werden grundsätzlich als eigenständige Bewertungsobjekte betrachtet. Eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung wird grundsätzlich angenommen, wenn der Zeitwert der letzten 6 Monate permanent um mehr als 20 % unter dem Buchwert liegt oder wenn der durchschnittliche Zeitwert der letzten 12 Monate um mehr als 10 % unter dem Buchwert liegt. Bei Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen, bei welchen eine Durchschau möglich ist, wurde unabhängig von den allgemeinen Aufgreifkriterien zur Bestimmung einer dauerhaften Wertminderung auf die im Fonds gehaltenen Vermögenswerte und Schulden abgestellt und ein beizulegender Wert ermittelt. Sofern eine dauerhafte Wertminderung identifiziert wurde, wurde grundsätzlich auf den beizulegenden Zeitwert zum 31. Dezember 2022 oder einen darüber liegenden beizulegenden Wert abgeschrieben.

Anteile oder Aktien an Investmentvermögen, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden handelsrechtlich nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften nach § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 4 HGB (strenges Niederstwertprinzip) bewertet.

Derivate

Im Rahmen der Zugangsbewertung werden derivative Finanzinstrumente handelsrechtlich in Höhe einer ggf. geleisteten oder erhaltenen Ausgleichszahlung aktiviert bzw. passiviert. Derivative Finanzinstrumente, die Bestandteil einer Bewertungseinheit nach § 254 HGB sind, werden handelsrechtlich im Rahmen der Folgebewertung nach der Einfrierungsmethode bewertet. Bei der Einfrierungsmethode wird die Wertänderung eines Derivats buchhalterisch nicht erfasst, sofern sie kompensatorisch zur Wertänderung des Grundgeschäfts wirkt. Derivative Finanzinstrumente, die bilanziell nicht Bestandteil einer Bewertungseinheit sind, werden im Rahmen der Folgebewertung unter Beachtung des § 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB bewertet.

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten

Die Einlagen werden handelsrechtlich mit dem Nennwert angesetzt.

Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice werden handelsrechtlich gemäß § 341d HGB mit dem Zeitwert (Rücknahmepreis oder Börsenkurs am Bilanzstichtag) bilanziert.

Darlehen und Hypotheken

Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen werden handelsrechtlich mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode nach § 341c Abs. 3 HGB angesetzt. Zur Feststellung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB werden die Papiere auf ihre Bonität hin überprüft. Im Rahmen der Bonitätsprüfung werden neben der Kreditwürdigkeit des Emittenten ggf. bestehende Sicherheiten und zum Stichtag eingetretene oder erwartete Zinsausfälle berücksichtigt. Abschreibungen aufgrund einer dauerhaften Wertminderung erfolgen nur, wenn nicht mehr mit einer vollständigen Zahlung der vertraglichen Rückflüsse gerechnet wird. Darüber hinaus werden für die Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen zur weiteren Risikovorsorge Pauschalwertberichtigungen gebildet. Forderungen aus dem Cash-Pooling werden zum Nennwert bilanziert.

Policendarlehen

Die handelsrechtliche Bewertung der Policendarlehen entspricht der oben dargestellten Bewertung der Darlehen und Hypotheken.

§ 341b Abs. 2 HGB im handelsrechtlichen Jahresabschluss

In den Anlagen der Solvabilitätsübersicht sind Kapitalanlagen enthalten, die handelsrechtlich grundsätzlich nach den Vorschriften für das Umlaufvermögen zu bilanzieren wären, die aber, da sie dauernd dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft dienen, handelsrechtlich nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet werden (§ 341b Abs. 2 in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB). Der handelsrechtliche Buchwert dieser Kapitalanlagen beläuft sich zum Bewertungsstichtag auf 11.510.803 (Vj. 11.268.654) Tsd. €.

Wesentliche Bewertungsunterschiede zwischen ökonomischem Wert und handelsrechtlichem Buchwert

Die wesentlichen Bewertungsunterschiede bei den weiteren Anlagen sowie Darlehen und Hypotheken zwischen den ökonomischen und handelsrechtlichen Werten resultieren aus der Durchbrechung des handelsrechtlichen Anschaffungskosten- und Realisationsprinzips (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB) bei den Anleihen. Der ökonomische Wert legt somit die stillen Reserven und stillen Lasten offen, die zwischen dem handelsrechtlichen Wert und dem zum Stichtag ermittelten ökonomischen Wert bestehen.

Die Abweichung bei den Derivaten resultiert aus den freistehenden Derivaten bzw. Derivaten im Rahmen der Bewertungseinheiten. Freistehende Derivate werden nach dem allgemeinen Bilanzierungsgrundsätzen im HGB mit den geleisteten oder erhaltenen Ausgleichszahlungen aktiviert bzw. passiviert und nach § 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB bewertet. Derivate im Rahmen der Bewertungseinheiten werden nach § 254 HGB gemäß der Einfrierungsmethode bilanziert.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Die Rückversicherungsanteile (Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen) werden auf der Grundlage der Rückversicherungsverträge ermittelt. Die Abweichung zwischen Solvabilitätsübersicht und Handelsbilanz resultiert aus der Umbewertung der Bruttoverpflichtung. In diesem Zusammenhang wird auf Abschnitt D.2 verwiesen. Im handelsrechtlichen Jahresabschluss werden die Rückversicherungsanteile formell nicht als Vermögenswert, sondern als Minderung der versicherungstechnischen Rückstellung auf der Passivseite offen ausgewiesen.

Forderungen gegenüber Versicherungen und Versicherungsvermittlern

Bei den Forderungen an Versicherungsnehmer werden nach Solvency II und handelsrechtlich die nach den gegenüber der BaFin festgelegten Ermittlungsverfahren errechneten Pauschalwertberichtigungen abgesetzt. Die Forderungen an Versicherungsvermittler betreffen geschätzte Werte aus zwei

Konsortialverträgen. Der handelsrechtliche Buchwert wird als eine angemessene Näherung des ökonomischen Wertes erachtet.

Der Rückgang des ökonomischen Wertes im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf fällige Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern (-6.596 Tsd. €) zurückzuführen.

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Die Forderungen werden handelsrechtlich mit dem Nennwert aktiviert. Sofern erforderlich werden Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Mit Blick auf die kurze Laufzeit der Forderungen wird der handelsrechtliche Buchwert als eine angemessene Näherung des ökonomischen Wertes erachtet.

Der Anstieg der ökonomischen Werte resultiert im Wesentlichen aus Forderungen aus der Verwaltung von Kapitalanlagen und aus Steuererstattungsansprüchen.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Der Ansatz erfolgt sowohl nach Solvency II als auch handelsrechtlich mit dem Nennwert. Dieser wird als angemessene Näherung des ökonomischen Wertes erachtet.

Der Anstieg des ökonomischen Wertes der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente ist im Wesentlichen auf Bankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten (+34.563 Tsd. €) zurückzuführen

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Die sonstigen Vermögenswerte werden nach Solvency II handelsrechtlich mit dem Nennwert aktiviert. Sofern erforderlich, werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Die Abweichung zum ökonomischen Wert resultiert im Wesentlichen aus den Agien, die im Rahmen der handelsrechtlichen Nennwertbilanzierung zu erfassen sind.

Der Rückgang der ökonomischen Werte resultiert im Wesentlichen aus vorausgezählten Versicherungsleistungen (-21.452 Tsd. €).

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

D.2.1 Gegenüberstellung der ökonomischen und handelsrechtlichen Werte

Gegenüberstellung der ökonomischen und handelsrechtlichen Werte in Tsd. €

	Leben		Kranken ¹		Gesamt
	2022		2021		2021
	Verträge mit Überschussbeteiligung	Fonds- und index-gebundene Versicherungen mit Optionen und Garantien			
Ökonomischer Wert					
Bruttobetrag	11.084.702	1.737.616	164.866	12.987.183	16.808.362
davon bester Schätzwert	10.960.558	1.722.151	162.450	12.845.159	16.623.126
davon Risikomarge	124.144	15.464	2.416	142.025	185.235

Rückversicherungsanteil nach Anpassung für erwartete Ausfälle	-5.848	0	-8.091	-13.940	-20.837
Nettobetrag	11.090.550	1.737.616	172.957	13.001.123	16.829.199
Handelsrechtlicher Wert (inkl. verzinslicher Ansammlung)					
Bruttobetrag	12.869.667	3.141.814	496.326	16.507.808	16.794.657
davon Deckungsrückstellung ²	12.232.733	3.124.661	374.233	15.731.626	15.942.275
davon Rückstellung für Beitragsrückerstattung	290.348		0	290.348	312.741
davon verzinsliche Ansammlung	178.721	0	0	178.721	190.955
davon Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	67.484	17.154	102.803	187.441	221.941
davon Beitragsüberträge und sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	100.381	0	19.290	119.671	126.745
Rückversicherungsanteil	10.846	0	18.006	28.852	32.112
davon Deckungsrückstellung	5.648	0	13.324	18.971	-121.760
davon Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	481	0	3.667	4.148	4.491
davon Beitragsüberträge und sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	4.717	0	1.016	5.733	149.381
Nettobetrag	12.858.821	3.141.814	478.320	16.478.956	16.762.545
¹ unter Kranken erfolgt im Einklang mit SII der Ausweis der Berufsunfähigkeitsversicherungen ² Deckungsrückstellung ist vermindert um aktivierte Ansprüche					

D.2.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für die ökonomischen Werte

Grundlagen der ökonomischen Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvabilitätsübersicht gemäß Solvency II spiegeln den ökonomischen Wert der versicherungstechnischen Verpflichtungen des Unternehmens wider. Dieser bildet zusammen mit dem ökonomischen Wert der Vermögenswerte die Basis für die Berechnung der ökonomischen Eigenmittel der Gesellschaft.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen der Gesellschaft in der Solvabilitätsübersicht ergeben sich als Summe aus dem besten Schätzwert der versicherungstechnischen Verpflichtungen (Best Estimate Liability, BEL) und der Risikomarge (s.u.).

Hierbei wird die BEL als Differenz aller zukünftigen Ein- und Auszahlungen berechnet, die sich aus einer Abwicklung des Versicherungsbestandes zum Bewertungsstichtag unter realistischen versicherungsmathematischen Annahmen ergeben. Dabei werden alle erwarteten Entwicklungen (darunter wirtschaftliche, medizinische, soziale und demografische Veränderungen) in die zukünftigen Zahlungsströme einbezogen.

Die Abzinsung der zukünftigen Ein- und Auszahlungen erfolgt mit der von EIOPA vorgegebenen maßgeblichen Zinsstrukturkurve (siehe im Weiteren „Angaben zur Zinskurve“).

Die Rückversicherungsstruktur der Gesellschaft und somit auch die entsprechenden Rückversicherungszahlungsströme sind im Bewertungsmodell für die wesentlichen Rückversicherungsverträge explizit modelliert. Die Zahlungsströme dieser Rückversicherungsverträge ergeben sich als Komponenten der Rückversicherungsabrechnungen in der Projektion. Unter Berücksichtigung der jeweiligen individuellen Ausgestaltung der Rückversicherungsverträge werden diese Komponenten basierend auf den Zahlungsströmen der

zugrundeliegenden Versicherungsverträgen, welche in den Bedingungen der Rückversicherungsverträgen als Referenzwerte festgelegt wurden und bereits für Erstversicherungszwecke modelliert sind, berechnet.

Datenqualität

Zur Sicherstellung der Anforderungen an die Datenqualität im gesamten Berechnungsprozess hat die Assicurazioni Generali S.p.A. eine Richtlinie und sog. Operating Guidelines zur Datenqualität etabliert. Diese sehen eine enge Zusammenarbeit zwischen der IT und den einzelnen Fachbereichen vor und definieren einen Prozess sowie Rollen und Verantwortlichkeiten zur Sicherstellung der Datenqualität.

Die Angemessenheit der verwendeten Methoden zur Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Solvency II (vgl. § 31 Abs. 1 VAG) wird regelmäßig im Rahmen der jährlichen Berichterstattung der Versicherungsmathematischen Funktion bestätigt.

Im Hinblick auf die zu modellierenden Komponenten, die Art des betriebenen Geschäfts und die daraus resultierenden Risiken sind somit die verwendeten Methoden und Daten angemessen und erfüllen die Anforderungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes.

Methoden

Zur Ermittlung der für die BEL-Berechnung notwendigen Ein- und Auszahlungen wird ein unternehmenseigenes Bewertungsmodell verwendet, das auf Basis des aktuellen Bestands die HGB-Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Gesellschaft unter realistischen Annahmen projiziert und dadurch die zukünftige Zahlungsströme bestimmt. Dabei werden folgende Ein- und Auszahlungen berücksichtigt:

- Prämieinnahmen inkl. wesentlicher Zuzahlungen und Zulagen, solange das Unternehmen diesen nicht widersprechen kann.
- Leistungszahlungen (Todesfall-, Ablauf- sowie Rückkaufsleistungen, Alters- und Invalidenrenten, Überschussbeteiligung und sonstige vertraglich vereinbarte Zahlungen).
- Kosten (Abschluss- und Verwaltungskosten, Bestandspflegeprovisionen, Kapitalanlagekosten, sonstige Kosten).
- Teilrückvergütungen der Fondsverwaltungsgebühren in Abhängigkeit des Fondsvolumens (Kickback-Zahlungen).

Diese Ein- und Auszahlungen werden nur dann berücksichtigt, wenn sie innerhalb der Vertragsgrenzen anfallen. Diese Grenzen ergeben sich für deutsche Lebensversicherungsverträge aus dem früheren der folgenden beiden Zeitpunkte:

- Laufzeitende des Vertrages und
- Zeitpunkt, an dem das Unternehmen die einseitige Möglichkeit hat, den Vertrag zu kündigen bzw. die Prämie für den einzelnen Versicherungsnehmer den Risiken entsprechend anzupassen.

Zur Erreichung angemessener Rechenzeiten wird der Versicherungsbestand zu einer reduzierten Anzahl sog. Modellpunkte verdichtet. Ein Modellpunkt repräsentiert dabei die relevanten Charakteristika der dort verdichteten Einzelverträge. Die Güte dieser Verdichtung wird über einen Abgleich der wesentlichen Zahlungsströme zwischen verdichtetem und unverdichtetem Bestand sichergestellt.

Die Projektion der künftigen Zahlungen des auf Modellpunkte verdichteten Bestandes erfolgt unter realistischen Annahmen. Dabei werden die vorhandenen Versicherungsverträge bis zu deren Ablauf bzw. einer maximalen Projektionsdauer von 60 Jahren abgewickelt. Nach 60 Projektionsjahren ist der vorhandene Bestand i.d.R. fast vollständig abgewickelt. Im Falle verbleibender Kapitalanlagen am Ende der Projektionsdauer wird der zugehörige Buchwert vollständig den versicherungstechnischen Rückstellungen zugeordnet, und die verbleibenden Bewertungsreserven gemäß den Überschussbeteiligungsquoten auf die Passivpositionen aufgeteilt. Diese Vereinfachung wird als angemessen erachtet, sofern am Projektionsende

der Marktwert der verbleibenden Kapitalanlagen die gruppenweit vorgegebene Toleranzgrenze von 1% des Marktwerts der gesamten Kapitalanlagen zum Stichtag nicht überschreitet. Wird diese Toleranzgrenze nicht eingehalten, so sind weitere Analysen zur Angemessenheit der gewählten Zuordnung notwendig.

Zur Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Solvency II werden die künftigen Zahlungen unter Berücksichtigung von Managementregeln und dynamischem Versicherungsnehmerverhalten (siehe Abschnitt „Managementregeln und Versicherungsnehmerverhalten“) stochastisch mittels 1.000 marktkonsistenter Kapitalmarktszenarien projiziert. Die Passivpositionen ergeben sich dann als Mittelwert über die betrachteten Kapitalmarktszenarien. Dadurch wird sichergestellt, dass der Wert der in den Verträgen eingebetteten Optionen und Garantien in den versicherungstechnischen Rückstellungen enthalten ist.

Die Annahmen zur Biometrie (Sterblichkeit, Langlebigkeit, Invalidität), zu den Kosten und dem Basisstorno bleiben auch in der stochastischen Projektion deterministisch.

Im Berichtsjahr 2021 wurde das bisherige Unternehmensmodell der Gesellschaft auf die neue aktuarielle Berechnungsplattform, das sog. „Target Operating Model“ (TOM), umgestellt. Darin werden nun sämtliche Passiva der Gesellschaft exakt modelliert, um so den zukünftig geltenden rechtlichen Anforderungen nach IFRS17 in Bezug auf Granularität einzelner Versicherungsverträge angemessen Rechnung zu tragen. Weiter werden sämtliche Projektionen in TOM unter Berücksichtigung von Versicherungsnehmerverhalten sowie Managementregeln durchgeführt. Zur verbesserten Abbildung der Realität und der Maßnahmen des Managements wurden die Managementregeln im Zuge des neuen Unternehmensmodells gemäß Controlling-Circle in der Unternehmenssteuerung ebenfalls vollständig überarbeitet. Während vormals die Managementregeln im Modell im Wesentlichen darauf ausgelegt waren, kritische Unternehmenssituationen zu vermeiden, ist die Steuerung im Hinblick auf die Erwartungen von Versicherungsnehmer und Aktionär optimiert worden.

Risikomarge

Die Risikomarge spiegelt Kapitalbindungskosten wider, die bei einer Bestandsübertragung dem aufnehmenden Versicherungsunternehmen dadurch entstehen, dass es für die verbleibende Restlaufzeit des übertragenen Bestandes zusätzliches Risikokapital vorhalten muss. Die Risikomarge entspricht damit den Kapitalkosten der unvermeidbaren Risiken. Einzubeziehen sind dabei Risiken, die weder am Kapitalmarkt abgesichert, noch durch andere strategische Entscheidungen ausgeschlossen werden können, i.a. versicherungstechnische und operationelle Risiken sowie Ausfallrisiken aus Rückversicherungsbeziehungen. Zur Ermittlung der Risikomarge wird in einer Run-Off-Betrachtung des Bestandes der Risikokapitalbedarf für die unvermeidbaren Risiken im Zeitverlauf bestimmt und mit einem fixen Kapitalkostensatz („Cost of Capital“, CoC) von 6% multipliziert. Die Risikomarge entspricht dann dem risikofreien Barwert der im Zeitverlauf auf das benötigte Risikokapital anfallenden Kapitalkosten. Für die Ermittlung der Risikomarge erfolgt die Berechnung des Risikokapitals vereinfacht durch Fortschreibung der Risikokapitalien für die zugrunde liegenden Risiken anhand eines der Wesensart des jeweiligen Risikos entsprechenden Risikotreibers.

Wesentliche Änderungen im Berichtszeitraum

Zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen der Gesellschaft wurden im Berichtszeitraum nachfolgende methodischen Änderungen mit wesentlicher Auswirkung auf die Höhe der versicherungstechnischen Rückstellungen durchgeführt:

- Vollständige Berücksichtigung (Durchschauprinzip) von externen Fondsmanagementgebühren als zusätzliche regulatorische Anforderung.

Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen im Berichtszeitraum

Zum 31. Dezember 2022 weist die COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft die nachstehende Entwicklung ihrer versicherungstechnischen Rückstellungen (Gesamtangabe) unter Solvency II auf:

Lebens-/Krankenversicherung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung in %
Bester Schätzwert	12.845.159	16.623.126	-22,73
Risikomarge	142.025	185.235	-23,33

Insgesamt gehen die versicherungstechnischen Rückstellungen der Gesellschaft innerhalb des Berichtszeitraums deutlich zurück. Dabei ist sowohl für den besten Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen als auch für die Risikomarge ein Rückgang zu verzeichnen. Der signifikante Rückgang des besten Schätzwertes der versicherungstechnischen Rückstellungen zum Jahresende 2022 im Vergleich zum Jahresende 2021 ist dabei hauptsächlich auf den signifikanten Anstieg der risikofreien Zinsen im Berichtszeitraum 2022 und der damit einhergehenden stärkeren Diskontierung der versicherungstechnischen Zahlungsströme im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen. Zusätzlich induziert die Neuparametrisierung der Managementregeln im Unternehmensmodell, darunter eine Aktualisierung der langfristigen Dividendenplanung zugunsten zukünftiger Aktionärerträge, einen weiteren Rückgang des besten Schätzwertes.

Gegenläufig führen die regulatorisch geforderte vollständige Berücksichtigung von externen Fondsmanagementgebühren im Rahmen der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II sowie der Anstieg des Zeitwertes von Optionen und Garantien durch die Verstärkung der Asymmetrien im steigenden Marktzinsumfeld mit ebenso höheren Volatilitäten zu einem zwischenzeitlichen Anstieg des besten Schätzwertes der versicherungstechnischen Rückstellungen. Darüber hinaus induziert die deutlich stärkere Diskontierung in Folge des verbesserten Zinsumfeldes zum Jahresende 2022 einen Rückgang des Effekts aus der Wechselwirkung zwischen zukünftigem Neugeschäft und Überschussbeteiligung des Bestandes. Diese rückstellungserhöhenden Effekte können den deutlichen Rückgang des besten Schätzwertes der versicherungstechnischen Rückstellung zum Jahresende 2022 nur geringfügig mindern. Insgesamt reduziert sich durch den deutlichen, zinsinduzierten Rückgang der Marktwerte auf der Aktivseite die Bilanzlänge der Gesellschaft massiv.

Der deutliche Rückgang der Risikomarge zum Jahresende 2022 ist im Wesentlichen auf einen signifikanten Rückgang des Risikokapitalbedarfs für das Langlebkeitsrisiko zurückzuführen, der sich unmittelbar aus einem niedrigeren Stresslevel im Rahmen der Kalibrierung sowie einem Anstieg der Risikotragfähigkeit der Gesellschaft durch den deutlichen Zinsanstieg im Berichtszeitraum ergibt, teilweise kompensiert durch einen Anstieg des operationellen Risikos infolge einer verbesserten Abbildung von Risiken in Bezug auf den „Schutz personenbezogener Daten“. Zusätzlich wirkt sich das deutlich höhere Zinsniveau zum Jahresende 2022 im Vergleich zum Vorjahr über die Diskontierung mindernd auf die Höhe der Risikomarge aus. Weitere Erläuterungen zur Entwicklung der Risikomarge und der zugrunde liegenden Komponenten finden sich in Kapitel E.2.

Hauptannahmen

In diesem Abschnitt werden die Hauptannahmen für die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen dargestellt. Dazu zählen neben den versicherungstechnischen Annahmen zur Biometrie und den Kosten, ökonomische Annahmen zur Zinskurve und den stochastischen Kapitalmarktszenarien sowie die Managementregeln und die Annahmen zum Versicherungsverhalten.

Versicherungstechnische Annahmen

Bei der Bestimmung der Sterblichkeitsannahmen werden zwei wesentliche Einflussfaktoren berücksichtigt: Die erwartete Entwicklung der Sterblichkeit über die Zeit (Sterblichkeitstrend) sowie Selektionsprozesse innerhalb wesentlicher Merkmale wie Geschlecht, Alter etc. (Selektionsfaktoren/Sterblichkeitsniveau). Die

Sterblichkeitsannahmen werden insbesondere aufgrund ihrer starken Trendabhängigkeit auf Basis des Lee-Carter-Modells abgeleitet.

Im Bereich der Langlebigkeitsannahmen wird die DAV 2004 R 2. Ordnung Aggregat als Best-Estimate-Tafel verwendet. Für die Invalidisierungswahrscheinlichkeiten bzw. Reaktivierungswahrscheinlichkeiten wird die DAV 2021 I bzw. DAV 2021 RI angesetzt. Die Tafeln werden darüber hinaus mit unternehmensindividuellen Selektionsfaktoren skaliert. Diese Faktoren werden dabei aus historischen unternehmensindividuellen Bestandsdaten oder Pooldaten aus Rückversicherungspools abgeleitet.

Bei der Herleitung des besten Schätzwertes der Kosten werden zwei wesentliche Aspekte berücksichtigt: Zum einen werden die Abschluss- und Verwaltungskostensätze für die Modellierung in Einklang mit den in der Gewinn- und Verlustrechnung angefallenen Ist-Kosten sowie der Mittelfristplanung ermittelt. Zum anderen wird die Kostenentwicklung während der Projektionsdauer mittels realistischer Inflationsannahmen modelliert. Darüber hinaus werden Annahmen für Regulierungskosten, sonstige Aufwendungen und Kapitalanlagekosten hergeleitet und in der Projektion berücksichtigt.

Um die Wechselwirkungen zwischen zukünftigem Neugeschäft und Überschussbeteiligung (gemäß BaFin-Auslegungsentscheidung vom 4. Dezember 2015) abzubilden, wird der Beitrag des zum Stichtag vorhandenen Bestandes an der Finanzierung des zukünftigen Neugeschäfts ermittelt und entsprechend in der Projektion berücksichtigt. Die Höhe dieser Mittel wird dabei konsistent zur Unternehmensplanung bestimmt.

Bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen werden die zugrunde gelegten relevanten Annahmen durch die Gesellschaft regelmäßig überprüft und jährlich aktualisiert.

Zum 31. Dezember 2022 sind die wesentlichen Anpassungen:

- Wechsel der zur Bestimmung der Sterblichkeit invalider Personen zugrundeliegenden Tafel hin zu DAV 2021 TI
- Austausch der zugrundeliegenden Tafeln der Invalidisierungswahrscheinlichkeiten bzw. Reaktivierungswahrscheinlichkeiten von DAV 1997 I bzw. DAV 1997 RI zu DAV 2021 I bzw. DAV 2021 RI.

Zinskurve

Für sämtliche Bewertungen im Kontext von Solvency II stellt EIOPA seit Jahresbeginn 2015 alle relevanten Zinsstrukturkurven mit zusätzlichen Informationen auf monatlicher Basis zur Verfügung. Hierbei wird zwischen der Basis-Zinsstrukturkurve und der maßgeblichen Zinsstrukturkurve unterschieden, wobei letztere die Kurve bezeichnet, welche zur Diskontierung der versicherungstechnischen Rückstellungen zu verwenden ist. Die für die Generali in Deutschland maßgebliche Zinsstrukturkurve beinhaltet eine sog. Volatilitätsanpassung in Höhe von 19 Basispunkten per Jahresende 2022 (Vj. 3 Basispunkte; siehe Abschnitt „Volatilitätsanpassung“). Die Risikomarge hingegen wird mit der Basiszinskurve ermittelt.

Wahl der Basiszinssätze und Kreditanpassung

Für jede Währung und Laufzeit werden seitens EIOPA die risikofreien Basiszinssätze hergeleitet, i.d.R. auf Basis von Swap-Zinssätzen, abzüglich einer Anpassung zur Berücksichtigung des in den Swap-Zinssätzen noch enthaltenen Kreditausfallrisikos, d.h. des im unbesicherten Interbankenmarkt enthaltenen Risikos. Die Kreditrisikoanpassung ist daher von der Bonität der Banken abhängig, die über Interbankengeschäfte die Basis für die variable Seite von Swap-Geschäften festlegen. EIOPA informiert monatlich über die Datenquelle der Swaps bzw. Staatsanleihen sowie über die Höhe der Kreditrisikoanpassung. Die für den Euro bei der Ermittlung der risikofreien Basiszinskurve verwendeten Swap-Sätze basieren auf sog. Swap Mid Rates (Mittelwert von Angebots- und Nachfrageswapsätzen) zum Tagesschlussstand an der Londoner Börse. Von diesen Marktdaten wird beim Euro eine Kreditanpassung in Höhe von 10 Basispunkten (Stand

2022 Ende wie Ende 2021) über alle Laufzeiten hinweg abgezogen, um eine kreditrisikofreie Basiszinskurve zu erhalten.

Last-Liquid-Point und Extrapolation

Für die Herleitung von Zinskurven stehen in der Praxis ab einer bestimmten Laufzeit keine ausreichenden Marktdaten mehr zur Verfügung bzw. gelten ab diesem Zeitpunkt als unverlässlich; für den Euro ist diese Laufzeit von EIOPA auf 20 Jahre (Last-Liquid-Point) festgesetzt. Für längere Laufzeiten ist eine Extrapolation der Zinskurve erforderlich, welche auf Basis von Terminzinssätzen mithilfe der sog. Smith-Wilson-Methode durchgeführt wird. Aufgrund unzureichender Marktdaten für langfristige Zinssätze muss der Zielwert für die Extrapolation aus wirtschaftlichen Erwägungen abgeleitet werden. Als Zielwert wird ein langfristiger Gleichgewichtszins (die sog. Ultimate Forward Rate, UFR) festgelegt, der dann innerhalb eines Zeitraums von 40 Jahren, d.h. nach einer Gesamtlaufzeit von 60 Jahren, mit einer Toleranz von +/- 1 Basispunkt zu erreichen ist. Bis einschließlich Jahresende 2017 berechnete sich dieser für den Euro als Summe aus der erwarteten Inflation (2%) und der erwarteten langfristigen Wachstumsrate für die Eurozone (2,2%). Zum 01. Januar 2018 hat EIOPA die Methode zur Berechnung der UFR geändert, sodass sich diese für den Euro fortan als Summe der Inflationserwartung der europäischen Zentralbank (aktuell 2%) und der erwarteten Realverzinsung ergibt. Letztere wird dabei jährlich als arithmetisches Mittel der seit 1961 beobachteten Realzinsen ermittelt. Für das Jahr 2022 ergibt sich somit ein Wert i.H.v. 1,45% und führt zu einer UFR von 3,45%. Zur Sicherstellung eines gleitenden Übergangs soll dieser Wert mittels einer jährlichen Reduktion um 15 Basispunkte erreicht werden. Daraus ergibt sich für das Jahresende 2022 eine UFR für den Euro in Höhe von 3,45% (Vj. 3,60%).

Volatilitätsanpassung

Die Volatilitätsanpassung wurde von der europäischen Aufsicht als Bestandteil des Maßnahmenpakets zur Bewertung langfristiger Garantien eingeführt.

Motivation für die Anwendung einer solchen Anpassung war die Feststellung, dass Unternehmen, die Versicherungsprodukte mit langfristigen Garantien anbieten (typischerweise Lebens- und Krankenversicherer), nur in eingeschränktem Maße den Wertschwankungen ihrer Kapitalanlagen ausgesetzt sind. Damit können sie diese in Kauf nehmen und müssen Verluste somit nicht realisieren. Hierbei wird unterstellt, dass der zusätzliche Zinsaufschlag auf die Zinskurve in Form der Volatilitätsanpassung von der Gesellschaft in ihrem Kapitalanlageportfolio auch tatsächlich risikofrei erwirtschaftet werden kann.

Konzeptionell entspricht die Volatilitätsanpassung dem Anteil des Spreads von Anleihen über dem risikofreien Zins, der nicht auf eine realistische Bewertung des Risikos dieser Anleihen (insbesondere des Kreditrisikos, zurückzuführen ist, und beschreibt damit eine Marktüberhebung. Die Höhe der Volatilitätsanpassung bestimmt sich auf der Grundlage der Differenz zwischen dem risikofreien Zinssatz gemäß Solvency II und der Rendite eines Referenz-Portfolios (währungs- und länderspezifisch) von Vermögenswerten von EIOPA. Diese Differenz wird um den Spread-Anteil gekürzt, der dem Ausfall- und Downgrading-Risiko entspricht (Risikoberichtigung). Die Volatilitätsanpassung beträgt 65% dieser risikoberichtigten Differenz. Die Anwendung der Volatilitätsanpassung führt zu einer Parallelverschiebung im liquiden Teil der maßgeblichen risikolosen Zinskurve. Zum Jahresende 2022 erreicht die Euro-weite Volatilitätsanpassung eine Höhe von 19 Basispunkten (Vj. 3 Basispunkte).

Die Anwendung der Volatilitätsanpassung in den Berechnungen zur ökonomischen Bilanz muss von der jeweiligen Aufsicht genehmigt werden. Die Generali in Deutschland hat diese Genehmigung für alle Gesellschaften in 2015 erhalten und bezieht die Volatilitätsanpassung in die Solvency-II-Berechnungen ein.

Nach § 40 Absatz 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) ist bei Anwendung der Volatilitätsanpassung eine Quantifizierung der Auswirkungen gefordert, die eine Änderung der Volatilitätsanpassung auf null auf die Finanzlage des Unternehmens haben würde. Die Auswirkung dieser Änderung auf den Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen der Gesellschaft wird in Abschnitt D.2.4. erörtert.

Die Auswirkungen der Nichtberücksichtigung der Volatilitätsanpassung auf die Solvenzkapitalanforderung und die anrechenbaren Eigenmittel des Unternehmens findet sich in Kapitel E.2.

Darüber hinaus nutzt die Gesellschaft bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen zum Jahresende 2022 keine der Übergangsvorschriften nach §§ 352 f VAG (sog. Transitionals).

Stochastische Kapitalmarktszenarien

Die Kapitalmarktszenarien für die stochastische Projektion werden mittels eines sog. Szenariengenerators (Economic Scenario Generators, ESG) eines externen Anbieters erzeugt. Die COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft verwendet dabei eine Parametrisierung, die im Einklang mit der Gruppenvorgabe der Assicurazioni Generali steht. Die Angemessenheit der Szenarien für die ökonomischen Bewertungen der Generali in Deutschland wird zentral durch das Risikomanagement und die Versicherungsmathematische Funktion überprüft. Dies umfasst insb. die folgenden Kontrollen:

- Test der Risikoneutralität aller modellierten Anlageklassen;
- Überprüfung der marktkonsistenten Kalibrierung, insbesondere Konsistenz zwischen den Preisen für Zero Coupon Bonds und den projizierten Deflatoren, sowie Konsistenz impliziter Volatilitäten mit den vorgegebenen Marktzielen;
- Analyse statistischer Kennzahlen der realisierten Verteilungen von ökonomischen Schlüsselindikatoren, insb. Extremwertanalyse.

Managementregeln und Versicherungsnehmerverhalten

Managementregeln sind die Algorithmen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt der Projektion in Abhängigkeit von der Situation am Kapitalmarkt und der finanziellen Situation des Unternehmens unter Berücksichtigung aktueller und historischer Daten die Entscheidungen für die jeweils nachfolgende Projektionsperiode festlegen.

Die im Modell berücksichtigten Managementregeln (future management actions, FMA) betreffen folgende Themen:

- Kapitalanlagestruktur;
- Austarieren von Aktionärsersparung an die Rendite, Versicherungsnehmerersparung und dem gewünschten Verlauf der freien RfB in einem mehrstufigen Korridor;
- Notstandsmanagement.

Die im Modell verwendeten Managementregeln und deren Parametrisierung werden regelmäßig überprüft und jährlich durch den Vorstand der Gesellschaft verabschiedet (FMA Plan).

Gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum gab es keine methodischen Änderungen hinsichtlich der Berücksichtigung der Managementregeln. Im Rahmen der jährlichen Überarbeitung wurde die Parametrisierung der Managementregeln geprüft und die Parameter zur besseren Abbildung der Realität aktualisiert.

Da das dynamische Versicherungsnehmerverhalten das Handeln der Versicherungsnehmer und nicht des Managements beschreibt, fällt dieses zwar nicht unter future management actions (FMA), gehört aber trotzdem zu den zentralen Algorithmen des Modells. Als dynamisches Versicherungsnehmerverhalten (nicht Teil des FMA Plans) ist Folgendes berücksichtigt:

- Rückkauf (Storno) mit oder ohne Zahlung eines Rückkaufswertes;
- Beitragsfreistellung (außer für Risiko- und Invaliditätsversicherungen);
- Kapitalabfindung für Rentenversicherungen.

Dabei wird das entsprechende historische Versicherungsnehmerverhalten zugrunde gelegt, aber durch dynamisch getroffene Annahmen modifiziert. Auslöser für das dynamische Versicherungsnehmerverhalten ist in jedem Projektionsschritt die Diskrepanz zwischen der Erwartung des Versicherungsnehmers und der zuvor getroffenen Managemententscheidung:

- für konventionelle Versicherungen die Differenz zwischen gewährter und der an der Rendite einer risikoarmen Investition am Kapitalmarkt orientierten erwarteten Gesamtverzinsung;
- für fondsgebundene Versicherungen der Quotient Fondsguthaben (aktuell) / Fondsguthaben (Vorjahr);
- für Risiko oder Invaliditätsversicherungen der Anstieg der Nettobeitrag (nach Beitragsreduktion durch Überschussbeteiligung).

Diese Abweichungen von der Erwartung der Versicherungsnehmer werden in Faktoren übersetzt, die auf die jeweiligen historischen Storno-, Beitragsfreistellungs- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten angewendet werden. Die Parametrisierung des dynamischen Versicherungsnehmerhaltens erfolgt auf der Basis von Experteneinschätzungen durch die Gesellschaft. Die entsprechenden Einschätzungen der Parameter werden begründet und dokumentiert.

Gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum gab es keine methodischen Änderungen hinsichtlich der Berücksichtigung des Versicherungsnehmerhaltens. Darüber hinaus gab es bei der Parametrisierung des Versicherungsnehmerhaltens im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls keine wesentlichen Änderungen.

D.2.3 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für die handelsrechtlichen Werte

Beitragsüberträge

Die Beitragsüberträge wurden für den gesamten Bestand an selbst abgeschlossenen Versicherungen einzeln unter Berücksichtigung der genauen Beitragsfälligkeiten ermittelt. Ausgewiesen wurde der Teil der im Geschäftsjahr fälligen Beiträge, der den Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellt. Bei der Ermittlung der übertragungsfähigen Beitragsteile wurden die steuerlichen Bestimmungen beachtet.

Für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft wurden die Anteile der Rückversicherer an den Beitragsüberträgen gemäß den Rückversicherungsverträgen ermittelt.

Deckungsrückstellung

Die Berechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung sind auf den folgenden Seiten tabellarisch dargestellt.

Die Deckungsrückstellung wurde für jede Versicherung einzeln unter Berücksichtigung des genauen Beginnstermins nach versicherungsmathematischen Grundsätzen prospektiv ermittelt. Ausnahmen bilden die Versicherungen, bei denen das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird, und die monatlich kalkulierten Rentenversicherungen. Deren Berechnung erfolgte nach der retrospektiven Methode. Versicherungen, bei denen das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird, wurden in Anteileneinheiten zu Zeitwerten geführt. Sofern in diesen Versicherungen garantierte Leistungen für den Lebensfall enthalten sind, wurde die hierauf entfallende Deckungsrückstellung prospektiv ermittelt und im Passivposten D. II. 1 geführt.

Für den Altbestand im Sinne des § 336 VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG sind diese Grundsätze gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht geschäftsplanmäßig festgelegt. Für den Neubestand wurde die Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB i.V.m. § 25 RechVersV sowie der aufgrund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet. Die Deckungsrückstellung beinhaltet die Verwaltungskostenrückstellung für

beitragsfreie Zeiten und beitragsfreie Versicherungen. Die Verwaltungskosten für beitragspflichtige Zeiten wurden implizit berücksichtigt. Die Deckungsrückstellung für bereits zugeteilte Überschussanteile wurde wie für beitragsfreie Versicherungen ermittelt.

Die Deckungsrückstellung beinhaltet eine zusätzliche Rückstellung für Rentenversicherungen gemäß der DAV-Richtlinie vom 14. September 2005 „Überschussbeteiligung und Reservierung von Rentenversicherungen des Bestandes“. Danach wurden die Deckungsrückstellungen der Rentenprodukte auf die linear interpolierten Tafeln DAV 2004 R-Bestand und DAV R-B20 aufgefüllt. Für Rentenversicherungen des Altbestandes wurde das Verfahren von der BaFin zuletzt mit Schreiben vom 6. Dezember 2022 genehmigt.

Für den Bestand an Berufsunfähigkeitsversicherungen, welche nicht nach den Rechnungsgrundlagen gemäß dem DAV-Hinweis „DAV 2021 I: Biometrische Rechnungsgrundlagen für Berufsunfähigkeitsversicherungen“ vom 26. Januar 2022 reserviert sind, ergibt sich aus den einzelvertraglich vorgenommenen Kontrollrechnungen kein zusätzlicher Reservierungsbedarf zur Anpassung an diese Rechnungsgrundlagen.

Bei der Bildung der Deckungsrückstellung wurden gegenüber den Versicherten eingegangene Zinssatzverpflichtungen nach § 341f Abs. 2 HGB und § 5 Abs. 3 und Abs. 4 DeckRV berücksichtigt (sogenannte Zinszusatzreserven). Das Bundesfinanzministerium hat am 10. Oktober 2018 mit der Dritten Verordnung zur Änderung von Verordnungen nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz die Vorgaben für die Berechnung der Zinszusatzreserve (ZZR) geändert. Die Änderung betrifft die Bestimmung des Referenzzinses, der der Bemessung der Zinszusatzreserve dient (sog. "Korridormethode"). Der maßgebliche Referenzzins unter Anwendung der Korridormethode liegt zum 31. Dezember 2022 bei 1,57%. Dementsprechend wurde bei der Ermittlung der Deckungsrückstellung für Versicherungen mit einem höheren Rechnungszins für die nächsten fünfzehn Jahre dieser Referenzzins zu Grunde gelegt.

Für die Zinszusatzreserve ergab sich zum 31. Dezember 2022 eine Veränderung in Höhe von -27.744 Tsd. € (Vj. 170.142 Tsd. €). Davon entfielen -24.328 Tsd. € (Vj. 172.166 Tsd. €) auf den Neubestand und -3.415 Tsd. € (Vj. -2.024 Tsd. €) auf den Altbestand. Die Zinszusatzreserve erreichte demzufolge per 31. Dezember 2022 eine Höhe von 1.098.358 Tsd. € (Vj. 1.126.102 Tsd. €). Davon entfielen 1.076.181 Tsd. € (Vj. 1.100.510 Tsd. €) auf den Neubestand und 22.177 Tsd. € (Vj. 25.592 Tsd. €) auf den Altbestand. Die Ermittlung erfolgte wie im Vorjahr unter Ansatz realitätsnaher biometrischer Rechnungsgrundlagen und vorsichtiger Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten. Aus der Anpassung der Kapitalwahlrechtswahrscheinlichkeiten ergab sich eine höhere Belastung von 6.780 Tsd. € im Neubestand.

Noch nicht getilgte, rechnungsmäßig gedeckte Abschlussaufwendungen werden, soweit die Deckungsrückstellung gezillmert wurde, unter den noch nicht fälligen Ansprüchen an Versicherungsnehmer ausgewiesen. Diese wurden für Versicherungen des Altbestands in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen der geschäftsplanmäßigen Deckungsrückstellung und der uneingeschränkt gezillmerten Deckungsrückstellung aktiviert. Für den Neubestand wurden die Forderungen an Versicherungsnehmer auf Ersatz einmaliger Abschlussaufwendungen in dem Umfang aktiviert, wie sie die geleisteten, einmaligen Abschlusskosten in Höhe des Zillersatzes nicht überstiegen und noch nicht aus den bereits gezahlten Beiträgen getilgt wurden.

Für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft wurden die Anteile der Rückversicherer an der Deckungsrückstellung gemäß den Rückversicherungsverträgen ermittelt.

Berechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung

Tarifbezeichnung	Rechnungs- zins	Ausscheideordnung	Zillmersatz ‰	Bezugsgröße	Anteil an der Deckungsrückstellung Passiva D.II. 1
Einzelkapitalversicherung	0,90 %	mod. DAV 2008T	5	Beitragssumme	0,00 %
	1,25 %	mod. DAV 2008T	5	Beitragssumme	0,01 %
	1,75 % ^{bi}	DAV 94T mod. und mod. DAV 2008T	5	Beitragssumme	0,08 %
	2,25 % ^{bi}	DAV 94 T mod.	5	Beitragssumme	0,26 %
	2,75 % ^{bi}	DAV 94 T mod.	5	Beitragssumme	1,42 %
	3,25 % ^{bi}	DAV 94 T mod.	5	Beitragssumme	1,00 %
	4,00 % ^{bi}	DAV 94 T mod.	3 / 10 / 15	Beitragssumme	3,25 %
	4,00 % ^{bi}	DAV 94 T mod.	5	Versicherungssumme	2,59 %
	3,50 % ^{bi}	1986 M/F	5	Versicherungssumme	1,12 %
	3,00 % ^{bi}	1960/62 M	5 / 35	Versicherungssumme	0,16 %
	3,00% / 3,50%	1924/26 M	35	Versicherungssumme	0,05 %
	Vermögensbildungsversicherung	3,50 % ^{bi}	1986 M/F	5	Versicherungssumme
Risikoversicherung	0,25 %	BG-abh. DAV 2008T	25	Beitragssumme	0,04 %
	0,50 %	mod. DAV 2008T und BG-abh. DAV 2008T	25	Beitragssumme	0,98 %
	1,75 % ^{bi}	DAV 94T mod. und mod. DAV 2008T	30 / 40	Beitragssumme	0,66 %
	2,25 % ^{bi}	DAV 94 T mod.	40	Beitragssumme	1,32 %
	2,75 % ^{bi}	DAV 94 T mod.	40	Beitragssumme	0,57 %
	3,25 % ^{bi}	DAV 94 T mod.	40	Beitragssumme	0,36 %
	4,00 % ^{bi}	DAV 94 T mod.	40	Beitragssumme	0,18 %
	4,00 % ^{bi}	DAV 94T und DAV 94T mod.	15	Versicherungssumme	0,11 %
	3,50 % ^{bi}	1986 M/F	0 - 15	Versicherungssumme	0,01 %
	3,00 % ^{bi}	1960/62 M und 1967 F	5	Versicherungssumme	0,00 %
Rentenversicherung	0,00 %	DAV 2004 R	0		8,45 %
	0,25 %	DAV 2004 R	0		0,05 %
	0,50 %	DAV 2004 R	0		11,12 %
	0,60 %	DAV 2004 R	0		0,12 %
	0,75 %	DAV 2004 R	0		0,04 %
	0,90 %	DAV 2004 R	0 / 15 / 18	Beitragssumme	0,79 %
	1,25 %	DAV 2004 R	0 / 15 / 18	Beitragssumme	0,84 %
	1,75 % ^{bi}	DAV 2004 R	0 / 15 / 18	Beitragssumme	9,34 %
	2,25 % ^{bi}	DAV 2004 R	0 / 15 / 18	Beitragssumme	11,93 %
	2,75 % ^{bi}	DAV 2004 R + DAV 2004 R B18	0 / 5 / 8	Beitragssumme	13,35 %
	3,25 % ^{bi}	DAV 2004 R B18	0 / 5	Beitragssumme	4,92 %
	4,00 % ^{bi}	DAV 2004 R B18	3 / 5 / 10 / 15	Beitragssumme	3,48 %
	4,00 % ^{bi}	DAV 2004 R B18	70 - 120	Jahresrente	1,46 %
	3,50 % ^{bi}	DAV 2004 R B18	70 - 120	Jahresrente	0,50 %

Tarifbezeichnung	Rechnungs- zins	Ausscheideordnung	Zillmersatz ‰	Bezugsgröße	Anteil an der De- ckungsrückstellung Passiva D.II. 1
Fondsgebundene Kapital und Rentenversicherung	0,90 %	DAV 2004 R	0		0,01 %
	1,25 %	DAV 2004 R	0		0,08 %
	1,75 % ^{bi}	DAV 2004 R	0		0,07 %
	2,25 % ^{bi}	DAV 2004 R	0 / 5 / 10	Beitragssumme	1,52 %
	2,75 % ^{bi}	DAV 94T mod. und DAV 2004 R und DAV 2004 R B18	0 / 5	Beitragssumme	4,45 %
	3,25 % ^{bi}	DAV 94T mod. und DAV 2004 R B18	0 / 5	Beitragssumme	2,51 %
	4,00 % ^{bi}	DAV 94T mod. und DAV 2004 R B18	5 / 10	Beitragssumme	0,17 %
Kollektivversicherung	3,00 %	1960/62 M	20	Versicherungssumme	0,00 %
	0,25 %	PSV 2004 R	0		0,01 %
	0,90 %	PSV 2004 R	0		0,06 %
	1,25 %	PSV 2004 R	0		0,02 %
	1,75 % ^{bi}	PSV 2004 R	0		0,03 %
	2,25 % ^{bi}	PSV 2004 R	0		0,05 %
	2,75 % ^{bi}	PSV 2000 R u. PSV 2004 R	0		0,01 %
	3,25 % ^{bi}	PSV 2000 R	0		0,01 %
	4,00 % ^{bi}	PSV 1996 R	0		0,01 %
Selbständige Berufsunfähig- keitsversicherung	0,25 %	Cosmos-eigene Invalidi- sierungstafel und mod. DAV 2008T	25	Beitragssumme	0,00 %
BU-Zusatzversicherung	0,50 %	DAV 98E u. mod. DAV 97I u. mod. DAV 2008T	25	Beitragssumme	0,10 %
	1,25 %	DAV 98E u. mod. DAV 97I u. mod. DAV 2008T	25	Beitragssumme	0,00 %
	1,75 % ^{bi}	DAV 97I u. DAV 94T u. DAV 98E u. mod. DAV 97I u. mod. DAV 2008T	30 / 40	Beitragssumme	0,23 %
	2,25 % ^{bi}	DAV 97 I u. DAV 94T	40	Beitragssumme	0,89 %
	2,75 % ^{bi}	DAV 97 I u. DAV 94T	40	Beitragssumme	0,66 %
	3,25 % ^{bi}	DAV 97 I u. DAV 94T	40	Beitragssumme	0,54 %
	4,00 % ^{bi}	DAV 97 I u. DAV 94T	40	Beitragssumme	0,19 %
	3,50 % ^{bi}	VT90 M/F u. DAV 94T	20 ^{ai}	Versicherungssumme	0,09 %
	3,50 % ^{bi}	1986 M/F u. USA 35/39	0		0,01 %
	3,00 % ^{bi}	1960/62M u. USA 35/39	0		0,00 %
Kapitalisierungsgeschäfte	0,10 %	-	0		7,72 %
übrige					0,00 %

^{ai} Reduzierungen in Abhängigkeit von der Versicherungsdauer

^{bi} Nach § 341f Abs. 2 HGB i. V. m. § 5 Abs. 3 und Abs. 4 DeckRV wurde ein aktueller Referenzzinssatz von 1,57 % zugrunde gelegt.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (Schäden, Abläufe, Renten und Rückkäufe) wurde unter Beachtung des § 341g HGB sowie des § 26 RechVersV ermittelt und für jeden bis zum Abschlussstichtag eingetretenen, der Gesellschaft bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Fall einzeln entsprechend der erwarteten Leistung gebildet. Für bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung noch nicht bekannte Schäden des Geschäftsjahres wurde eine pauschale Spätschadenrückstellung gebildet.

Die in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthaltene Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde unter Beachtung steuerlicher Vorschriften ermittelt.

Für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft wurden die Anteile der Rückversicherer an der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle gemäß den Rückversicherungsverträgen ermittelt.

Fonds für die Schlussüberschussanteile innerhalb der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Der Fonds für die Schlussüberschussanteile innerhalb der Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurde für den Altbestand im Sinne des § 336 VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG nach dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten Geschäftsplan berechnet.

Der Zinssatz beträgt 7,5%.

Für den Neubestand wurde der Fonds für die Schlussüberschussanteile so berechnet, dass sich für jede Versicherung der Teil des zu ihrem regulären Fälligkeitszeitpunkt (Ablauf der Versicherung oder Rentenbeginn bei aufgeschobenen Rentenversicherungen) vorgesehenen Schlussüberschussanteils ergab, der dem Verhältnis der abgelaufenen Versicherungsdauer zu der gesamten Versicherungsdauer oder der gesamten Aufschubzeit für Rentenversicherungen entsprach, abgezinst mit einem je Abrechnungsverband bzw. Bestandsgruppe festgelegten Zinssatz.

Für den Neubestand wird für Tarife bis März 1998 ein Zinssatz von 0,8% zugrunde gelegt. Für Tarife mit Beginn ab April 1998 wird in Abhängigkeit des Endalters der versicherten Person (= Eintrittsalter plus Versicherungsdauer des Vertrags) ein Zinssatz von 1,6%, bei Endaltern bis einschließlich 60 Jahren, und ansonsten von 0,8% angesetzt. Die Diskontsätze wurden entsprechend § 28 der RechVersV unter Berücksichtigung angemessener Zuschläge angesetzt.

Überleitung des handelsrechtlichen auf den ökonomischen Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen

Eine Überleitung des handelsrechtlichen auf den ökonomischen Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen der COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft aus Abschnitt D.2.1 ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

Überleitung versicherungstechnische Rückstellungen in Tsd. €

	2022
Handelsrechtlicher Wert der vt. Rückstellungen (Nettobetrag)	16.507.808
Überschussfonds	0
Zukünftige Überschussbeteiligung	2.649.582
Marktkonsistente ökonomische Annahmen, Best Estimate Annahmen und Vertragsgrenzen	-6.341.083
Umbewertung Rückversicherungsanteil	42.791
Risikomarge	142.025
Ökonomischer Wert der vt. Rückstellungen (Nettobetrag)	13.001.123

Der ökonomische Wert der ungebundenen RfB, der sogenannte Überschussfonds, ist unter Solvency II nicht in den versicherungstechnischen Rückstellungen auszuweisen. Da bei der Gesellschaft die für das Folgejahr deklarierte Direktgutschrift die ungebundene RfB übersteigt, ist der Überschussfond Null.

Weiterhin führt die Diskontierung mit einer marktnahen Zinskurve gemäß Solvency II an Stelle der Diskontierung auf Basis des Rechnungszinses in der handelsrechtlichen Bewertung durch die massiv gestiegenen Zinsen im Berichtszeitraum im Zusammenspiel mit der Berücksichtigung von Vertragsgrenzen und Best-Estimate-Annahmen gemäß Solvency II anstatt vorsichtiger Annahmen in der handelsrechtlichen Bewertung zu einem Rückgang der versicherungstechnischen Rückstellungen. Dabei führen insbesondere die Berücksichtigung der Wechselwirkung zwischen Neugeschäft und Überschussbeteiligung des Bestandes sowie die Anwendung von Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten, welche in der handelsrechtlichen Sicht nicht berücksichtigt werden dürfen, zu einer signifikanten Reduktion der versicherungstechnischen Rückstellungen.

Das Einbeziehen der Verpflichtungen aus zukünftiger Überschussbeteiligung, des Bewertungsunterschieds in den jeweiligen Rückversicherungsanteilen sowie der Risikomarge bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Solvency II wirken entsprechend erhöhend.

D.2.4 Grad der Unsicherheit, der mit dem Betrag der versicherungstechnischen Rückstellungen verbunden ist

Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen ist mit einer gewissen Unsicherheit verbunden, da die oben aufgeführten Annahmen (insb. Zinsannahmen, biometrische Annahmen, Kostenannahmen, Versicherungsnehmerverhalten und Managementregeln) entweder auf Basis aktueller Marktdaten bzw. historischer Beobachtungen hergeleitet werden oder auf Expertenschätzungen beruhen. Deren tatsächliches Eintreten ist jedoch von zukünftigen Ereignissen (z.B. gesetzgeberischen Entscheidungen) abhängig. Im Rahmen von internen und externen Überprüfungen werden sämtliche Annahmen auf ihre Angemessenheit untersucht, sodass die naturgemäß bestehenden Unsicherheiten in den getroffenen Annahmen als kontrollierbar eingestuft werden können und der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen adäquat abgebildet ist. Darüber hinaus werden Sensitivitätsberechnungen zur Zinskurve, zu den Vermögenswerten, zur Versicherungstechnik, zu den Managementregeln, zur Wechselwirkung zwischen Überschussbeteiligung und Neugeschäft und dem dynamischen Versicherungsnehmerverhalten (sofern existent) auf den besten Schätzwert durchgeführt und analysiert.

Sensitivitäten zur Zinskurve

Eine Verschiebung der risikofreien Zinssätze zeigt, dass die versicherungstechnischen Rückstellungen aufgrund der vorhandenen Garantieprodukte im Bestand der COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft zinssensitiv reagieren. Darüber hinaus führt eine Reduktion der UFR um 15 Basispunkte zu geringeren Zinssätzen für die Laufzeiten ab dem Jahr 20 und somit zu einer Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen.

Eine Nichtberücksichtigung der Volatilitätsanpassung im Rahmen der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen erhöht den besten Schätzwert der Verpflichtung um 79.689 Tsd. € (Vj. 20.363 Tsd. €) auf 12.924.848 Tsd. € (Vj. 16.643.490 Tsd. €) aufgrund des Zinsrückgangs und des daraus resultierenden geringeren Diskontierungseffekts. In gleichem Maße führt eine Erhöhung der Volatilitätsanpassung (hier um +10 bzw. +50 Basispunkte) in Verbindung mit somit höheren Diskontierungseffekten zu einer entsprechenden Reduktion.

Sensitivitäten zu den Vermögenswerten

Eine Erhöhung der Vermögenswerte führt im Allgemeinen zu einem Anstieg der versicherungstechnischen Rückstellungen, da in diesem Fall sowohl das Fondsvolumen der fondsgebundenen Produkte zu Beginn der Projektion steigt und den garantierten Teil des besten Schätzwertes erhöht als auch in der Projektion höhere Überschüsse gewährt werden, die gemäß Solvency II Teil der versicherungstechnischen Rückstellungen sind. Dementsprechend induziert eine Verringerung der Vermögenswerte einen Rückgang der versicherungstechnischen Rückstellungen. Die Erhöhung der Spreads für Corporate Bonds reduziert den Marktwert der entsprechenden Kapitalanlagen und führt analog zu den anderen Vermögenswerten zu einer Reduktion der versicherungstechnischen Rückstellungen.

Sensitivitäten zur Versicherungstechnik

Die Ergebnisse der Sensitivitätsberechnungen zur Versicherungstechnik zeigen, dass mögliche Unsicherheiten im Zusammenhang mit den Annahmen zur Biometrie nur lediglich geringfügig beeinflussen.

Sensitivitäten zu den Managementregeln

Im Rahmen der Sensitivitätsberechnungen zu den Managementregeln wurden u.a. eine Verlängerung und Verkürzung des Wiederanlagehorizontes und dessen Auswirkungen auf die versicherungstechnischen Ergebnisse untersucht. Dabei führt beispielsweise eine entsprechende Verlängerung um ein Jahr in den Ergebnissen der Projektion insgesamt zu einem minimalen Rückgang der versicherungstechnischen Rückstellungen, der im Wesentlichen aus zwei gegenläufigen Effekten entsteht. Zum einen erhöht die geänderte Kapitalanlagestrategie die Duration der Aktivseite, was einen Rückgang des Zeitwerts der in den Versicherungsverträgen enthaltenen Optionen und Garantien impliziert, zum anderen erhöht der insgesamt erhöhte laufende Kapitalertrag aus der Investition in längerfristige Zinstitel die zukünftige Überschussbeteiligung. Die Erhöhung der zukünftigen Überschussbeteiligung bei der Gesellschaft wird dabei vom Rückgang des Zeitwerts der Optionen und Garantien leicht überkompensiert und reduziert somit die versicherungstechnischen Rückstellungen.

Die Ergebnisse der Sensitivitätsberechnungen zur Nichtberücksichtigung einer Anpassung der Ziel-Aktienquote nach Realisierung stiller Reserven sowie zur Erhöhung der langfristigen Ziel-Aktienquote um 3%-Punkte zeigen eine Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf die Tatsache zurückzuführen, dass die mit dem höheren Aktienanteil einhergehenden höheren Verluste auf schlechten Kapitalmarktpfaden vom Aktionär getragen werden, während auf guten Kapitalmarktpfaden der höhere Aktienanteil zu höheren Kapitalerträgen und somit zu einem Anstieg der zukünftigen Überschussbeteiligung führt, der den Versicherungsnehmern zugutekommt.

Nach § 140 Abs. 1 VAG kann die Gesellschaft im Falle eines drohenden Notstandes mit Zustimmung der BaFin Mittel aus dem Teil der RfB, der nicht auf bereits festgelegte Überschussanteile entfällt, zur Deckung von Verlusten verwenden. Ein Ausbleiben solcher RfB-Entnahmen im Falle eines Notstands gemäß § 140

VAG sowie das Ausbleiben einer Kürzung der Direktgutschrift führen ebenfalls zu einer Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen, da in diesem Szenario die Mittel aus der freien RfB weiterhin leistungserhöhend den Versicherungsnehmern zugutekommen und die Abwendung des Notstands allein durch den Aktionär getragen wird.

Sensitivitäten zur Wechselwirkung zwischen Überschussbeteiligung und Neugeschäft:

Ein Rückgang der Abschlusskostenaufwendungen für das zukünftige Neugeschäft um 50% verringert die zugehörigen überrechnungsmäßigen Abschlusskosten, die das Kostenergebnis des Bestandes entlasten. Folglich können den Versicherungsnehmern des Bestandes auf diese Weise insgesamt höhere Überschüsse gewährt werden, die die versicherungstechnischen Rückstellungen erhöhen. Analog bewirkt ein Anstieg der Abschlusskostenaufwendungen für das Neugeschäft um 50% einen Rückgang der versicherungstechnischen Rückstellungen. Die Höhe der Auswirkung auf die versicherungstechnischen Rückstellungen spiegelt sich im Wesentlichen in der Änderung des Effektes aus der Berücksichtigung der Wechselwirkung zwischen zukünftiger Überschussbeteiligung und Neugeschäft wider.

Sensitivitäten zum Verhalten der Versicherungsnehmer

Im Allgemeinen wird durch das Ausschalten des dynamischen Versicherungsverhaltens im Unternehmensmodell den Versicherungsnehmern der Gesellschaft die Option entzogen, auf für sie nachteilige Vertragsverläufe bedingt durch Veränderungen des ökonomischen Umfelds mit zeitweiser oder dauerhafter Vertragsunterbrechung zu reagieren. In dieser Sensitivitätsberechnung wird daher der Zeitwert der in den Verträgen eingebetteten Optionen nicht berücksichtigt und führt somit zum Stichtag zu einer Reduktion der versicherungstechnischen Rückstellungen.

D.2.5 Rückversicherungsverträge und Zweckgesellschaften

Rückversicherer der Gesellschaft ist ausschließlich die Generali Deutschland AG, wobei ein Teil des übernommenen Geschäfts retrozediert wird, u.a. an die Assicurazioni Generali S.p.A.

Bis auf wenige Ausnahmen handelt es sich um proportionale Rückversicherung (Summenexzedenten, Quoten), wobei die Rückversicherung ausschließlich obligatorisch bzw. in wenigen Fällen fakultativ obligatorisch (also nicht rein fakultativ) ist. Diese proportionalen Rückversicherungen werden ergänzt durch wenige konzerninterne nichtproportionale Rückversicherungen (Stop Loss und Kumul Excess of Loss).

Die Langfristigkeit des Lebensversicherungsgeschäfts vererbt sich bis in die Rückversicherung hinein, so dass die Rückversicherungsstrukturen in der Lebensrückversicherung in der Regel langfristig sehr stabil sind und sich von Jahr zu Jahr nur leicht verändern.

Rückversicherung bezieht sich je nach Rückversicherungsvertrag auf alle Arten von Lebensversicherungen einschließlich Zusatzversicherungen.

Rückversicherungen unter Einbindung von sogenannten Special Purpose Vehicles (Zweckgesellschaft(en)) bestehen nicht.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht über die wesentlichen sonstigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft, die dann nachfolgend erläutert werden.

Rückstellungen und Verbindlichkeiten in Tsd. €

	Ökonomischer Wert		Handelsrechtlicher Wert	
	2022	2021	2022	2021
Versicherungstechnische Rückstellungen*	12.987.183	16.808.362	16.507.808	16.794.657
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	13.585	9.233	13.678	9.326
Rentenzahlungsverpflichtungen	15.015	21.774	19.306	18.749
Depotverbindlichkeiten	18.068	26.095	24.704	27.621
Latente Steuerschulden	146.551	203.444	0	0
Derivate	10.509	6.630	7.479	5.272
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	4.403	4.979	4.403	4.979
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	5.592	11.256	5.592	11.256
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	151.755	119.490	151.755	119.490
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0	0	0
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	125	100	256	258
Verbindlichkeiten insgesamt	13.352.856	17.211.448	16.734.982	16.991.609
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	855.638	888.679	171.151	171.151

*Siehe Abschnitt D.2 für weitere Informationen

D.3.1 Grundsätzliche Prinzipien der Bewertung

Die Bewertung der sonstigen Verbindlichkeiten folgt den allgemeinen Prinzipien der Bewertung, die in der Einleitung zu Abschnitt D dargestellt sind.

D.3.2 Erläuterung wesentlicher Verbindlichkeiten

Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt handelsrechtlich mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag, der zukünftig erwartete Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt. Dieser wird als eine angemessene Näherung des ökonomischen Wertes erachtet. Beträgt die Restlaufzeit einer Rückstellung mehr als ein Jahr, wird eine Abzinsung mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre vorgenommen. Die Abzinsungszinssätze werden von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe einer Rechtsverordnung ermittelt und bekannt gegeben.

Der Anstieg der ökonomischen Werte gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus diversen sonstigen Verpflichtungen (+ 4.352 Tsd. €).

Rentenzahlungsverpflichtungen

Für die Bilanzierung der Pensionsverpflichtungen werden in der Solvabilitätsübersicht die Vorschriften des IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ angewendet. Demnach werden Rückstellungen für leistungsorientierte Zusagen des Arbeitgebers nach der jeweiligen Versorgungsordnung des Unternehmens passiviert. In der Handelsbilanz werden Pensionsrückstellungen für unmittelbare Pensionszusagen des Arbeitgebers gebildet.

Für mittelbare Pensionsverpflichtungen werden in der Handelsbilanz grundsätzlich keine Rückstellungen ausgewiesen. Einige dieser mittelbaren Verpflichtungen (dies betrifft insb. die Unterstützungs- und Versorgungskassenzusagen) gelten jedoch als leistungsorientierte Pensionszusagen i.S.d. IAS 19 und sind daher in der Solvabilitätsübersicht rückstellungspflichtig. Im Gegenzug sind in der Solvabilitätsübersicht Vermögenswerte (z.B. der Unterstützungskassen) zu berücksichtigen, die in der Handelsbilanz der Gesellschaft nicht aktivierungsfähig sind.

Die folgende Tabelle zeigt den handelsrechtlichen Buchwert der Pensionsrückstellungen.

Handelsrechtlicher Buchwert der Pensionsrückstellungen in Tsd. €

	2022	2021
Handelsrechtlicher Buchwert der Pensionsrückstellungen	19.112	18.561
zuzüglich saldiertem Deckungsvermögen	194	188
Handelsrechtliche Pensionsrückstellungen vor Saldierung	19.306	18.749
zuzüglich noch nicht berücksichtigtem BilMoG-Zuführungsbetrag	245	434
Handelsrechtlicher Sollwert der Pensionsrückstellungen	19.551	19.183
Auswirkung der abweichenden Berechnungsfaktoren für den ökonomischen Wert	-4.813	2.318
Leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen, die nicht im handelsrechtlichen Sollwert berücksichtigt werden dürfen (vgl. oben)	277	273
Ökonomischer Wert der Pensionsrückstellungen	15.015	21.774

In der Solvabilitätsübersicht und der Handelsbilanz erfolgt die Bewertung der rückstellungspflichtigen Verpflichtungen nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method). Diese Methode geht davon aus, dass zu jedem Bewertungsstichtag ein festgelegter Teil des endgültigen Leistungsanspruchs verdient wird, und bewertet jeden Teil der Verpflichtung separat („Leistungsbaustein“). Der gesamte Leistungsanspruch setzt sich aus allen erdienten Leistungsbausteinen zusammen.

Kongruent rückgedeckte Pensionszusagen wurden in der Solvabilitätsübersicht und Handelsbilanz wie eine wertpapiergebundene Versorgungszusage bewertet. Für diese Zusagen wurde als Soll-Wert der Pensionsverpflichtung der beizulegende Zeitwert der Rückdeckungsversicherung (Aktivwert) angesetzt; auch wenn der Barwert der garantierten Mindestleistung durch diesen überschritten wurde.

Der Bilanzansatz der Rückstellung für Pensionen ergibt sich in der Solvabilitätsübersicht als Saldo des Barwerts der Verpflichtung für die erdienten Pensionsansprüche der Versorgungsberechtigten und des Zeitwerts des Planvermögens (sofern vorhanden). Die Bewertung des Deckungsvermögens erfolgt nach § 253 Abs. 1 S. 4 HGB zum beizulegenden Zeitwert. Dieser entspricht dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherung. Der Aktivwert wurde in der Solvabilitätsübersicht zum Teil nicht mit den Pensionsrückstellungen saldiert, sofern es sich nicht um qualifizierende Versicherungsverträge i.S.d. IAS 19.8 und damit nicht um Planvermögen handelte. Versicherer ist die Gesellschaft selbst.

In der Solvabilitätsübersicht bestehen aus Unterstützungskassenzusagen zusätzliche Erstattungsansprüche in Höhe von 277 Tsd. € (Vj. 273Tsd. €). Es handelt sich um Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen. Versicherer ist die Gesellschaft selbst.

Der Bewertung der Rückstellung für Pensionen liegen in der Solvabilitätsübersicht und der Handelsbilanz die Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck sowie firmenspezifische Fluktuationswahrscheinlichkeiten und die erwarteten Gehalts-, Pensionsanwartschafts- sowie Rentensteigerungen zugrunde.

Die folgende Tabelle zeigt die angewandten Berechnungsfaktoren.

Angewandte Berechnungsfaktoren in %

	2022		2021	
	Ökonomischer Wert	Handelsrechtlicher Wert	Ökonomischer Wert	Handelsrechtlicher Wert
Rechnungszins	3,85	1,79	1,15	1,87
Einkommensentwicklungsrate (unter Berücksichtigung des Karrieretrends)	3,00	3,00	3,00	3,00
Rentendynamik	2,00	2,00	2,00	2,00
Anpassung der Beitragsbemessungsgrenze	2,00	2,00	2,00	2,00

Der zur Abzinsung angesetzte Rechnungszins in der Solvabilitätsübersicht orientiert sich an Zinssätzen, die am Bilanzstichtag für mit „AA“ geratete Unternehmensanleihen gelten und gemäß IAS 19.83 auf entsprechende Laufzeiten ausgeweitet werden.

In der Handelsbilanz wurde gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Rückstellungen mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz zu bewerten, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Zum 31. Dezember 2022 wird auf Basis der bis zum 31. Oktober 2022 (vorgezogener Inventurstichtag) vorliegenden Daten ein prognostizierter 10-Jahres-Durchschnittszinssatz von 1,79% bzw. ein prognostizierter 7-Jahres-Durchschnittszinssatz von 1,45% berücksichtigt.

Die Veränderung der Rentenzahlungsverpflichtungen zum Vorjahr ist zum einen bedingt durch Bestandsbewegungen bzw. durch Bestandentwicklungen und zum anderen durch die Änderung des Rechnungszinses von 1,15 % in 2021 auf 3,85 % in 2022.

Depotverbindlichkeiten

Die Abweichung zwischen Solvabilitätsübersicht und Handelsbilanz resultiert i.W. aus der Umbewertung der Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen. Handelsrechtlich erfolgt die Bewertung zum Erfüllungsbetrag der Bardepots.

Wesentlicher Treiber für den Rückgang der Depotverbindlichkeiten ist das veränderte ökonomische Umfeld. Das veränderte Zinsumfeld führt zu einer Verbesserung des Rückversicherungsergebnisses und damit zu einem Rückgang der Depotverbindlichkeiten. Dies wird teilweise durch einen Anstieg der Depotverbindlichkeiten aufgrund aktualisierter Daten bei Storno und Rückversicherungsverträgen kompensiert.

Latente Steuerschulden

Latente Steuern resultieren aus temporären Differenzen zwischen den ökonomischen Werten und der Steuerbilanz. Die latenten Steuern wurden unter Anwendung eines Steuersatzes von 32% ermittelt.

Handelsrechtlich sind aktive und passive latente Steuern zu saldieren. Ein passivischer Saldo ist anzusetzen, während für einen aktivischen Überhang ein Wahlrecht besteht (§ 274 Abs. 1 HGB).

Handelsrechtlich erfolgt jedoch kein Ausweis latenter Steuern, da die Gesellschaft zum körperschaftsteuerlichen und gewerbesteuerlichen Organkreis der Generali Beteiligungs-GmbH gehört.

In der Solvabilitätsübersicht sind latente Steuern unter Beachtung des IAS 12 „Ertragsteuern“ zu ermitteln. Im Geschäftsjahr bestehen auf Basis der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowohl latente Steuer-schulden als auch latente Steueransprüche, die gemäß IAS 12.74 saldiert als Verbindlichkeit gezeigt werden. Zum Stichtag wird ein passivischer Saldo in Höhe von 146.551 Tsd. € (Vj. 203.444 Tsd. €) angesetzt. Dieser resultiert im Wesentlichen aus versicherungstechnischen Rückstellungen und wird teilweise durch den aktivischen Saldo aus Kapitalanlagen kompensiert. Der Rückgang der Latenten Steuerschulden gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen zinsbedingt und ergibt sich aus dem deutlichen Anstieg des passivischen Saldos aus versicherungstechnischen Rückstellungen, der teilweise durch Kapitalanlagen kompensiert wird, bei denen sich der passivische Saldo aus dem Vorjahr in einen aktivischen Saldo im Geschäftsjahr umkehrt.

Derivate

Unter diesem Element wurden in der Solvabilitätsübersicht die ökonomischen Werte der passivischen Derivate ausgewiesen. Im Rahmen des handelsrechtlichen Abschlusses werden diese Posten gemäß § 254 HGB als Bestandteil einer Bewertungseinheit nach der Einfrierungsmethode bewertet (siehe hierzu Abschnitt D.1.).

Der Anstieg der ökonomischen Werte gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die höheren Verbindlichkeiten entstanden aus der Absicherung von USD-Exposures zurückzuführen.

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Die Bewertung erfolgt handelsrechtlich mit dem Erfüllungsbetrag. Dieser wird als eine angemessene Näherung des ökonomischen Wertes erachtet.

Im Gegensatz zum veröffentlichten Jahresabschluss der Gesellschaft sind in diesem Element der Solvabilitätsübersicht nicht die Verpflichtungen aus den verzinslich angesammelten Überschussanteilen ausgewiesen. Diese sind zur besseren Vergleichbarkeit einheitlich für den ökonomischen und handelsrechtlichen Wert unter den versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesen.

Der Rückgang der ökonomischen Werte gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus den Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern für im Voraus erhaltene Prämien (-576 Tsd. €).

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

Die Bewertung erfolgt handelsrechtlich mit dem Erfüllungsbetrag. Dieser wird als eine angemessene Näherung des ökonomischen Wertes erachtet.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern bestehen ausschließlich aus Abrechnungsverbindlichkeiten gegenüber der Generali Deutschland AG - sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um 5.664 Tsd. € verringert.

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

Die Sonstigen Verbindlichkeiten werden in der Handelsbilanz grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag bewertet. Dieser wird als eine angemessene Näherung des ökonomischen Wertes erachtet.

Der Anstieg der ökonomischen Werte gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (+30.364 Tsd.€) zurückzuführen.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Alternative Bewertungsmethoden sind erforderlich, wenn für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten keine Marktpreise verfügbar sind, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind (Art. 10 Abs. 2 DVO), und die ökonomischen Werte auch nicht mit Hilfe von Marktpreisen abgeleitet werden können, die an aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind (Art. 10 Abs. 3 DVO).

Die alternativen Bewertungsmethoden werden regelmäßig überprüft, um ihren Ansatz stets im Einklang mit den Vorgaben gemäß SII durchzuführen.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Bewertungskonzepte, die wesentlichen Annahmen und die Unsicherheiten in der Bewertung der betroffenen Bilanzposten.

Bewertungskonzept

Betroffene Bilanzposten	Bewertungskonzept	Wesentliche Annahmen	Unsicherheit in der Bewertung
Eigengenutzte und fremdgenutzte Immobilien	Ertragswertverfahren gemäß der ImmoWertV Discounted Cash Flow (DCF) Verfahren gemäß der RICS Valuation – Global Standards 2017 (Red Book)	Marktübliche Miete, Bewirtschaftungskosten, wirtschaftliche Restnutzungsdauer, Liegenschaftszinssatz Diskontierungs- sowie der Kapitalisierungszinssatz	Immobilienbewertung beziehen die Zukunft der Immobilie ein. Daher bestehen Unsicherheiten, wenn über den Ausgang der Eingabegrößen zum Bewertungszeitpunkt imperfekte Kenntnisse vorhanden sind. Durch externe Sachverständige sowie interne Prüfprozesse wird die Minimierung dieser Unsicherheiten gewährleistet.
Anleihen	Barwertmethode	Emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve, instrumentabhängige Liquiditätsprämie	Es bestehen diverse interne Bewertungsmethoden, die die jeweiligen spezifischen Unterschiede (Kredit, Laufzeit, Illiquidität und derivative Komponenten) der einzelnen Fixed Income Investments berücksichtigen. Diese Bewertungsmethoden werden auch von der Asset Management Aufsicht überwacht.
Darlehen und Hypotheken (ohne Policendarlehen)	Barwertmethode	Emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve, instrumentabhängige Liquiditätsprämie	Gering, da es sich bei den Bewertungsparametern i.W. um öffentliche Marktdaten handelt.
Einforderbare Beiträge aus Rückversicherungsverträgen	Bester Schätzwert angepasst um das Ausfallrisiko des Rückversicherers. Gem. Artikel 81 Rahmenrichtlinie ((RICHTLINIE 2009/138/EG))	Siehe Erläuterungen zu versicherungstechnische Rückstellungen Zusätzlich: Ausfallrisiko des Rückversicherers	Siehe Erläuterungen zu versicherungstechnische Rückstellungen
Depotforderungen	Siehe Erläuterungen zu versicherungstechnische Rückstellungen	Siehe Erläuterungen zu versicherungstechnische Rückstellungen	Siehe Erläuterungen zu versicherungstechnische Rückstellungen
Versicherungstechnische Rückstellungen	Bester Schätzwert zuzüglich Risikomarge gemäß Artikel 76-80 Rahmenrichtlinie ((RICHTLINIE 2009/138/EG))	Biometrische Annahmen, Entwicklung der Kapitalanlagen, Stornoentwicklung, Kostenentwicklung, Schadenentwicklung, Versicherungsverhalten,	Grundsätzlich basieren die der Bewertung zugrundeliegenden Zahlungsströme auf Annahmen, die auf Basis der zum Stichtag vorliegenden bzw. historischen

Betroffene Bilanzposten	Bewertungskonzept	Wesentliche Annahmen	Unsicherheit in der Bewertung
		Künftige Maßnahmen des Managements.	Informationen gesetzt werden deren Extrapolation mit Unsicherheiten verbunden ist.
Eventualverbindlichkeiten	Barwertmethode	Geschätzter Erfüllungsbetrag	Gering, da es sich bei den Bewertungsparametern i.W. um öffentliche Marktdaten handelt.
Nachrangige Verbindlichkeiten	Barwertmethode	Nicht zutreffend	Gering, da es sich bei den Bewertungsparametern i.W. um öffentliche Marktdaten handelt.

D.5 Sonstige Angaben

Zum Stichtag lagen keine Sachverhalte für sonstige Angaben bei der Gesellschaft vor.

E Kapitalmanagement

Ziel des Kapitalmanagements ist die risikoorientierte Steuerung des Kapitals der Gesellschaft sowie die Überwachung der Solvenzkapitalanforderung und der zu deren Bedeckung anrechenbaren Eigenmittel. Maßgeblich für die Sicherstellung einer stets ausreichenden Gesamtsolvabilität ist das gemeinsame Wirken von Risiko- und Kapitalmanagement (Capital Management).

Das Capital Management umfasst neben spezifischen Maßnahmen zur Steuerung und Optimierung der Kapitalausstattung vor allem Aktivitäten in den Bereichen Eigenfinanzierung, Debt Management und Kapitalallokation allgemein. Diese Aufgaben sind eingebettet in gruppenweite Prozesse der Assicurazioni Generali S.p.A., die durch Leit- und Richtlinien wie der Capital Management Group Policy, der Capital Management Group Guideline und der Intragroup Transactions Group Policy definiert werden. Diese werden vom Vorstand verabschiedet sowie jährlich in Hinblick auf etwaigen Anpassungsbedarf überprüft. Die Capital Management Group Policy und Guideline geben den organisatorischen Rahmen für die Klassifizierung, Überwachung und Aufnahme oder Ausschüttung von Eigenmitteln gemäß Solvency II unter Berücksichtigung des mittelfristigen Kapitalmanagementplans (Capital Management Plan), der Dividendenpolitik und der regulatorischen sowie intern gesetzten Rahmenbedingungen (u.a. Risk Appetite Framework) vor.

Gemäß den allgemeinen Anforderungen aus der Solvency II-Regulatorik und im Einklang mit der Capital Management Group Policy und Capital Management Group Guideline erstellen alle Versicherungsgesellschaften der Generali in Deutschland jährlich einen Capital Management Plan, der dem Vorstand zur Verabschiedung vorgelegt wird. Dieser ist ein wesentlicher Teil der jährlich rollierenden dreijährigen Mittelfristplanung der Gesellschaft und beschreibt unter deren Prämissen die Entwicklung von Solvenzkapitalanforderung und Eigenmitteln im Detail. Dabei finden Kapitalerfordernisse und -ausstattung, Maßnahmen zur Optimierung der Kapitalallokation, Dividendenpolitik und Toleranzgrenzen gemäß Risk Appetite Framework Berücksichtigung.

Im Rahmen des Capital Managements wird ferner eine mögliche Aufnahme von Eigenmitteln einer Gesellschaft der Generali in Deutschland geregelt. Jede Aufnahme von anrechenbaren Eigenmitteln entspricht den Generali Group Internal Guidelines und folgt dezidierten Prozessschritten. Allerdings sollen Eigenmittel einer Gesellschaft das erforderliche Maß auch nicht dauerhaft unangemessen übersteigen. Kapital, das vor dem Hintergrund festgelegter Solvabilitätszielquoten (Target Levels) auf lokaler Ebene nicht erforderlich ist, soll innerhalb der Generali Gruppe zentral gebündelt werden, um dadurch die Fungibilität des Kapitals zu gewährleisten. Entsprechende Kapitaloptimierungsmaßnahmen werden nur durchgeführt, soweit diese rechtlich und regulatorisch möglich und auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zweckmäßig sind.

Neben dem gruppeninternen Capital Management Plan als Teil der Mehrjahresplanung wird nach erfolgtem Jahresabschluss der Gesellschaft ein Capital Management Report erstellt. Dieser enthält neben einer detaillierten Analyse der Entwicklung der Solvenzkapitalanforderung und der Eigenmittel des vergangenen Geschäftsjahres im Vergleich zu Hochrechnungs- und Planungsergebnissen des Capital Management Plans unter anderem auch Informationen und Details zu sämtlichen durchgeführten Capital Management Maßnahmen.

E.1 Eigenmittel

Die Eigenmittel gemäß Solvency II, sogenannte „Own Funds“ (OF), stellen die Gesamtheit aller Eigenmittel der Gesellschaft dar, die zur Bedeckung der Solvenzanforderungen herangezogen werden können. Sie setzen sich zusammen aus der Summe der Basiseigenmittel („Basic Own Funds“) und der außerbilanziellen, ergänzenden Eigenmittel („Ancillary Own Funds“), sofern diese vorliegen.

Die Basiseigenmittel errechnen sich aus der Differenz zwischen dem ökonomischen Wert der Vermögenswerte und dem ökonomischen Wert der Verbindlichkeiten zuzüglich der nachrangigen Verbindlichkeiten.

Neben den nachrangigen Verbindlichkeiten sind die weiteren wesentlichen Komponenten der Basiseigenmittel das gezeichnete Kapital, das Emissionsagio, die aktiven latenten Steuern, der Überschussfonds, welcher dem ökonomischen Wert der ungebundenen Rückstellung für Beitragsrückerstattung abzüglich der deklarierten Direktgutschrift entspricht, sowie die Ausgleichsrücklage, welche den sonstigen Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten umfasst.

Die ergänzenden Eigenmittel können z.B. Teile des nicht eingezahlten Grundkapitals, Kreditbriefe und Garantien von Dritten sein. Eine Anrechnung von außerbilanziellen Eigenmitteln setzt eine vorherige Genehmigung der Aufsicht voraus.

Die Eigenmittel werden in drei Qualitätsklassen eingeteilt und unterliegen hinsichtlich ihrer Anrechenbarkeit bei der Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung den im Folgenden skizzierten Beschränkungen:

Eigenmittel der Qualitätsklasse 1 stellen die höchste Güteklasse dar und dürfen grundsätzlich unbeschränkt zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung herangezogen werden.

Nachrangige Verbindlichkeiten, die die Anforderungen zur Einstufung in Qualitätsklasse 1 erfüllen, fallen in die sogenannte „Qualitätsklasse 1 – beschränkt“. Sie dürfen maximal 20% an den Eigenmitteln der Qualitätsklasse 1 ausmachen.

Eigenmittel der Qualitätsklasse 2 und 3 unterliegen hingegen folgenden Einschränkungen hinsichtlich der maximal erlaubten Höhe ihrer Anrechenbarkeit. Eigenmittel der Qualitätsklasse 2 können bis maximal 50% der Solvenzkapitalanforderung angerechnet werden. Eigenmittel der Qualitätsklasse 3 dürfen bis zu maximal 15% der Solvenzkapitalanforderung angerechnet werden, wobei die Summe von Qualitätsklassen 2 und 3 dann 50% der Solvenzkapitalanforderung nicht überschreiten darf. Bei der Bedeckung der Mindestkapitalanforderung gelten darüber hinaus engere Grenzen der Anrechenbarkeit. Eigenmittel der Qualitätsklasse 2 dürfen hier nur bis zu maximal 20% der Mindestkapitalanforderung angerechnet werden, während Eigenmittel der Qualitätsklasse 3 gar nicht anrechenbar sind.

E.1.1 Wesentliche Unterschiede zwischen dem handelsrechtlichen Eigenkapital und dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten der Solvabilitätsübersicht

Die Solvabilitätsübersicht und die daraus resultierenden Eigenmittel gemäß Solvency II basieren auf der ökonomischen Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten. Im Gegensatz hierzu basiert die Ermittlung des handelsrechtlichen Eigenkapitals auf den Grundsätzen der vorsichtigen Bilanzierung im Rahmen des Handelsgesetzbuches. Beim Übergang vom handelsrechtlichen Eigenkapital auf die Eigenmittel gemäß Solvency II kommt es daher zur Umbewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten. Diese beinhaltet insbesondere die Aufdeckung stiller Reserven und Lasten in Kapitalanlagen und versicherungstechnischer Rückstellungen.

Überleitung des handelsrechtlichen Eigenkapitals - in Tsd. €

	2022	2021
Handelsrechtliches Eigenkapital	171.151	171.151
a) Aufdeckung stiller Reserven und Lasten aus Kapitalanlagen	-2.646.701	995.891
b) Aufdeckung stiller Reserven und Lasten bei den versicherungstechnischen Rückstellungen	3.520.624	-13.705
c) Umbewertung der Rückversicherungsanteile	-36.156	-51.424
d) Anpassung der Pensionsrückstellungen	4.291	-3.025
e) Anpassung latenter Steuern (netto)	-146.551	-203.444
f) Umbewertung der nachrangigen Verbindlichkeiten	0	0

g) Sonstige Anpassungen	-11.021	-6.766
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht	855.638	888.679

Die stillen Lasten aus Kapitalanlagen resultierten insbesondere aus dem Saldo der Organsimen für gemeinsame Anlagen (-679.603 Tsd. €, Vj. 267.230 Tsd. €) und der Anleihen (-2.063.345 Tsd. €, Vj. 632.198 Tsd. €).

Aus den versicherungstechnischen Elementen ergab sich durch die Anpassung der versicherungstechnischen Brutto-Rückstellungen und der Veränderung der Anteile der Rückversicherer ein Nettoeffekt in Höhe von 3.484.469 Tsd. € (Vj. -65.128 Tsd. €).

E.1.2 Basiseigenmittel und ergänzende Eigenmittel

Zusammensetzung der Eigenmittel in Tsd. €

	2022	2021
Basiseigenmittel		
a) Gezeichnetes Kapital	10.740	10.740
b) Emissionsagio (Kapitalrücklage)	22.853	22.853
c) Überschussfonds	0	0
d) Ausgleichsrücklage	822.045	855.086
e) Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0
f) Aktive latente Steuern (netto)	0	0
Summe	855.638	888.679

Zum Stichtag betragen die gesamten Eigenmittel der Gesellschaft 855.638 Tsd. € (Vj. 888.679 Tsd. €). Ergänzende außerbilanzielle Eigenmittel liegen nicht vor.

Verfügbare und anrechenbare Eigenmittel in Tsd. €

	2022	2021
Qualitätsklasse 1	855.638	888.679
Qualitätsklasse 2	0	0
Qualitätsklasse 3	0	0
Summe	855.638	888.679

Die verfügbaren Eigenmittel der Gesellschaft sinken im Berichtsjahr 2022 im Vergleich zum Jahresende 2021 um ca. 4%. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus einem Rückgang des positiven Effektes aus der Wechselwirkung zwischen zukünftigem Neugeschäft und Überschussbeteiligung des Bestandes der Gesellschaft infolge einer deutlich stärkeren Diskontierung aufgrund des signifikanten Zinsanstiegs sowie einer spürbaren Verringerung der zukünftigen Aktionärerträge. Zwar wirken das gestiegene Zinsniveau und der damit verbundene Anstieg der Wiederanlagerenditen, eine Aktualisierung der langfristigen Dividenplanungen im Rahmen einer Neuparametrisierung der Managementregeln im Unternehmensmodell, die

Optimierung der strategischen Asset Allokation (SAA) in Bezug auf die Auswirkungen in der risikoneutralen Bewertung sowie ein Verzicht auf einen weiteren Ausbau der Aktienquote, Private Debt und Real Assets zunächst positiv auf die zukünftigen Aktionärerträge. Diese werden jedoch von den Folgen einer durch den Zinsanstieg deutlich stärkeren Diskontierung von Risiko- und Kostengewinnen in der Projektion sowie der regulatorisch geforderten vollständigen Berücksichtigung von externen Fondsmanagementgebühren im Rahmen der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II teilweise kompensiert. Darüber hinaus induziert das steigende Marktzinsumfeld mit ebenso höheren Volatilitäten eine Verstärkung der Asymmetrien des deutschen Lebensversicherungsgeschäfts, was sich in einem Anstieg des Zeitwerts von Optionen und Garantien niederschlägt und die Eigenmittel zusätzlich belastet. Diese eigenmittelreduzierenden Effekte können nur teilweise durch niedrigere passive latente Steuern in der Solvabilitätsübersicht sowie einem Rückgang der Risikomarge zum Jahresende 2022 im Vergleich zum Vorjahr (vgl. Kapitel D.2.2.) kompensiert werden.

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 460.000 auf den Namen lautende Stückaktien mit einem Nennbetrag von jeweils 25,57 €.

Vom gezeichneten Kapital in Höhe von 11.762 Tsd. € (Vj. 11.762 Tsd. €) sind nicht eingeforderte ausstehende Einlagen in Höhe von 1.023 Tsd. € (Vj. 1.023 Tsd. €) abzuziehen.

Das Emissionsagio berücksichtigt die Kapitalrücklage, die gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB gebildet wurde und unverändert gegenüber dem Vorjahr bei 22.853 Tsd. € liegt.

Die Ausgleichsrücklage ergibt sich aus dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht abzgl. des gezeichneten Kapitals, des Emissionsagios und des Überschussfonds.

Die wesentlichen Bestandteile des Überschusses der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht sind in Kapitel E.1.1 dargestellt.

Ein Bilanzgewinn wird nicht ausgewiesen, da zwischen der COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft und der Generali Deutschland AG ein Ergebnisabführungsvertrag besteht. Zum Stichtag wurde ein Gewinn in Höhe von 27.920 Tsd. € (Vj. 47.770 Tsd. €) abgeführt.

Bezüglich der Darstellung der Eigenmittel im Planungszeitraum sowie der Betrachtung alternativer Szenarien wird auf Kapitel E.2 verwiesen.

Nachrangige Verbindlichkeiten liegen zum Stichtag nicht vor.

Zum Stichtag liegen keine Bestandteile vor, die von den Eigenmitteln aufgrund von Einschränkungen für Abzüge oder Belastungen abgezogen werden.

Zum Stichtag liegen anrechenbare Eigenmittel zur Bedeckung der Mindestkapitalanforderungen in Höhe von 855.638 Tsd. € (Vj. 888.679 Tsd. €) vor. Zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderungen liegen anrechenbare Eigenmittel ebenfalls in Höhe von 855.638 Tsd. € (Vj. 888.679 Tsd. €) vor.

Vorhersehbare Dividenden oder vom Unternehmen gehaltene eigene Anteile, die zu einer Reduzierung der Ausgleichsrücklage führen würden, liegen nicht vor.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Eine zentrale Komponente des europäischen Versicherungsaufsichtsregimes Solvency II ist die Vereinheitlichung der Bewertung unternehmenseigener Risiken. Nach europäischem Aufsichtsrecht hat jedes (Rück-)Versicherungsunternehmen ab 1. Januar 2016 sicherzustellen, all seine vertraglich eingegangenen

Verpflichtungen für das kommende Jahr mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,5% erfüllen zu können. Die Nichterfüllbarkeit entspricht damit der Realisierung eines 200-Jahres-Ereignisses. Der unter dieser Annahme zu berechnende Verlust an ökonomischen Eigenmitteln ist als Risikokapital in der Solvabilitätsübersicht der Gesellschaft auszuweisen. Dieser ergibt sich als Differenz aus dem

- Value-at-Risk der anrechenbaren Eigenmittel zum entsprechenden Niveau und dem
- besten Schätzwert der Eigenmittel

und wird als Solvenzkapitalanforderung („Solvency Capital Requirement“, SCR) bezeichnet.

Das (Rück-)Versicherungsunternehmen hat zum Bewertungsstichtag nachzuweisen, dass es über eine ausreichende Höhe an Eigenmitteln verfügt, um das SCR zu bedecken. Das Verhältnis zwischen Eigenmitteln und SCR wird durch die ökonomische Solvabilitätsquote (SCR Quote) ausgedrückt und dient als Schlüsselindikator für die Solvenzausstattung des Unternehmens.

Zur Berechnung des Risikokapitals definiert § 27 VAG eine standardisierte Berechnungsmethode, die sog. Standardformel, erlaubt jedoch den (Rück-)Versicherungsunternehmen die Entwicklung eines unternehmensinternen Modells zur Berechnung ihrer Solvenzkapitalanforderung – eines sog. Internen Modells.

Für die Assicurazioni Generali Gruppe hat das Aufsichtskollegium im Frühjahr 2016 die Verwendung des beantragten Partiellen Internen Modells zur Ermittlung der Solvenzkapitalanforderung genehmigt. Dabei wurde das operationelle Risiko zunächst gemäß den Vorgaben der Standardformel bestimmt. Nach Zertifizierung des operationellen Risikos durch das Aufsichtskollegium im Herbst 2020, sind seit Jahresende 2020 alle quantifizierbaren Risiken Teil der internen Modellierung, sodass es sich ab diesem Zeitpunkt um ein vollständiges „Internes Modell“ handelt.

Analog zur Bestimmung der versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Solvency II wenden die Gesellschaften der Generali in Deutschland zum 31. Dezember 2022 hierbei wie in den Vorjahren eine Volatilitätsanpassung, aber keine der Übergangsvorschriften nach § 352f. VAG (sogenannte Transitionals) an. Im Rahmen der Kreditrisikomodellierung wird darüber hinaus im Internen Modell eine dynamische Volatilitätsanpassung eingesetzt. Diese beinhaltet die Berücksichtigung einer Änderung der Volatilitätsanpassung im Falle einer Realisierung des Kreditrisikos und wirkt dadurch risikomindernd auf selbiges.

Das SCR der COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft wird im Wesentlichen durch das Marktrisiko dominiert, gefolgt vom Kreditrisiko sowie dem versicherungstechnischen Risiko.

Innerhalb des Marktrisikos stellen das Zins- (354.829 Tsd. €) und das Aktienrisiko (173.220 Tsd. €) die größten Treiber dar. Diese reflektieren die Struktur des Anlageportfolios zur Finanzierung der Garantien, welche sich direkt aus dem hohen Anteil traditionellen Geschäfts im Bestand der Gesellschaft ergeben.

Das im Kreditrisiko dominierende Spreadrisiko (112.204 Tsd. €) resultiert unmittelbar aus dem hohen Anteil der Investitionen in Zinstitel.

Die zentralen Treiber des versicherungstechnischen Risikos sind das Langlebigkeits- (130.207 Tsd. €), das Storno- (52.951 Tsd. €) und das Sterblichkeitsrisiko (51.034 Tsd. €). Das Langlebigkeitsrisiko ergibt sich als Folge des vergleichsweise hohen Bestandes an Rentenversicherungen der Gesellschaft, wohingegen das Sterblichkeitsrisiko auf den signifikanten Bestand an Risikoprodukten im Privatkundengeschäft zurückzuführen ist. Ferner führt das gestiegene Zinsniveau im Laufe des Jahres 2022 insbesondere im Bereich der kapitalbildenden Produkte zu einer Profitabilitätssteigerung des Geschäfts der Gesellschaft, die im Falle von steigenden Stornoraten einen Rückgang der zukünftigen Überschüsse und somit einen Anstieg der Materialität des Stornorisikos induziert.

Das sog. „GC-Risiko“ (Going-Concern, vgl. C.1) innerhalb des versicherungstechnischen Risikos reflektiert das Risiko, dass bei der Bewertung der Wechselwirkungen zwischen Neugeschäft und Überschussbeteiligung (gemäß der BaFin-Auslegungsentscheidung vom 4. Dezember 2015) die unterstellten Planzahlen für künftiges Neugeschäft in unerwartetem Maße vom tatsächlich realisierten Neugeschäftsumfang abweichen. Da die Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen Neugeschäft und Überschussbeteiligung in den Eigenmitteln der COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft zu einer deutlichen Reduktion der versicherungstechnischen Rückstellungen führt, stellt das GC-Risiko (39.116 Tsd. €) ein materielles Risiko der Gesellschaft dar.

Das operationelle Risiko der Gesellschaft ergibt sich aus einer Szenario-basierten Analyse aller potenziellen operationellen Risiken, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist. Vor dem Hintergrund, dass allen operationellen Risiken mit effektiven Kontrollmechanismen aktiv entgegengewirkt wird, liefert das operationelle Risiko nach Diversifikation mit den anderen Risiken des Internen Modells nur einen geringen Beitrag zum Gesamtrisikokapital der Gesellschaft.

Der risikoübergreifende SCR Anteil spiegelt zusätzliche Kapitalanforderungen wider, die sich aus dem Zusammenspiel verschiedener Risiken ergeben und nicht eindeutig den unterschiedlichen Risikomodulen zugeordnet werden können.

Die ausgewiesenen Modelladjustierungen zum Jahresende 2022 beinhalten SCR-Erhöhungen aufgrund von Anpassungen der Gruppenparametrisierung im Rahmen der Risikokalibrierungen zur Berücksichtigung lokaler Spezifika und aufgrund von simulationsbedingten ex-post Anpassungen.

Der Wert der Steuerabsorption spiegelt die risikomindernde Wirkung wider, die sich aus Änderungen der latenten Steuern im Stressfall ergeben.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Solvenzkapitalanforderungen der COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2022 und 31. Dezember 2021 vor und nach Steuern sowie die sich daraus eventuell ergebende Beschränkung der Steuerabsorption (Steuerkappung) auf die Höhe der passiven latenten Steuern in der Solvabilitätsübersicht der Gesellschaft.

SCR-Ergebnisse vor und nach Steuern in Tsd.€

SCR	31.12.2022		31.12.2021	
	Vor Steuern	Nach Steuern	Vor Steuern	Nach Steuern
Marktmodul	481.131	327.169	530.418	360.684
Kreditmodul	155.398	105.671	152.765	103.880
Leben-/Krankenmodul	138.753	94.352	178.314	121.253
Nicht-Lebenmodul	0	0	0	0
Operationelles Risiko	84.960	57.773	76.210	51.823
Risikoübergreifender SCR-Anteil	110.141	74.896	87.257	59.335
Diversifikation	-334.348	-227.357	-355.723	-241.892
Modelladjustierungen	28.466	28.466	9.744	9.744
Steuerabsorption	-146.551	0	-203.444	0
Steuerkappung	0	56.980	0	10.713
Solvenzkapitalanforderung SCR	517.949	517.949	475.540	475.540

Im Vergleich zum Vorjahr hat die COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft einen moderaten Rückgang des Markttrisikos und einen deutlichen Rückgang des versicherungstechnischen Risikos zu verzeichnen. Das Kreditrisiko verbleibt zum Jahresende 2022 nahezu auf Vorjahresniveau.

Die Entwicklung im Markttrisiko modul ist maßgeblich vom Rückgang des Zinsrisikos dominiert. Der Anstieg des Zinsniveaus im Laufe des Jahres 2022 führt zu einer auskömmlicheren Finanzierbarkeit der im Versicherungsportfolio enthaltenen Zinsgarantien und reduziert daher deutlich das vorhandene Zinssenkungsrisiko. Dabei wird insbesondere eine deutliche Erhöhung des Zins-Stresslevels gemäß aktualisierter Risikokalibrierung, die die erhöhte Volatilität der Finanzmarktentwicklung miteinbezieht, überkompensiert. Der Entwicklung des Zinsrisikos entsprechend ergibt sich analog auch ein gesunkenes Zinsvolatilitätsrisiko.

Innerhalb des Kreditrisikomoduls bewirkt das niedrigere Stresslevel infolge der Marktentwicklung im Berichtszeitraum einen Rückgang des Kreditausfallrisikos, der jedoch fast vollständig durch den gegenläufigen Anstieg des Spread-Risikos aufgrund einer Reduktion der entlastenden Wirkung der Volatilitätsanpassung im gestiegenen Zinsumfeld kompensiert wird.

Der spürbare Rückgang der versicherungstechnischen Risiken im Vergleich zum Jahresende 2021 resultiert im Wesentlichen aus einem Rückgang des Langlebigkeits- und des GC-Risikos. Die durch den deutlichen Zinsanstieg im Berichtszeitraum gestiegene Risikotragfähigkeit der Gesellschaft führt zusammen mit dem leicht gesunkenen Stresslevel im Rahmen der Kalibrierung zu einem signifikanten Rückgang des Langlebigkeitsrisikos zum Jahresende 2022. Der Rückgang des GC-Risikos resultiert aus einem durch das höhere Zinsumfeld bedingten, deutlichen Rückgang des positiven Effektes aus der Wechselwirkung zwischen zukünftigem Neugeschäft und Überschussbeteiligung des Bestandes der Gesellschaft, sodass die geplante Abschlusskostenentlastung den risikoerhöhenden Effekt in Folge des gestiegenen Stresslevels auf Grund einer höheren Volatilität der der Kalibrierung zu Grunde liegenden Daten überkompensiert und so das GC-Risiko verringert. Die genannten Risikorückgänge überkompensieren dabei den gegenläufig wirkenden Anstieg des Stornorisikos, der sich auf die gestiegene Profitabilität, insbesondere von kapitalbildenden Produkten, im verbesserten ökonomischen Umfeld zum Jahresende 2022 zurückführen lässt. Dabei dominiert im Vergleich zum Vorjahr das Massenstorno das Stornorisiko.

Das operationelle Risiko der Gesellschaft steigt infolge einer im Vergleich zum Vorjahr verbesserten Abbildung potentieller, aus der Nichteinhaltung von Gesetzen und Verordnungen zum Schutz personenbezogener Daten resultierender Risiken (Vgl. Kapitel C.5., Szenario „Failure to comply with laws/ regulations concerning Personal Data Protection“) leicht an.

Aufgrund der niedrigeren latenten Steuerschulden bei den anrechenbaren Eigenmitteln (vgl. Kapitel D.3.2.) verringert sich der positive Effekt aus der möglichen Steuerabsorption entsprechend und fällt damit niedriger als im Vorjahr aus. Zusammen mit dem gestiegenen risikoübergreifenden SCR-Anteil und dem gesunkenen Diversifikationseffekt im Jahr 2022 führt dies trotz des deutlichen Rückgangs des Markt- und des versicherungstechnischen Risikos zu einer leichten Erhöhung der regulatorischen Solvenzkapitalanforderung zum Jahresende 2022.

Die zum Stichtag 31. Dezember 2022 ermittelten anrechenbaren Eigenmittel in Höhe von 855.638 Tsd. € (Vj. 888.679 Tsd. €) und die zugehörige Solvenzkapitalanforderung in Höhe von Tsd. 517.949 € (Vj. 475.540 Tsd. €) resultieren in einer auskömmlichen Bedeckungsquote für die COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft von 165% (Vj. 187%). Die bisher durchgeführten regulären aufsichtsrechtlichen Prüfungen des Internen Modells führten zu keinen Beanstandungen in der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung. Der endgültige Betrag der regulatorischen Solvenzkapitalanforderung zum 31. Dezember 2022 unterliegt jedoch noch der aufsichtsrechtlichen Prüfung.

Die regulatorische Mindestkapitalanforderung („Minimum Capital Requirement“, MCR) wird anhand eines Faktoransatzes auf die versicherungstechnischen Rückstellungen berechnet. Dabei wird das MCR nach unten auf 25% und nach oben auf 45% des SCR begrenzt. Die zum Stichtag 31. Dezember 2022 ermittelte Mindestkapitalanforderung in Höhe von 233.077 Tsd. € (Vj. 213.993 Tsd. €) und die zugehörigen anrechenbaren Eigenmittel in Höhe von 855.638 Tsd. € (Vj. 888.679 Tsd. €) resultieren in einer MCR-Bedeckung für die COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft von 367% (Vj. 415%).

Zusammenfassend verbleibt die SCR- und MCR-Bedeckung zum Bewertungsstichtag auf einem auskömmlichen Niveau. Darüber hinaus wurden sowohl die Solvenzkapitalanforderung als auch die Mindestkapitalanforderung der Gesellschaft im Berichtszeitraum jederzeit eingehalten.

Einfluss der Volatilitätsanpassung auf die Solvenzkapitalanforderung zum 31. Dezember 2022

Bei Nichtberücksichtigung der Volatilitätsanpassung im Rahmen der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen (vgl. Abschnitt D.2.4.) verringern sich die anrechenbaren Eigenmittel auf 800.836 Tsd. € und die Solvenzkapitalanforderung steigt auf 879.375 Tsd. € an. Der Anstieg des SCR ist hauptsächlich auf einen Anstieg des Kreditrisikos zurückzuführen, da der risikomindernde Effekt der dynamischen Volatilitätsanpassung in diesem Fall entfällt.

Die Mindestkapitalanforderung steigt analog zum SCR auf 253.959 Tsd. €, die zugehörigen anrechenbaren Eigenmittel sinken entsprechend auf 800.836 Tsd. €.

Insgesamt würde zum Stichtag 31.12.2022 eine Nichtberücksichtigung der VA bei der COSMOS Lebensversicherungs-AG zu einer Nichteinhaltung der regulatorischen Solvabilitätsanforderung führen. Dabei haben die massiven Marktbewegungen und andere ökonomische Effekte sowie die hierdurch induzierte Neukalibrierung des Internen Modells (u.a. Zinsrisiko auf Basis des stark gestiegenen und volatilen Zinsmarktes) die bisherige Wirkung der bereits ergriffenen Maßnahmen zur Stärkung der Solvenzposition der Gesellschaft überkompensiert. Im Einklang mit der Risikostrategie der Gesellschaft und zur Sicherstellung einer entsprechenden Stärkung der anrechnungsfähigen Eigenmittel bzw. Minderung des erforderlichen SCR mit dem Ziel, auch im Falle einer Nichtberücksichtigung der VA die regulatorische Solvabilitätsanforderung dauerhaft zu erfüllen, werden die bereits initiierten Maßnahmen, bei denen die Wirkung sich ggf. erst verzögert vollständig entfaltet, geprüft und weitere entsprechende nach § 26 (7) VAG in diesem Fall aufzuzeigende Gegenmaßnahmen erarbeitet.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko kommt für die Berechnung der Solvenzkapitalanforderung nicht zur Anwendung.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und dem verwendeten Internen Modell

Im Frühjahr 2016 hat das Aufsichtskollegium der Assicurazioni Generali Gruppe die Verwendung eines Partiellen Internen Modells zur Berechnung der regulatorischen Solvenzkapitalanforderung gemäß Solvency II genehmigt. Durch die Zertifizierung des Internen Modells zur Bewertung operationeller Risiken im Dezember 2020 wurde der Anwendungsbereich des Internen Modells auf alle Risikofaktoren ausgeweitet. Im Folgenden werden die wichtigsten Unterschiede zwischen den der Standardformel und den des Internen Modells zugrunde liegenden Methodiken und Annahmen dargestellt.

E.4.1 Risiken, die durch das Interne Modell abgedeckt sind

Für die COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft sind alle relevanten quantifizierbaren Risiken im Internen Modell abgebildet. Nicht-quantifizierbare Risiken finden in den zugehörigen Berechnungen naturgemäß keine Berücksichtigung. Die Gesellschaft berücksichtigt diese in der Säule II von Solvency II als Teil des Own Risk and Solvency Assessments („ORSA“).

Die Abdeckung aller materiellen Risiken durch das Interne Modell wird u.a. durch die jährlich durchzuführende „Profit & Loss Attribution“ (Zuordnung von Gewinnen und Verlusten) verifiziert. Kern der Profit & Loss Attribution ist es, die tatsächliche Veränderung der ökonomischen Eigenmittel der Gesellschaft innerhalb des zurückliegenden Bilanzjahres den einzelnen Risikomodulen gemäß internem Modell zuzuordnen. Befindet sich der nicht-zuordenbare Teil der Veränderung in einer vernachlässigbaren Größenordnung, wie es bei der Gesellschaft in den letzten Jahren durchgehend der Fall war, so ist dies ein starkes Indiz für eine ausreichende Modellabdeckung.

Über die Berechnung des regulatorischen Risikokapitalbedarfs hinaus ist das Interne Modell bei der Gesellschaft im Rahmen des Asset-Liability Managements, der Profitabilitätsanalyse von Segmenten, der Neugeschäftsbewertung sowie bei weiteren Fragestellungen der wert- und risikoorientierten Unternehmenssteuerung eingebunden.

Risikolandkarte des Internen Modells

Marktrisiken	Kreditrisiken	Versicherungstechnische Risiken Nicht-Leben	Versicherungstechnische Risiken Leben/Kranken	Operationelles Risiko
Aktien	Spread	Prämien	Sterblichkeit	
Aktienvolatilität	Ausfall	Reserve	Sterblichkeits-Katastrophenrisiko	
Immobilien	Gegenparteiausfall	Storno	Langlebigkeit	
Währung		Katastrophenrisiko	Invaldität/Morbidität	
Zins			Storno	
Zinsvolatilität			Kosten	
Marktkonzentration			Katastrophenrisiko Kranken	
			Kranken nAd Nicht-Lebensversicherung	
			Going-Concern-Risiko	

Im Vergleich dazu zeigt die nachfolgende Risikolandkarte die Risikoklassifikationen für die Standardformel gemäß Solvency II:

Risikolandkarte Standardformel

Marktrisiken	Gegenparteiausfallrisiko	Versicherungstechnische Risiken Nicht-Leben	Versicherungstechnische Risiken Leben/Kranken	Operationelles Risiko	Immaterielle Vermögensgegenstände
Aktien		Prämien & Reserve	Sterblichkeit		
Immobilien		Storno	Langlebigkeit		
Währung		Katastrophenrisiko	Invalidität/Morbidität		
Zins			Storno		
Spread			Kosten		
Marktkonzentration			Revision		
			Katastrophenrisiko		
			Kranken nAd Nicht-Lebensversicherung		
			Kranken nAd Lebensversicherung		

Der Hauptunterschied in der Definition der Risikoklassen beider Modelle bezieht sich auf die Markt- und Kreditrisiken. Während die Spread-Ausweitung im Internen Modell der Gesellschaft als Teil des Kreditrisikos modelliert wird, gehört dieses zum Marktrisikomodul der Standardformel. Darüber hinaus schließt das Marktrisiko im Internen Modell das Zinsvolatilitätsrisiko und das Aktienvolatilitätsrisiko ein, welche beide in der Standardformel nicht explizit berücksichtigt werden. Schließlich wird im Internen Modell zusätzlich das Going-Concern-Risiko quantifiziert, welches in der Standardformel nicht berücksichtigt wird.

E.4.2 Struktur des Internen Modells

Für die Bewertung des Solvenzkapitalbedarfs mit Hilfe des Internen Modells fordert die Aufsichtsbehörde eine Bestimmung der Gesamtverteilung der ökonomischen Eigenmittel der Gesellschaft.

Um dieser Anforderung gerecht zu werden, verwendet die COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft ein Simulationsmodell, welches alle im Modell abgebildeten Risiken gemeinsam modelliert. Hierfür werden zunächst die möglichen Ausprägungen der einzelnen Risiken bestimmt, die über den Zeithorizont von einem Jahr mit bestimmten Wahrscheinlichkeiten auftreten können, z.B. mögliche Schwankungen der bewertungsrelevanten Zinskurve. Dies entspricht der Kalibrierung der sog. Randverteilungen. Darüber hinaus werden die Abhängigkeitsstrukturen zwischen den einzelnen Risiken modelliert, d.h. die Eintrittswahrscheinlichkeit der gemeinsamen Realisierung einzelner Risiken. Dies geschieht unter Verwendung eines sog. Copula-Ansatzes. Unter Berücksichtigung dieser Abhängigkeitsstrukturen und der Randverteilungen wird eine Vielzahl zufälliger gemeinsamer Realisationen der einzelnen Risiken erzeugt und deren Auswirkung auf die ökonomischen Eigenmittel der Gesellschaft ermittelt. Für die zu berechnenden Veränderungen der Marktwerte der Kapitalanlagen und des ökonomischen Werts der versicherungstechnischen Rückstellungen werden zumeist Näherungsmethoden verwendet, die auf der Herleitung eines funktionalen Zusammenhangs zwischen Risikorealisation und der entsprechenden Wertveränderung basieren. Das Ergebnis dieser Berechnungen ist die geschätzte Eigenmittelverlustverteilung aus den im Internen Modell abgebildeten Risiken. Das SCR berechnet sich als Summe des Value-at-Risk der Eigenmittelverlustverteilung.

Ein wesentlicher Bestandteil der Ermittlung der Solvenzkapitalanforderung ist die Sicherstellung einer angemessenen Datenqualität im gesamten Berechnungsprozess. Dies betrifft sowohl diejenigen Daten, die zur Risikokalibrierung des Internen Modells verwendet werden, als auch diejenigen (Unternehmens-)Daten,

welche zur Risikoberechnung verwendet werden. Hierzu hat die Assicurazioni Generali S.p.A. eine Richtlinie und sog. Operating Guidelines etabliert, die bei der SCR-Berechnung zur Anwendung kommen. Die im Internen Modell verwendeten Daten und Datenflüsse werden im internen Datenverzeichnis (Data Directory) dokumentiert und unterliegen regelmäßigen technischen und inhaltlichen Datenqualitätskontrollen. Darüber hinaus erfolgt die unabhängige Überprüfung der Angemessenheit der Datenqualität im Rahmen der Modellvalidierung. Diese umfasst insbesondere auch Expertenschätzungen, welche z.B. verwendet werden, wenn keine hinreichende Datenhistorie verfügbar ist.

E.4.3 Standardformel und Internes Modell im Vergleich

Im Folgenden werden die wesentlichen Bewertungsunterschiede zwischen dem Internen Modell der Assicurazioni Generali S.p.A. Generali und der Solvency-II-Standardformel dargestellt:

- Die Risikokalibrierung und -berechnung im Internen Modell basiert im Gegensatz zur Standardformel soweit wie möglich auf Unternehmensdaten zum Kapitalanlage- und Versicherungsbestand, um eine angemessene und bestmögliche Abbildung des unternehmensindividuellen Risikoprofils zu gewährleisten. Des Weiteren werden Kapitalmarktdaten, Daten zur Bevölkerungsstatistik sowie Pooldaten aus den Rückversicherungspools herangezogen, welche das individuelle Risikoprofil der Unternehmensportfolien angemessen repräsentieren, um die statistische Datenqualität sicherzustellen. Expertenschätzungen und externe Modellszenarien werden herangezogen, wenn keine ausreichende Datenhistorie vorliegt. Die Überprüfung der Angemessenheit der verwendeten Daten ist ein wesentlicher Bestandteil der jährlichen Modellvalidierung.
- Im Internen Modell werden die Marktrisiken anhand des unternehmensindividuellen Kapitalanlageportfolios bestimmt, während in der Standardformel vorgegebene Marktstressfaktoren verwendet werden.
- Im Internen Modell beinhaltet das Kreditrisikomodul das Gegenpartei-Ausfallrisiko und das Kreditspreadrisiko, während die Standardformel letzteres als Marktrisiko und das Gegenpartei-Ausfallrisiko separat ausweist.
- Europäische Staatsanleihen werden im Spreadrisiko-Modul der Standardformel als risikolos betrachtet, während diese im Internen Risikomodell als risikobehaftet modelliert werden.
- Die Aktien- und Zinsvolatilitäten werden im Internen Modell als eigenständige Risiken modelliert.
- Im Internen Modell wird zusätzlich das Going Concern Risiko quantifiziert, das die ungeplante Schwankung des Neugeschäftsumfangs abbildet und in der Standardformel keine Berücksichtigung findet.
- Verglichen mit den Stressniveaus für das versicherungstechnische Risiko Leben der Standardformel, das auf einem standardisierten europäischen Versicherungsunternehmen basiert und einen einzelnen Stresspunkt repräsentiert, werden die Stressniveaus des Internen Modells der Gesellschaft aus Verteilungen des unternehmensspezifischen Bestandes abgeleitet. Besonders die Altersstruktur, die Verteilung zwischen den Geschlechtern, die Zeichnungspolitik und das Schadenmanagement des Unternehmens finden hierbei Berücksichtigung. Dieses Vorgehen führt zu einer realistischeren Verteilung im Internen Modell und folglich zu einer zuverlässigeren Einschätzung der Stressniveaus.
- Im Internen Modell wird das operationelle Risiko mittels eines szenariobasierten Ansatzes ermittelt. Hierbei werden alle materiellen operationellen Risiken des Unternehmens qualitativ und quantitativ erfasst, sodass relevante Inputparameter zur Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenhöhe bestimmt werden können. Im Rahmen eines Monte-Carlo-Simulationsansatzes wird für jedes operationelles Risiko ein VaR bestimmt. In einem weiteren Schritt werden Abhängigkeiten zwischen den einzelnen operationellen Risiken hergeleitet. Während der Standardformelansatz zur Bestimmung der Solvenzkapitalanforderung vordergründig auf einer Prämien- bzw. Rückstellungsberechnung basiert, ohne Korrelationen zu anderen Risikokategorien zu berücksichtigen, erlaubt der Interne Modellansatz für operationelle Risiken auch eine Berücksichtigung von Abhängigkeiten zu anderen Risikofaktoren. Dadurch wird im Hinblick auf das unternehmensspezifische Risikoprofil eine wesentlich angemessenere Bewertung erreicht.
- Unterschiedliche Methoden zur Risikoaggregation: Innerhalb der Standardformel werden die einzelnen Solvenzkapitalanforderungen der verschiedenen Risikomodule mittels Korrelationsmatrizen aggregiert. Die Abhängigkeitsstruktur der zugrunde liegenden Risikofaktoren wird mittels Korrelationen der Verluste

approximiert, wobei die zu verwendenden Korrelationsparameter festgeschrieben sind. Dieser Aggregationsstruktur der Standardformel liegt im Wesentlichen die Annahme einer normalverteilten Gesamtverlustverteilung zugrunde. Nicht-lineare und risikomindernde Effekte werden lediglich approximativ berücksichtigt und können signifikant falsch beurteilt werden. Das Ergebnis ist ein einzelner Verlust in den ökonomischen Eigenmitteln als Näherung für den Value-at-Risk. Im Gegensatz dazu basiert das Interne Modell auf einem Simulationsansatz, der nicht auf einer a priori festgelegten Annahme zur Form der Gesamtverlustverteilung basiert. In dieser Aggregationsmethode werden Realisierungen von Risikofaktoren aus einer gemeinsamen Verteilung erzeugt. Die Eigenmittelverluste werden im Internen Modell pfadweise ermittelt, wodurch Abhängigkeiten zwischen den Risikotreibern sowie nicht-lineare und risikomindernde Effekte berücksichtigt werden. Die Diversifikationseffekte im Internen Modell resultieren entsprechend aus der unternehmensindividuellen Exponierung gegenüber den Risikofaktoren und deren Abhängigkeitsstruktur und werden nicht wie in der Standardformel pauschal mittels Korrelationsmatrizen vorgegeben.

- Unterschiede in der Behandlung von Beteiligungen an Gesellschaften, die ihr SCR ebenfalls mit dem Internen Modell berechnen: Im Internen Modell werden die Veränderungen der Beteiligungsmarktwerte im Durchschauprinzip berechnet, sodass eine konsistente Aggregation der Risikoprofile erfolgt. In der Standardformel werden die Risikokapitalbeiträge zum SCR der Einzelgesellschaft mit Hilfe eines pauschalen Faktoransatzes ermittelt.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Die Einhaltung der Solvabilitätsanforderungen war im Berichtszeitraum durchgehend erfüllt und ist vor dem Hintergrund der anrechenbaren Eigenmittel von 855.638 Tsd. € für die Bedeckung des SCR und MCR sowie einer Solvenzquote von 165% (SCR Quote) bzw. 367% (MCR Quote) zum 31. Dezember 2022 nicht gefährdet. Auch über den Planungszeitraum ist kein vorhersehbares Risiko der Nichteinhaltung der Bedeckung des MCR oder SCR erkennbar.

Lediglich eine Nichtberücksichtigung der VA würde für die COSMOS Lebensversicherungs-AG zu einer Nichteinhaltung der regulatorischen Solvabilitätsanforderung führen. Im Einklang mit der Risikostrategie der Gesellschaft und zur Sicherstellung einer entsprechenden Stärkung der anrechnungsfähigen Eigenmittel bzw. Minderung des erforderlichen SCR mit dem Ziel, auch im Falle einer Nichtberücksichtigung der VA die regulatorische Solvabilitätsanforderung dauerhaft zu erfüllen, werden die bereits initiierten Maßnahmen, bei denen die Wirkung sich ggf. erst verzögert vollständig entfaltet, geprüft und weitere entsprechende nach § 26 (7) VAG in diesem Fall aufzuzeigende Gegenmaßnahmen erarbeitet.

E.6 Sonstige Angaben

Zum Stichtag lagen keine Sachverhalte für sonstige Angaben bei der Gesellschaft vor.

Abkürzungsverzeichnis

A

ACR	ADVOCARD Rechtsschutzversicherung AG
AktG	Aktiengesetz
ALM	Asset Liability Management
AO	Abgabenordnung
AUZ	Aktuarieller Unternehmenszins

B

BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
bAV	betriebliche Altersvorsorge
BCM	Business Continuity Management
BEL	Best Estimate Liability
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BGH	Bundesgerichtshof
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BKK	Betriebskrankenkasse
BVerfG	Bundesverfassungsgericht

C

CEO	Chief Executive Officer
CF	Compliance-Funktion
CFO	Chief Financial Officer
CIO	Chief Investment Officer
CInsO	Chief Insurance Officer
CMP	Capital Management Plan
CoC	Cost of Capital
COL	COSMOS Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft

COO	Chief Operating Officer
COV	COSMOS Versicherung Aktiengesellschaft
CRA	Credit Risk Adjustment
CRO	Chief Risk Officer

D

DAV	Deutsche Aktuarvereinigung e.V.
DeckRV	Deckungsrückstellungsverordnung
DIIR	Deutsches Institut für Interne Revision
DIL	Dialog Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft
DIV	Dialog Versicherung Aktiengesellschaft
DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung
DVAG	Deutsche Vermögensberatung AG
DVO	Delegierte Verordnung (Konsolidierte Delegierte Verordnung 2015/35 inkl. der Anpassungen durch die Delegierte Verordnung 2016/467)

E

EBS	Economic Balance Sheet
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
ENV	ENVIVAS Krankenversicherung Aktiengesellschaft
EOF	Eligible Own Funds
EPIFP	Expected Profits In Future Premiums
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EVG	Exklusivvertrieb Generali
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWV	Erwartungswerrückstellung
EZB	Europäische Zentralbank

F

Fed US-Notenbank Federal Reserve

G

GBV Generali Beteiligungs- und Verwaltungs-AG
GC Going Concern
GC&C Global Corporate & Commercial
GD AG Generali Deutschland AG
GD Gruppe Generali Deutschland Gruppe
GDIS Generali Deutschland Informatik Services
GDV Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
GEDK Generali Deutschland Krankenversicherung AG
GEDL Generali Deutschland Lebensversicherung AG
GEDV Generali Deutschland Versicherung AG
GHO Group Head Office
GID Generali Investments Deutschland
GKV Gesetzliche Krankenversicherung
GPV Gesetzliche Pflegeversicherung
GSS Generali Shared Services S.c.a.r.l.

H

HGB Handelsgesetzbuch
HUK Haftpflicht, Unfall, Kraftfahrt

I

IAS International Accounting Standard
IDD Richtlinie über Versicherungsvertrieb
IDW Institut der Wirtschaftsprüfer
IDW RS HFA IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung
IFRS International Financial Reporting Standard

IIA	Institute of Internal Auditors
IKS	Internes Kontrollsystem
IMAP	Internal Model Approval Process
ImmoWertV	Immobilienwertermittlungsverordnung
INBV	Inflationsneutrales Bewertungsverfahren
InvG	Investmentgesetz
IRF	Interne Revisionsfunktion
ITSiG	IT-Sicherheitsgesetz
IVASS	Istituto per la Vigilanza sulle Assicurazioni

K

KU	Konzernunternehmen
----	--------------------

M

MaGo	Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
MCR	Minimum Capital Requirement
MitbestG	Mitbestimmungsgesetz

N

nAdLV	nach Art der Lebensversicherung
nAdSV	nach Art der Schadenversicherung
NPS	Net Promoter System

O

OBR	Outsourcing Business Referent
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment

P

P&L	Profit and Loss
PAP	Product-Approval-Prozess

pAV	private Altersvorsorge
PKV	Private Krankenversicherung
PVFP	Present Value of Future Profits

Q

QE	Quantitative Easing
QRT	Quantitative Reporting Template

R

RAC	Risk Adjusted Capital
RAF	Risk Appetite Framework
RCDL	Reinsurance Counterparty Default Loss
RechVersV	Verordnung über Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen
REP	Reinsurance Efficiency Program
RfB	Rückstellung für Beitragsrückerstattung
RMF	Risikomanagement-Funktion
RMS	Risikomanagement-System
RRL	Rahmenrichtlinie (Richtlinie 2009/138/EG)

S

SII	Solvency II
SAA	Strategische Asset-Allokation
SB	Selbstbehalt
SCR	Solvency Capital Requirement
SFCR	Solvabilitäts- und Finanzbericht
SME	Small and medium-sized enterprises
SPV	Special Purpose Vehicle
SUH	Sach, Unfall, Haftpflicht

T

TVOG Time Value of Options and Guarantees

U

UBR Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr

UFR Ultimate Forward Rate

UMD Unfallmeldedienst

UVG Unabhängige Vertriebspartner Generali

V

VA Volatilitätsanpassung

VAG Versicherungsaufsichtsgesetz

VerBaFin Veröffentlichung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

VGV Verbundene Gebäudeversicherung

VHV Verbundene Hausratversicherung

VMF Versicherungsmathematische Funktion

VoFü Volksfürsorge

VSP VERMÖGENSSICHERUNGSPOLICE

WVG Versicherungsvertragsgesetz